

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

16. Mai 1986

RM

Nummer 13

Jetzt alle Atomanlagen abschalten!

von HELMUT WEISS

Die angestregten Bemühungen der Bundesregierung, den Unfall von Tschernobyl als rein sowjetisches Problem, als gefahrlos, da weit entfernt, als bereits vorüber darzustellen, seine Konsequenzen auf jede Weise zu beschönigen, sind bisher weitgehend erfolglos geblieben. Die Stimmung im Lande ist eine andere — immerhin so stark, daß selbst Vertreter der Bonner Regierungsparteien anfangen, von anderen Energiearten zu reden, natürlich bei Beibehaltung der AKWs. Die täglichen Märchenstunden des Herrn Zimmermann im Fernsehen wurden immer abenteuerlicher und doch sind sie ein Beweis für den Zwang der Regierung, zu reagieren. Abschalten sei zu teuer und verschmutze die Umwelt zu sehr — das war Zimmermanns bisher letzte Verteidigungslinie.



Umschwenken bei der SPD. Während viele Ortsvereine beginnen, aktiv in eine sich abzeichnende Kampagne gegen AKWs einzugreifen, sah sich Johannes Rau genötigt, wenigstens endgültig gegen den „Schnellen Brüter“ Stellung zu nehmen und die Frage eines Ausstiegs zumindest zu erwägen — irgendwann. Was beim dezidierten rechten Flügel Protest hervorruft und auch Enttäuschung über ihren Rau. Was aber sicherlich bessere Grundlagen dafür schafft, eine solche Kampagne gegen AKWs auf breitere Beine zu stellen.

Die Grünen haben zu einer bundesweiten Kampagne gegen AKWs aufgerufen, für Volksbegehren in

den Bundesländern, deren Verfassung es vorsieht. Der prompte Einwand betroffener Landesregierungen, dies sei Bundessache, mag zwar faktisch eine richtige Seite haben, aber: erstens hat selbstverständlich auch eine Landesregierung Einflußmöglichkeiten und zweitens geht es um eine Demonstration des politischen Willens. Deshalb ist eine solche Kampagne zu unterstützen und die Bemühungen, auf regionaler bzw. örtlicher Ebene dafür entsprechende Organisationsformen zu bilden, sollten von den revolutionären Sozialisten aktiv vorangetrieben werden. (Entsprechende Unterschriftenlisten sind auch über die Zentrale der KPD zu erhalten).

Denn: jetzt abschalten, das ist machbar, es ist in der Tat eine Frage der politischen Willensentscheidung. Die Kosten dafür, 3 Milliarden DM jährlich (siehe dazu das zentrale Flugblatt der KPD, auch Leitartikel des „zum thema“ in dieser Ausgabe) sind gering im Verhältnis beispielsweise zu den Rüstungsausgaben, und sie sind aufzubringen von jenen Konzernen, die seit 25 Jahren von den Bonner Atomprogrammen massiv profitiert haben. Die Entscheidung verläuft, wie stets, nicht zwischen Energie oder keine, sondern zwischen Profit der Konzerne und Sicherheit der Bevölkerung. Wer gegen diese Abschaltung ist, der richtet sich nicht nur gegen diejenigen, die hierzulande von atomarer Strahlung betroffen sind: Er richtet sich vor allem gegen die Menschen, die in und um Tschernobyl gestorben sind oder vom Tod gezeichnet sind. Für eine (große) Handvoll DM.



Der Minister, der Vermittler, der Kongreß

von HORST DIETER KOCH

Der Bundeskongreß des DGB steht ins Haus. In den vergangenen

Jahren stets Gelegenheit für die Regierenden, ihr gutes Verhältnis zu den Gewerkschaften zu demonstrieren. In diesem Jahr ergeben sich Probleme.

Minister Blüm und die Sozialausschüsse der CDU haben an den DGB-Bundesvorstand einen Brief geschrieben, dessen Zweck Blüm

vor der Presse so erläuterte: Er habe um ein Gespräch mit der DGB-Führung noch vor dem Gewerkschaftstag gebeten. Die Entwicklung habe einen ersten Punkt erreicht, an dem es sich zeige, ob es zurück zu Richtungsgewerkschaften gehe oder bei der Einheitsgewerkschaft bleibe.

Von der Beantwortung dieses Schreibens will der Minister seine Teilnahme am DGB-Bundeskongreß abhängig machen.

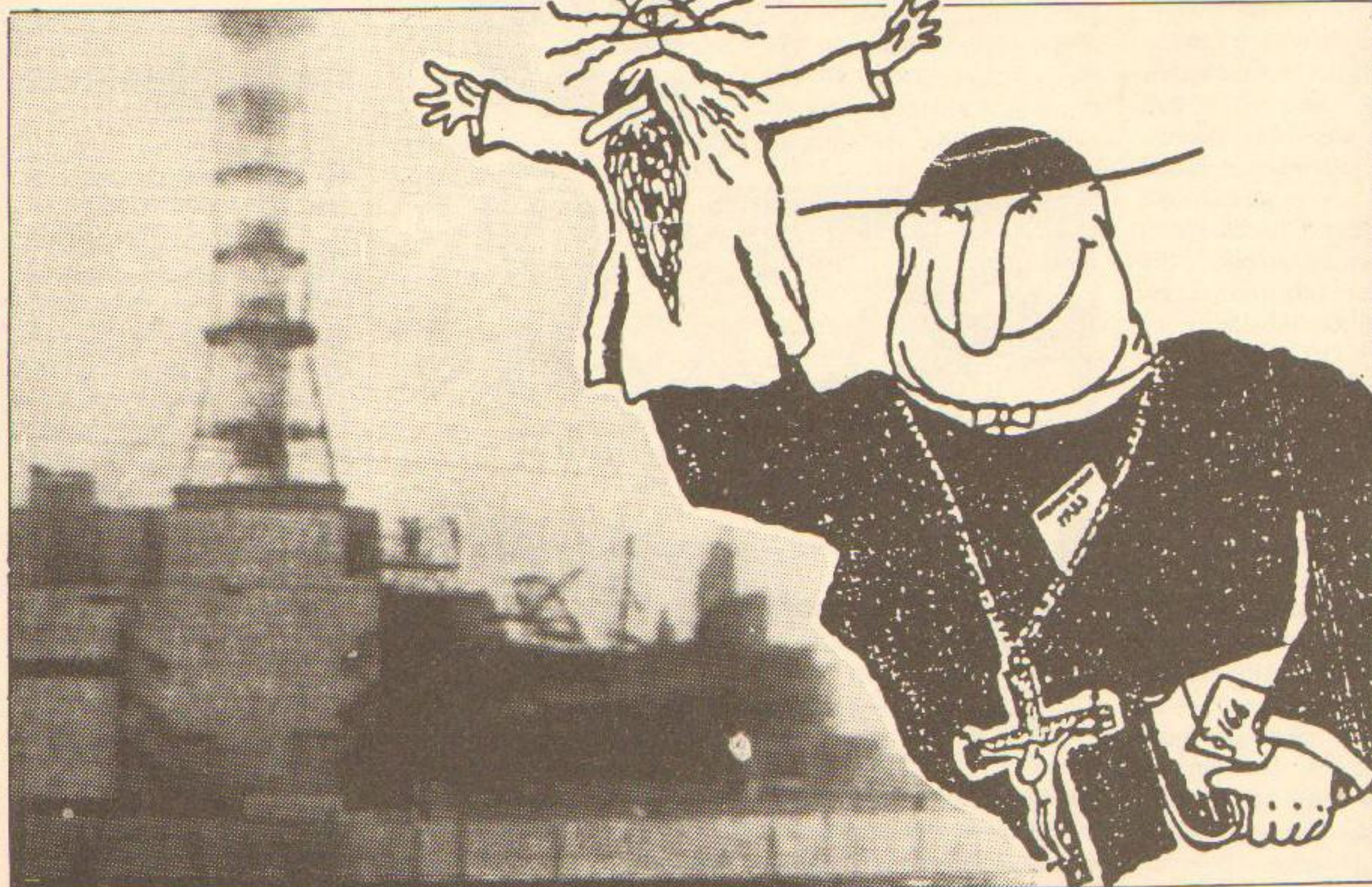
Die Einheitsgewerkschaft steht also auf dem Spiel — es sei denn, der DGB-Vorstand erklärt: Beschäftigungsförderungsgesetz und Antistreikparagraph — Schwamm drüber.

Was also wird geschehen? Ernst Breit saß unlängst noch auf dem Bock, um an der Spitze eines LKW-Konvois die Stimmzettel des „Arbeitnehmer-Votums“ vor dem Blüm-Ministerium abzuladen. Blüm wollte ihn damals nicht sprechen. Wird Breit nun mit schwarzer Karosse vorfahren, um den roten Teppich auszurollen?

Immerhin, ein potenter Vermittler ist bereits auf den Plan getreten: der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Esser, setzte sich für neue Gespräche mit Bundesregierung und Gewerkschaften ein.

Nach so viel Aussperrungsterror, Hetze gegen und politischen Angriffen auf die Gewerkschaften hält der ausbeuterische Feingeist offensichtlich wieder einen Beitrag zum „Erhalt der Friedensfähigkeit der Gewerkschaften“ für angesagt. In diese Entspannungsvokabel kleidet der BDA-Präsident gewöhnlich seine Sorge, die Gewerkschaften könnten dem Klassenkampf verfallen, was offensichtlich viel mit Blüms Alptraum von der „Rückkehr zur Richtungsgewerkschaft“ zu tun hätte.

Sollte die Versöhnung klappen, wie wäre es, wenn Esser gleich mit zum DGB-Bundeskongreß eingeladen würde? Er könnte die Ansage für seinen wackeren Minister übernehmen: The BDA proudly presents — Norbert Blüm!



TSCHERNOBYL: Diese Woche 5 Seiten „zum thema“, — Seite 7 bis 11.
GOTT: Justiz im „Gottesdienst“ — die antiklerikale Woche in Freiburg

und die Folgen — Seite 12. **FRAUENPOLITIK:** Zum Antidiskriminierungsgesetz: „Eine Herausforderung an die Männer“ — Seite 6.

Aus perverser Pflichterfüllung: Mord

Bei Redaktionsschluß war das Urteil im Krefelder Thälmann-Prozeß noch nicht bekannt. Aber nach dem bisherigen Prozeßverlauf und dem Plädoyer des Staatsanwalts sind die Hoffnungen auf ein gerechtes und politisch angemessenes Urteil gering.

Heinrich Hannover hat in seinem Plädoyer die Problematik dieses und aller anderen NS-Prozesse, die heute noch stattfinden, herausgearbeitet. Das ist das Problem der systematischen Verschleppung, der jahrzehntelangen Kette von Justizversäumnissen. 22 Jahre sind vergangen, seit Rosa Thälmann Anzeige erstattete. Sieben mal wurden die Ermittlungen gegen Otto eingestellt.

Der wichtigste Augenzeuge, Marian Zgoda, ist tot. Damit ist auch im Thälmann-Prozeß die Situation geschaffen, die durch die Verschleppungspolitik geschaffen werden sollte. Eine Situation nämlich, die geradezu danach schreit, Verfahren wegen Mord mangels endgültiger Beweise einzustellen oder — wie es der Staatsanwalt in diesem Prozeß gemacht hat — Freispruch für den Angeklagten zu fordern.

Dies auch deshalb, weil die deutsche Justiz aus durchsichtigen Gründen den NS-Schreibtischmord nicht in gleicher Weise ahnden will wie den direkt persönlich vollzogenen Mord. Das ist auch ein Problem im Thälmann-Prozeß. Heinrich Hannover sagte in seinem Plädoyer: „... wenn dieses Gericht davon ausgehen sollte, Herr Otto, der oft genug selbst mitgeschossen oder als Protokollführer an Exekutionskommandos mitgewirkt hat, habe in diesem Fall nicht die Pistole, sondern nur den Exekutionsbefehl in der Hand gehabt, dann wird das Gericht die Frage beantworten müssen, ob auch die zur Durchführung einer Exekution erforderliche Verwaltungsarbeit ein Tatbeitrag ist oder nicht.“

Für Heinrich Hannover ist die Beantwortung dieser Frage erst in zweiter Linie von juristischer Bedeutung.

Er sagte in seinem Plädoyer: „Der Angeklagte hat, wie Tausende von Angeklagten vor ihm, seine mörderische Tätigkeit als Normalität, als alltägliche Pflichterfüllung begriffen. Er war kein Exzeßtäter, sondern ein ganz normaler, den Gesetzen und Befehlen der jeweiligen Obrigkeit ergebener Technokrat, der die Pistole mit der gleichen kühlen Gelassenheit handhabte wie die Schreibmaschine. Diese Normalität des Verbrechens, die Banalität des Bösen, wie Hannah Arendt sie nannte, sollte die Generation nach Hitler hellhörig machen, wenn wieder staatliche Gewalt als Normalität ausgegeben wird.“

DKP-Frechheit

Tschernobyl: Gegenwärtige Lage birgt keine größeren Gefahren

Protestaktionen gegen Bonner Atomprogramm

Düsseldorf, UZ — Die gegenwärtige Lage in Tschernobyl birgt keine größeren Gefahren, nach dem bisherigen Prozeßverlauf und dem Plädoyer des Staatsanwalts sind die Hoffnungen auf ein gerechtes und politisch angemessenes Urteil gering.

Montag
12. Mai
ab 19.30
Uhr
bis 22 Uhr

LEGER
TELEFON
DER UZ

„Tschernobyl und die Kernenergie“

Die Fragen der UZ-Leser beantworten:

● Dr. Kurt Steinhaus

Mitglied des Parteivorstandes der DKP, Antifaschistischer

● Dr. Jörg Heimbrecht

Leiter der Umweltschutzkommission beim Parteivorstand

● Heinz Sorge

Physiker

Rufen Sie an:

Vorwahl: 02 11

48 45 06

48 45 07

48 45 08

48 45 09



Demonstrationen

fanden in diesen Tagen landauf, landab statt. In München rund 15000, in Bremen 10 - 12000 waren die beiden größten Aktionen (Bild aus Bremen). In Hamm blockierten Bauern am vergangenen Wochenende die Zufahrt zum THTR. Überall war die Forderung nach dem Ausstieg aus der Kernkraft breit vertreten, wobei es größere Auseinandersetzungen um die Frage sofort oder allmählich gab und gibt.

Bürgerwehr gegen Asylanten?

Das Asylantenlager in Zirndorf, gedacht für 400 Personen, ist hoffnungslos überfüllt. Für den Stadtrat von Zirndorf allerdings kein Anlaß, menschenwürdige Bedingungen für die Asylanten zu fordern, sondern, ganz im Gegenteil Anlaß, unter den 21000 Einwohnern Stimmung gegen die Asylanten zu machen. Der Stadtrat beschloß — mit SPD-Mehrheit — die Aufstellung einer Bürgerwehr, um „den Frauen Zirndorfs wieder das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln“ und rief zu einer Kundgebung und zu einem Marsch zum Ausländerlager auf. Der Marsch, der letzten Sonntag stattfinden sollte, kam allerdings nicht zustande. Bei der Kundgebung standen sich 400 Demonstranten und 400 Gegendemonstranten gegenüber. Der anschließend geplante Marsch fiel aus.

1. Ausländer- konferenz der IG Metall

In der letzten Woche fand in Frankfurt die 1. Ausländerkonferenz der IG Metall statt. Sie stand unter dem Motto: „Ausländer und Deutsche — gemeinsam kämpfen für Gleichstellung — gegen Ausgrenzung“. 199 Delegierte vertraten insgesamt 290000 ausländische Mitglieder (10 Prozent der Mitgliedschaft). Durchschnittliche Organisationszugehörigkeit: 13 Jahre.

Die Delegierten forderten die politische Gleichstellung von Ausländern, die Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes, einen gesicherten Aufenthaltsstatus, unbefristete Rückkehrmöglichkeiten in die BRD und — im Unterschied zum Beschluß des Vorstandes der IGM — nicht nur das kommunale Wahlrecht, sondern Wahlrecht auf allen Ebenen. Außerdem setzten sie sich für die Aufhebung der steuerlichen Benachteiligung von

Es kann schon nicht mehr Eiertanz genannt werden, was die DKP von der täglichen UZ-Ausgabe zum Parteitag bis hin zu Rednerinnen auf der Muttertagsaktion verbreitet — es ist einfach frech.

Aus dem Unfall von Tschernobyl die Sache so hinzudrehen, in der UdSSR kümmere man sich viel mehr um die Menschen als anderswo, ist eine Logik, die nur netterweise noch als abstrus zu bezeichnen ist. Daraufhin mehr Sicherheit für AKWs zu fordern, ist zynisch. Das sind die beiden üblichen Anlaufpunkte der von der Parteiführung vorgegebenen Argumentation, um dann zur antisowjetischen Kampagne zu kommen, die gegenwärtig abläufe: Ein Vorwurf, der sich keineswegs

in erster Linie gegen Zimmermann und andere Bonner Propagandisten richtet, sondern zuallererst gegen all jene, die die Forderung nach Abschaltung aller AKWs vertreten. (Denn die hier und da bescheiden erhobene Feststellung, gerade in NRW könne man ja auf Kohle umsteigen, läßt ja schnell den Gedanken nahekommen, daß auch die UdSSR riesige Kohlevorkommen hat).

Es ist das Problem der DKP, gegen welche Bewegungen sie sich stellen will. Es ist aber nicht ihr Problem, wenn diese Partei den berechtigten Widerstand gegen AKW-Politik als antikomunistisch, als reaktionär, technikfeindlich und so weiter darstellt. Da wird es zu einer politischen Frechheit, die bekämpft werden muß. (hrw)

Ausländern ein und appellierten an die Betriebsräte der IG Metall, sich für die volle Durchsetzung des Antidiskriminierungsverbots in § 75 BVG bei Einstellungen, Entlassungen und Qualifikationsmaßnahmen einzusetzen.

Es ging auf der Konferenz aber auch um die innergewerkschaftliche Durchsetzung von Interessen. Entgegen einer Empfehlung des Vorstandes, „daß die ausländischen Arbeitnehmer in hauptamtlichen Bereichen und ehrenamtlichen beschlußfassenden Organen besser berücksichtigt werden“ sollen, beschloß die Konferenz, daß ausländische Gewerkschaftsmitglieder „mindestens entsprechend ihres Mitgliederanteils in allen beschlußfähigen Organen berücksichtigt“ werden sollen.

überreichte ein Vertreter der VVN 1500 Unterschriften gegen die Zulassung der FAP.

Nach der Sitzung kam es im Foyer des Gebäudes zu einem Streit zwischen Antifaschisten und FAP-Funktionären, woraufhin einer von ihnen eine Gaspistole zog und zweimal schoß. Der Hausmeister des Gebäudes wurde dadurch am Arm und am Auge verletzt. Zwei FAP-Mitglieder, darunter der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat für die Landtagswahl, wurden festgenommen.

Vier Stunden später, nach Vernehmung der Neonazis, verbreitete die Polizeipressestelle eine Meldung, in der die Schüsse plötzlich einem „Angehörigen der linken Szene“ zugeschrieben werden ...

Schüsse

In der letzten Woche beschloß der Landeswahlausschuß in Niedersachsen mit 3 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 1 Nein-Stimme die Zulassung der FAP zu den Landtagswahlen am 15. Juni. Zu Beginn der Sitzung



Putz in Bonn

gab es am Samstag vor Muttertag auch in diesem Jahr wieder. Mehrere tausend Frauen aus der gesamten Bundesrepublik beteiligten sich. Genossinnen von KPD und GIM verteilten ein gemeinsames Flugblatt, in dem die von der CDU neuerdings propagierte „neue Partnerschaft“ kritisch hinterfragt wurde.

Dienstherren- Verfassung

Das neue Personalvertretungsgesetz in Hessen ist vom dortigen Landesgerichtshof als nicht der Verfassung entsprechend abgelehnt worden. Ein reaktionäres Urteil, das in zwei Richtungen zu denken geben sollte.

Sicher ist es angebracht, sich über den Inhalt dieses PVG zu streiten. Was, ob und wieviel es an Verbesserungen bringt — ein Streit zwischen denen, die eine solche Verbesserung wollen. Das Gerichtsurteil macht nun sehr deutlich, daß die Kräfte der Reaktion eine solche Diskussion um Verbesserungen erst gar nicht aufkommen lassen will, sondern im Vorfeld abstoppen. In diesem Sinne ist es ein Urteil ganz im Rahmen der Wendepolitik, gesprochen werden darf nur noch über Gegenreform. Da es sich nun um ein Gesetz für den Bereich des Öffentlichen Dienstes handelt, ist die zweite Denkrichtung, die verfolgt werden muß, die nach mehr Demokratie überhaupt. Und vor allem da ging es den Herren Richtern zu weit. Legal ist es in der BRD, wenn sich — ungewählte — Konzernbosse denen einen, anderen oder viele Politiker kaufen. Sozusagen mindestens Gewohnheitsrecht. Nicht legal aber sei es, wenn es darum geht, ob Beschäftigte auch Einfluß nehmen können auf ihre eigenen Belange — da wird dann viel gezetert über Wahlen an und für sich. Was konkret gesprochen nur heißen kann, der, auch wenn vielleicht nur minimale, Ausbau von gewerkschaftlichen Einflußmöglichkeiten ist unerwünscht und entspricht auch nicht der Verfassung. Wobei man einerseits die Frage aufwerfen kann und muß, was das denn wohl für eine Verfassung ist und andererseits auch die, was das denn für eine Rechtsprechung ist, die sich so deutlich und offen in den Dienst der Reaktion stellt. Die Antwort auf die letztere Frage hieße dann einfach: die übliche.

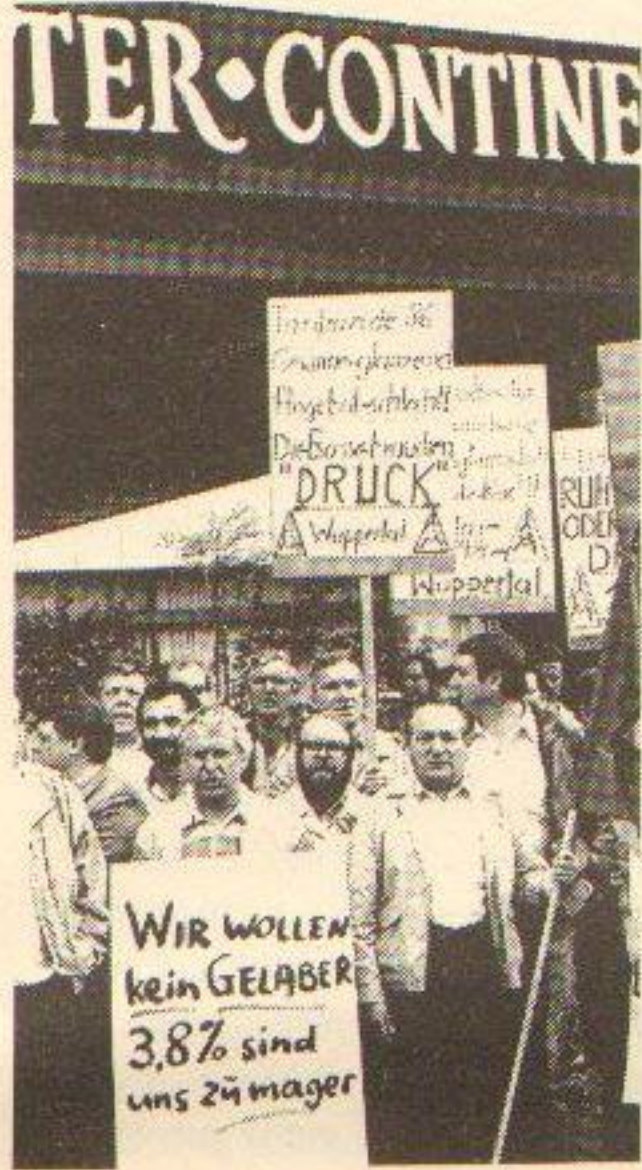
Roter Morgen

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH,
4600 Dortmund 30, Postfach
300526. Bestellungen an Vertrieb
4600 Dortmund 30, Postfach
300526. Postscheckkonto
Nr. 79600-461. Bankkonto:
Stadtparkasse Dortmund Nr.
321000290. Verlag Roter Morgen,
Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef
Schneider, Dortmund. Druck:
Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis
1,50 DM, Abonnement:
40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2
Jahr. Die Abo-Gebühren sind
nach Erhalt der Vorausrechnung
zu zahlen. Sobald die Rechnung
beglichen ist, wird die Lieferung
aufgenommen. Kündigungen
müssen bis spätestens einen
Monat vor Ablauf bei uns
eingehen. Dem „Roten Morgen“
liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Bellsage“ zu den
Publikationen von AAU, BWK, FAU-
HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT),
KPD, PA“ bei.

Metall-Tarifrunde

Nun ist also von einer Anhebung der unteren Lohngruppen bei den Metalltarifverhandlungen in Nordwürttemberg/Nordbaden nicht mehr die Rede. Insider überrascht das nicht weiter. Denn in den letzten Jahren war es nicht anders. Und wo keine Überraschung, da offenbar auch kein Protest.

Verständlich? Vielleicht. Aber alles verstehen, heißt nicht alles verzeihen. Daß die IG Metall bei den diesjährigen Tarifverhandlungen in Nordbaden/Nordwürttemberg sang- und klanglos, ohne den geringsten öffentlichen Protest, von der Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen abgerückt ist, ist unverzeihlich.



Denn im Unterschied zu den Tarifverhandlungen vergangener Jahre haben die Unternehmer ihr „Nein“ zur Anhebung der unteren Lohngruppen auf besondere Weise begründet. Damit nämlich, daß in diesen unteren Lohngruppen ja fast nur Frauen seien (90 Prozent), von denen die meisten als „Zweitverdiener“ lediglich „zum Familieneinkommen hinzuverdienen“ würden. Nur 3 Prozent der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen, so die Unternehmer weiter, müßten „eine Frau und Kinder“ ernähren. Und das alles nicht im Eifer des Verhandlungsgeschefts mündlich vorgebracht, sondern schriftlich vorgelegt und vom Vorsitzenden des Metallarbeitgeberverbandes ausdrücklich unterstützt.

Man muß wahrhaftig mit Blindheit geschlagen sein, um nicht zu sehen, daß die Unternehmer ihre Gründe dafür haben, das „Nein“ zur Anhebung der unteren Lohngruppen gerade so und nicht anders zu begründen. Diese Begründung ist Bestandteil der allgemeinen Strategie, Frauenerwerbsarbeit in der öffentlichen Meinung in ihrem Wert herabzumindern, als Zubrot zu definieren, eben damit man sie schlechter bezahlen und schlechteren Arbeitsbedingungen (Stichwort: Flexibilisierung) unterwerfen kann.

So gesehen ist die Haltung der Unternehmer in Nordbaden/Nordwürttemberg ein Politikum. Aber auch eine Herausforderung an die IG Metall. Die IG Metall hat diesen Fehdehandschuh nicht aufgenommen. Vermutlich weil es —

mal wieder — nicht ins Konzept paßte, wegen „ein paar Frauen“ ein Faß aufzumachen. Unterm Strich bedeutet das nicht mehr und nicht weniger als kampf- und bedingungslose Kapitulation vor einem Stück ganz konkret formulierter Wendepolitik.

Bleibt noch hinzuzufügen: Es herrscht vor allem in Wahlkampfzeiten kein Mangel an gewerkschaftlichen Klagen über die Verleumdung von Frauen als Doppelverdienerinnen durch die CDU, über die Frauen-zurück-an-den-Herd-Politik der Bonner Regierung. Totaler Mangel herrscht allerdings an Taten, an Mobilisierung und Widerstand dort, wo die Reaktion frauenfeindliche Fakten schafft — beim Beschäftigungsförderungsgesetz, beim Bundeserziehungsgeldgesetz, bei den jetzt laufenden Tarifverhandlungen. Mit Worten, denen keine Taten folgen, läßt sich aber kein politisches Bewußtsein schaffen, kann der Wende kein Ende gemacht werden. Das ist das Problem.

(k.w.)

Routine?

Fast schon üblich: Zur selben Zeit, da die Institute der Kapitalisten die wirtschaftliche Entwicklung jubelnd zur Kenntnis nehmen (besser geben) und die weiteren Perspektiven in glänzenden Farben malen (immer vorausgesetzt, natürlich, die Arbeiterschaft verhalte sich „maßvoll“), kommen aus Nürnberg andere Zahlen, die damit anscheinend gar nichts zu tun haben, so sehr unterscheidet sich ihre Aussage vom Bonner Geblubbere.

Gemeint ist natürlich die Zahl der Arbeitslosen. Jedesmal, wenn sie nicht steigen oder sich ein wenig nach unten bewegen, ist angeblich der Durchbruch geschafft — meist wird dies dann einen Monat später bereits wieder von der Wirklichkeit überholt, da muß dann das Wetter oder sonstwer als Schuldiger herhalten.

Die offiziell registrierte Zahl der Arbeitslosen, weiter bei weit über 2 Millionen Menschen — die Zahl der Ausgegrenzten wächst ständig an. Von denen ist weder in Bonn noch in Nürnberg überhaupt noch die Rede. Diese Art der Behandlung solcher Fragen wie Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, Neue Armut usw. ist inzwischen längst zur zynischen Routine bürgerlicher Politik verkommen.

Im Schatten dieser Auseinandersetzung dehnen sich einstweilen Leiharbeit und ungesicherte Beschäftigung systematisch aus, ganz so wie es in Blüms Gesetzesvorstößen im Auftrag der Unternehmer vorgesehen war.

Erst recht Gründe, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche erneut möglichst machtvoll aufs Tapet zu bringen, die nach einem Beschäftigungsprogramm, das ja keineswegs von der sozialdemokratisch-keynesianischen Art sein muß, endlich entschieden zu vertreten.



Am 10. Mai machte die „Bewegung für das Leben“, unterstützt von der „Europäischen Ärzteschaft“, „Katholischen Pfadfindern Europas“, „Agnus Dei“ usw. gegen den geltenden § 218 mobil. Als Ort für ihre Hetze gegen abtreibende Frauen (Kernaussage: „Holocaust und Embryocaust sind die größten Verbrechen der Menschheit.“) hatten sie sich ausgerechnet Hadamar ausgesucht. In der psychiatrischen Klinik von Hadamar sind während des Hitler-Faschismus mehr als zehntausend Menschen als „unwertes Leben“ umgebracht worden.

An einer Gegendemonstration, zu der u. a. die 218-Koordinationsgruppe, der bundesweite Zusammenschluß der Behinderten- und Krüppelinitiativen und pro familia aufgerufen hatten, nahmen ca. 400 Menschen teil.



Zum Beispiel: Cäsium

„Cäsium und andere Substanzen werden in Zukunft zu einem großen Problem werden. In den USA werden nach Angaben der AEC (= Atomenergiekommission) nur durch Leichtwasserreaktoren bis zum Jahr 2000 über 15 Milliarden Curie erzeugt. Der empfohlene Höchstwert ist aber für die Bevölkerung laut der ‚International Commission of Radiological Protection‘ (= Internationale Strahlenschutzkommission) nur ein 0,3 Millionstel Curie. Wenn demnach nur eines von 100 Millionen Teilchen entweichen würde, so wäre diese Menge ausreichend, um 300 Millionen Menschen dem Höchstwert auszusetzen (Oak Ridge National Laboratory, Report 4451, U-C 70 (1970), S. 3 - 58).

Und daß genügend Cäsium aus atomaren Anlagen frei wird, ist mittlerweile ein Faktum. So schreibt H. Kautsky: „Bei Messungen an Bodenproben aus der westlichen Ostsee konnte eine Anreicherung des Radioisotops Cäsium 137 in den Sedimenten (bis 3000fach höher als im darüberliegenden Wasser) festgestellt werden. Die höchsten Meßwerte wurden im Bereich der äußeren Kieler Bucht gefunden. Erhebliche Mengen an Radioaktivität wurden auch in der Nordsee gefunden. Die Quelle der radioaktiven Substanzen sind die drei europäischen Wiederaufbereitungsanlagen, die sich an den

Küsten befinden und die einen Teil ihrer radioaktiven Substanzen in das Meer leiten.“ (H. Kautsky, The Caesium-137 Content in the Water of North Sea during the Years 1969 - 1975, Sonderdruck aus der Deutschen Hydrographischen Zeitschrift, Bd. 29, Heft 6, S. 217 - 221)

Die Cäsium-Kontamination führte zu einer Anfrage vor dem Deutschen Bundestag: „Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, daß der Windscale-Report (...) ausweist, daß seit 1970 verschieblich durch die Abgabe aus den Wiederaufbereitungsanlagen in Windscale — ähnliches gilt auch für La Hague — tatsächlich relativ hohe Dosen von Cäsium 134 und 137 in die Irische See und von da auch in die Deutsche Bucht gelangt sind ...? (...) Ist sichergestellt, daß die Untersuchungen an der deutschen Nordseeküste in regelmäßigen und so kurzen Zeitabständen erfolgen, daß auf keinen Fall radioaktiv verseuchte Fische und Muscheln oder andere Meeresfrüchte auf den Markt gelangen können und damit Gefährdungen der Bevölkerung beim Genuß dieser Nahrungsmittel erfolgen können?“ Die Fragen konnten von der Bundesregierung nicht beantwortet werden.“ (Holger Strohm, Friedlich in die Katastrophe, Verlag 2001, 1981, S. 243 f)

Sichere Ente

„Eines ist sicher: Die Rente“. So ließ Norbert Blüm quer durch die BRD verbreiten. Im April. Im März, so wurde zur selben Zeit, weitaus weniger flächendeckend, bekanntgegeben, war die Rentenversicherung wieder einmal auf einem Tiefpunkt ihrer finanziellen Reserven angelangt. Herrn Blüm kümmerte dieser „Widerspruch“ wenig — es ist herannahende Wahlkampfzeit, und da steht die Wahrheit noch weniger hoch im Kurs als ohnehin. In verschiedenen Städten wurde die teure Plakataktion zum Eigenlob dieser Bundesregierung verschönert. Am einfachsten machten es sich Gruppen im Ruhrgebiet, die einfach das „R“ auf Blüms Plakat überklebten ...

Portugal: Solidarität

Rund zwei Jahre sitzt der frühere Major und Revolutionsführer Otelo Sariva de Carvalho inzwischen in einem portugiesischen Gefängnis. Am vorletzten Aprilwochenende beteiligten sich weit über 2000 Menschen an einer Mahnwache über das ganze Wochenende, mit der gegen diese illegale langjährige Inhaftierung protestiert wurde. Otelo wird der Vorwurf gemacht, er habe sich an „terroristischen Aktivitäten“ der FUP 25 beteiligt. Bewiesen wurde in der ganzen Zeit davon nichts — Otelo verteidigte seine revolutionären Auffassungen, und das scheint Grund genug, ihn einzusperren. Die Bewegung zur Solidarität mit Otelo umfaßt zahlreiche politische Organisationen. Während der Mahnwache hielt auch Mario Tome, Vorsitzender der UDP, eine Ansprache, in der er zur Solidarität und zum Kampf gegen alle Maßnahmen zur Einschränkung demokratischer Rechte aufrief.

Rechte im Süden

Alte Faschisten und unfriedene Konservative arbeiten in unzähligen honorigen Clubs, Seminaren, Foren auf eine neue Formierung im rechten Lager hin.

So fand am 8./9. März trotz starker Proteste gewerkschaftlicher und antifaschistischer Kräfte in Ludwigsburg ein sogenanntes Süddeutsches Forum statt, auf dem Rassismus und Nationalismus, mit neuen Begriffen schön umschrieben, wieder mal offen propagiert wurde. Nicht wie bei den Neonazis wird ein vulgärer Antisemitismus oder ein germanisches Herrenrassendenken propagiert. Man besinnt sich in der Rechten auf andere ideologische Stränge des deutschen Faschismus. Ethnopluralismus heißt das Schlagwort. Die Eigenständigkeit jeder Nation wird propagiert „Deutscher, sei stolz, ein Deutscher zu sein — Türke, sei stolz, ein Türke zu sein“. Wie im neuen NPD-Programm wird die Ausländer-raus-Politik mit dem Recht

der Ausländer auf eigenständige Nationalität begründet. Eigenständigkeit der Rassen und Nationen, das heißt dann aber auch Verbot der Rassenvermischung, heißt, Eintreten für eine weltweite Apartheidpolitik. Ebenso tritt die neue Rechte nicht für einen „engstirnigen“ Nationalismus ein, sondern für einen europäischen Nationalismus.

Einer der Vordenker der Neuen Rechten und Organisatoren des Ludwigsburger Forums ist Dr. Walter Staffa, fraktionsloser Stadtrat in Nürtingen. Gegen seine Aktivitäten richtete sich eine Veranstaltung in Nürtingen, bei der über 250 Leute anwesend waren.

Mobilisiert hatten zahlreiche Initiativen, VVN, Grüne, SPD, DGB. Auf der Veranstaltung wurden die Ideenstreuer der „Neuen Rechten“ vorgeführt, ihre Positionen erläutert und als faschistisch charakterisiert.

Die Grünen fordern im Stadtrat eine klare Distanzierung von Staffa. Die SPD unterstützt zwar die öffentliche Kampagne, konnte sich im Stadtrat aber noch nicht durchringen, Farbe zu bekennen. Sie will angeblich eine Solidarisierung der CDU mit Staffa nicht vorzeitig provozieren.

Zahlreiche Redner auf der Veranstaltung forderten die SPD auf, ihre halbherzige Haltung in dieser Frage aufzugeben.

Der Tod in Celle



Es seien ja keine Menschen zu Schaden gekommen — so verteidigte Ernst Albrecht zunächst seine Celler Bombe.

Was immer man noch darüber sagen könnte — und es wäre gewiß nicht wenig — Dieser Satz ist gelogen. Und Albrecht weiß das auch. Sigurd Debus wurde wegen dieses terroristischen Bombenanschlags in Isolationshaft gezwungen. Das ist eine amtlich bestätigte Tatsache. In dieser Haft starb er. Das ist allgemein bekannt. Die einzig mögliche Schlussfolgerung aus diesen Tatsachen: Wer die Celler Bombe legte, trägt die Verantwortung für Debus' Tod. Jeder der Beteiligten, Albrecht und der Anstaltsleiter vor allem, wußten nur zu genau, daß Debus nichts mit ihrem Anschlag zu tun hatte. Liegt da die Vermutung allzuweit entfernt, daß es sich um einen bewußten Akt gehandelt hat?

Der Tod in Celle, der Tod von Debus war Ergebnis der Taten von Albrecht und Co., sie tragen dafür die Verantwortung. Ob sie auch jemand zur Verantwortung zieht?

(hrw)

Soziale Komponente?

Eine zweiwöchentlich erscheinende Zeitung wie der „Rote Morgen“ hat's mit der laufenden Metalltarifrunde schwer. Kurz nach dem Druck dieser Ausgabe wird der nächste Verhandlungstermin in Baden-Württemberg sein. Nachdem bei der letzten Verhandlungsrunde seitens der IGM offensichtlich nur noch von einem Forderungsvolumen von 4,9 Prozent und kaum noch von der besonderen Anhebung der unteren Lohngruppen die Rede war, läßt sich eine baldige Einigung in Baden-Württemberg jedenfalls nicht ausschließen.

Sollten diese Informationen über den Verhandlungsstand zutreffen, wäre allerdings eine Einigung auf dem Rücken derjenigen, die ohnehin am wenigsten verdienen, zu befürchten. Ein solcher Abschluß würde den Spaltungs- und Entsolidarisierungsabsichten der Unternehmer neuen Spielraum eröffnen.

In NRW haben Zigtausende Kolleginnen und Kollegen in Warnstreiks die Arbeit niedergelegt. Beim 5. Verhandlungstermin gingen die Unternehmer über ein Angebot von 3,8 Prozent nicht hinaus. Die Haltung der Unternehmer zur Frage der unteren Lohngruppen schildern die „metall-Tarifnachrichten“ so: „Nach dem üblichen Eiertanz kommen die Unternehmer zur Sache und zum ersten Eingeständnis: Sie haben nicht die Befugnis über die Streichung der Lohngruppe 2 zu verhandeln und schlagen vor, die Lohngruppe 1 wieder einzuführen.“

In NRW haben die Unternehmer laut IGM ziemlich offen erklärt, daß sie für einen NRW-Abschluß kein Mandat haben, daß also die Entscheidung bei Gesamtmetall liegt. Dagegen fordern die Werften im Nordverbund, inzwischen mit massiver Unterstützung aus Unions- und FDP-Kreisen, verstärkt einen Billig-Tarif.

Wende gescheitert?

Der Rücktritt der norwegischen Regierung von Ministerpräsident Kare Willoch ist nicht einfach nur Ergebnis parlamentarischer Schwierigkeiten. Zwar war die Situation der konservativen Regierung seit 81 immer schlechter geworden: Nach der letzten Wahl war es nur noch eine Minderheitsregierung, und auch das nur aufgrund verschiedener besonderer Bestimmungen des norwegischen Wahlrechts, denn die meisten Stimmen hatten Sozialdemokraten und Sozialisten erhalten. Die Entscheidung über den Rücktritt Willochs aber fiel im Kampf zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsbewegung um die garantierten Mindestlöhne. Die Massenaussperrung des norwegischen Unternehmerverbandes war an einem faktischen Generalstreik der Gewerkschaften zerschellt. Die

Mindestlöhne wurden weiterhin garantiert, und damit war auch Willochs Programm zusammengebrochen. Verbunden mit dieser Auseinandersetzung war auch eine breite Debatte über weitere Veränderungen der Steuerpolitik. Willoch wollte seinen Kurs der Entlastung der Reichen fortsetzen, die Sozialisten und auch die Sozialdemokraten traten für eine höhere Besteuerung der Großeinkommen ein. Beides zusammen bedeutete Willochs Rücktritt. Die Sozialdemokraten unter Gro-Bundlandt hatten in der Vergangenheit bereits ebenfalls ihre Art von Sparpolitik praktiziert — nun, da sie unter diesen Bedingungen wieder die Regierungsgewalt übernehmen, entsteht in Norwegen eine komplizierte Situation für alle politischen Parteien, da sie mit einer wesentlich gestärkten Gewerkschaftsbewegung rechnen müssen.

VK Klöckner für Ausstieg

Die Vertrauensleutenvollversammlung der Klöcknerhütte Bremen hat auf ihrer Sitzung am 13.5.86 folgende Resolution angenommen:

„Die Katastrophe von Tschernobyl hat bewiesen, daß die Risiken der friedlichen Nutzung der Atomenergie bisher nicht beherrschbar sind, 66 Prozent der Bundesbürger sind laut einer Meinungsumfrage für den Ausstieg aus der Atomenergie. Wir Vertrauensleute der Bremer Klöcknerhütte schließen uns dieser Forderung an. Wir erwarten von unserer IG Metall, daß sie endlich Stellung nimmt und daß sie ihren Einfluß dafür geltend macht, daß die BRD aus der Kernenergie aussteigt. Wir fordern die Vertrauenskörperleitung auf, diese ablehnende Position in einem Antrag für den Gewerkschaftstag zusammenzufassen und auf der nächsten Vertrauensleutesitzung einzubringen.“

Pseudowahl

In der Serie der Pseudowahlen, mit denen sich Militärdiktatoren angebliche Mehrheiten besorgen, fand die neueste Runde in Bagdad statt. General Ershads Nationalpartei ist auf dem besten Wege, die absolute Mehrheit zu gewinnen.

Zu diesem Zweck unterbrachen die Behörden nicht nur die Auszählung der abgegebenen Stimmen, sondern verhängten auch Hausarrest für die profiliertesten Vertreter der Opposition für die Dauer des Wahlkampfes. Berichte sprechen außerdem nicht nur von massiven Behinderungen oppositioneller Betätigung, sondern auch von zahlreichen Überfällen auf Kundgebungen etwa der Awami-Liga, eines breiten, gemäßigten oppositionellen Bündnisses, das nach bisheriger Zählung 70 der ausgezählten 264 Stimmbezirke gewinnen konnte. Ob Ershad damit die gewünschte Ruhe an der Heimatfront erzielt, bleibt abzuwarten.

Und nach der reaktionären Änderung des § 116 AFG?

Fortschrittliche Gewerkschafter diskutieren am 24. Mai in Köln

Bereits im letzten „Roten Morgen“ veröffentlichten wir den Aufruf der Initiative „Keine Einschränkung des Streikrechts! Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!“ zu einer Auswertungskonferenz, die am 24. Mai in der Jugendherberge Köln-Deutz stattfinden wird.

Die Initiative, für die als Kontaktadressen Jakob Moneta, Ute Melzig und Siggie Friess verantwortlich zeichnen, hatte, wie mehrfach im „Roten Morgen“ berichtet,

kung des Streikrechts / Änderung § 116.

2. Nachbereitung der inhaltlichen und aktionsorientierten Einflußnahme der fortschrittlichen Gewerkschafter/innen.

3. Diskussion über die Lage nach der Verabschiedung des neuen § 116 AFG:

• Welche Ziele und Inhalte stellt die offizielle DGB-Politik in den Vordergrund, welche Aktionsorientierung besteht nach der Unterschriftenkampagne?



während der Kampagne gegen die Streikrechtsbeschränkung eine Unterschriftensammlung gestartet, in der nicht nur die gewerkschaftsfeindliche Gesetzesänderung abgelehnt, sondern auch das gesetzliche Verbot der Aussperrung gefordert wurde. Innerhalb kurzer Zeit kamen ca. 10000 Unterschriften zusammen.

Diese eher politisch-praktische Orientierung der Initiative läßt hoffen, daß es bei der bevorstehenden Konferenz nicht nur darum geht, Fehler und vor allem Inkonsistenzen der zurückliegenden Kampagne der Gewerkschaften zu beklagen. Die Ergebnis- und Konsequenzenlosigkeit derartiger „Auswertungskonferenzen“ hat den an überbetrieblicher und überregionaler Zusammenarbeit interessierten linken Gewerkschafter in der Vergangenheit des öfteren genervt.

Schon die in der Einladung zur Konferenz angesprochenen Diskussionsthemen lassen hoffen, daß die Konferenz sich schwerpunktmäßig weniger mit dem „Blick zurück im Zorn“ aufhalten wird als mit der Frage, wie der Kampf für die Verteidigung des Streikrechts und das Verbot der Aussperrung fortgesetzt werden kann:

„1. Diskussion über und Auswertung der DGB-Kampagne gegen die Einschrän-

• Wie hoch ist das Mobilisierungspotential nach der Unterschriftenkampagne einzuschätzen?

• Wie sind die Möglichkeiten der fortschrittlichen Gewerkschafter/innen einzuschätzen?

• Welche Folgen kann/wird die vollzogene Änderung des § 116 für die Tarifpolitik der einzelnen Gewerkschaften haben?

• Welche inhaltlichen Akzente sollten die Linken setzen?

• Mögliche Aktionsformen.“

Diese etwas umfangreiche Themenliste hat mittlerweile in den vorbereiteten Diskussionen wohl insofern eine Konkretisierung erfahren, als vier Arbeitsgruppen vorgeschlagen werden sollen:

1. Zur Auswertung der Kampagne gegen die Änderung des § 116 und für das gesetzliche Verbot der Aussperrung.

2. Zu den möglichen Auswirkungen des neuen Anti-Streikparagrafen auf künftige Tarifbewegungen, wobei besonderes Gewicht auf die Fortführung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche gelegt werden soll, was ja naheliegt, nachdem die reaktionäre Gesetzesänderung von Unternehmern und Regierungskoalition unverhohlen damit begründet worden ist, daß ein Streikkampf wie 1984 für die 35-Stunden-

Woche sich nicht wiederholen soll. Zu diskutieren wären dabei nicht nur mögliche streiktaktische Antworten auf die neue Bestimmung des Arbeitsförderungsgesetzes, sondern auch die Frage, wie die neue Gesetzeslage die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung darüber, ob der Kampf für die 35-Stunden-Woche offensiv weitergeführt werden soll, beeinflusst.

3. Mit der Spaltung im DGB soll sich eine Arbeitsgruppe gesondert beschäftigen. Daran, daß etwa die IG-Chemie-Führung um Herrmann Rappe die unrühmliche Rolle, die sie in der Auseinandersetzung um den § 116 gespielt hat, auch künftig fortzusetzen gedenkt, kann es ernsthafte Zweifel leider nicht geben. Um so wichtiger ist es, daß klassenkämpferische Gewerkschafter sich um eine wirkungsvolle Taktik zur Bekämpfung dieser offenen Kapitulationslinie bemühen. An dieser Arbeitsgruppe werden auch Kolleginnen und Kollegen aus der Chemieindustrie teilnehmen.

4. Eine Arbeitsgruppe soll die Auswirkungen der reaktionären Gesetzesänderungen auf die gewerkschaftlichen Kampfformen diskutieren.

Auszugehen ist davon, daß in der Diskussion im Plenum die Frage, wie die Aktivitäten für das gesetzliche Verbot der Aussperrung fortgeführt werden können, eine besondere Rolle spielen wird, denn für eine solche Diskussion gibt es konkrete Anlässe:

• Im Herbst wird der Gesetzentwurf der GRÜNEN für das Verbot der Aussperrung in die zweite und dritte Lesung gehen.

• Der Gewerkschaftstag der IG Metall wird diese Frage sicher behandeln.

• Der Bundestagswahlkampf böte den Gewerkschaften die Gelegenheit, die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung verstärkt in die politische Diskussion zu drücken.

• Ein möglicher Streik für die 35-Stunden-Woche im Frühjahr 87 würde die Frage der Aussperrung ohnehin auf die Tagesordnung setzen.

Bei dieser Lage wäre es eigentlich nicht besonders sinnvoll, wenn im Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung zunächst einmal wieder Sendepause einträte.

Schließlich wird die Konferenz auch eine Gelegenheit sein, darüber zu diskutieren, wie die Zusammenarbeit klassenkämpferischer Gewerkschafter verbessert, vor allem auch kontinuierlicher und organisierter gestaltet werden kann.

Bleibt zu hoffen, daß die Konferenz auf möglichst großes Interesse stößt.

Mitteilung

Das Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung teilt mit:

Am 10.5.1986 erörterten BWK, FAU/HD (A), FAU/R, GIM und KPD Möglichkeiten eines gemeinsamen Eingreifens in die Bundestagswahlen. Auf der Sitzung lagen schriftliche Stellungnahme seitens des BWK, der KG (NHT), eine gemeinsame Stellungnahme von GIM und KPD sowie eine Erklärung von BWK, GIM und KPD zu den Niedersachsenwahlen vor. Die Organisationen kamen wie folgt überein:

1. Am 1./2. November wird ein gemeinsamer Kongreß „Das Eingreifen der revolutionären Sozialisten in die Frontbildung gegen Imperialismus und Reaktion“ (Arbeitstitel) durchgeführt. Die KG (NHT), die verhindert war, hatte einen solchen Kongreß vorab begrüßt.

2. Am 5./6. Juli 1986 wird eine aus den Organisationen bestimmte Arbeitsgruppe, die weiteren Interessierten offensteht, den Kongreß inhaltlich und organisatorisch vorbereiten. Die Ergebnisse dieses Treffens werden sodann als Einladung zu dem Kongreß veröffentlicht.

3. In der Zeit nach den Niedersachsenwahlen wird seitens des Präsidiums der gemeinsamen Vollversammlung ein Leitungstreffen einberufen, auf der eine gemeinsame Erklärung zu den Bundestagswahlen ausgearbeitet werden soll.

4. Die Materialien, die auf den bisherigen Verhandlungen über ein gemeinsames Eingreifen in die Bundestagswahlen vorlagen, werden den Mitgliedern der Organisationen der gemeinsamen Vollversammlung von AAU, BWK, FAU/HD(A), FAU/R, GIM, KG(NHT), KPD und PA zugänglich gemacht.

Aktionen für Übernahme

Ungewisse Zukunft für 76 Auszubildende der bundes-eigenen P+S Stahlwerke in Peine und 243 Auszubildende in Salzgitter. Allenfalls Zeitverträge sind ihnen in Aussicht gestellt worden, die meisten sollen nach dem Willen der Geschäftsleitung nicht übernommen werden. Die Jugendvertretung organisierte mit Unterstützung von Vertrauensleuten den Protest dagegen. Eine Woche lang fanden Mahnwachenaktionen vor den Werkstoren statt. Die IG Metall fordert die Übernahme aller Auszubildenden. Sie weist darauf hin, daß allein durch den Abbau der rund 50000 Überstunden pro Monat 195 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Die Überlegungen der Geschäftsleitung aber gehen in eine andere Richtung: von den 18000 Arbeitsplätzen, die 1974 bei dem Stahlkonzern noch bestanden, sollen bis Ende dieses Jahres 7000 vernichtet sein.

Der nebenstehende Artikel wurde uns von der „Paraguay-Arbeitsgemeinschaft“ in Mönchengladbach zugesandt, mit der Bitte um Veröffentlichung. Der Artikel ist die Antwort der AG auf einen Vortrag eines Herrn Weber der paraguayischen Maklerfirma Cataldi, mit dem dieser neuen Interessenten am Landkauf die Sache schmackhaft machen will. (Wer sich näher für die Sache oder überhaupt für Paraguay interessiert: Die Paraguay AG ist unter der Adresse Wiedemannstraße 4 in 4050 Mönchengladbach 3 zu erreichen). Wir denken, daß diese Grundinformationen über Paraguay gerade angesichts der Demonstrationen im Land und des angekündigten Besuchs des Faschisten Stroessner von aktuellem Interesse sind. (Redaktion RM).

Seit zwei Jahren befaßt er sich mit Paraguay und schon ist er zum absoluten Experten in Sachen Paraguay aufgestiegen, und sogleich hat er nichts Besseres zu tun, als sein „großes Wissen“ gegen Entgelt an andere weiter zu vermitteln.

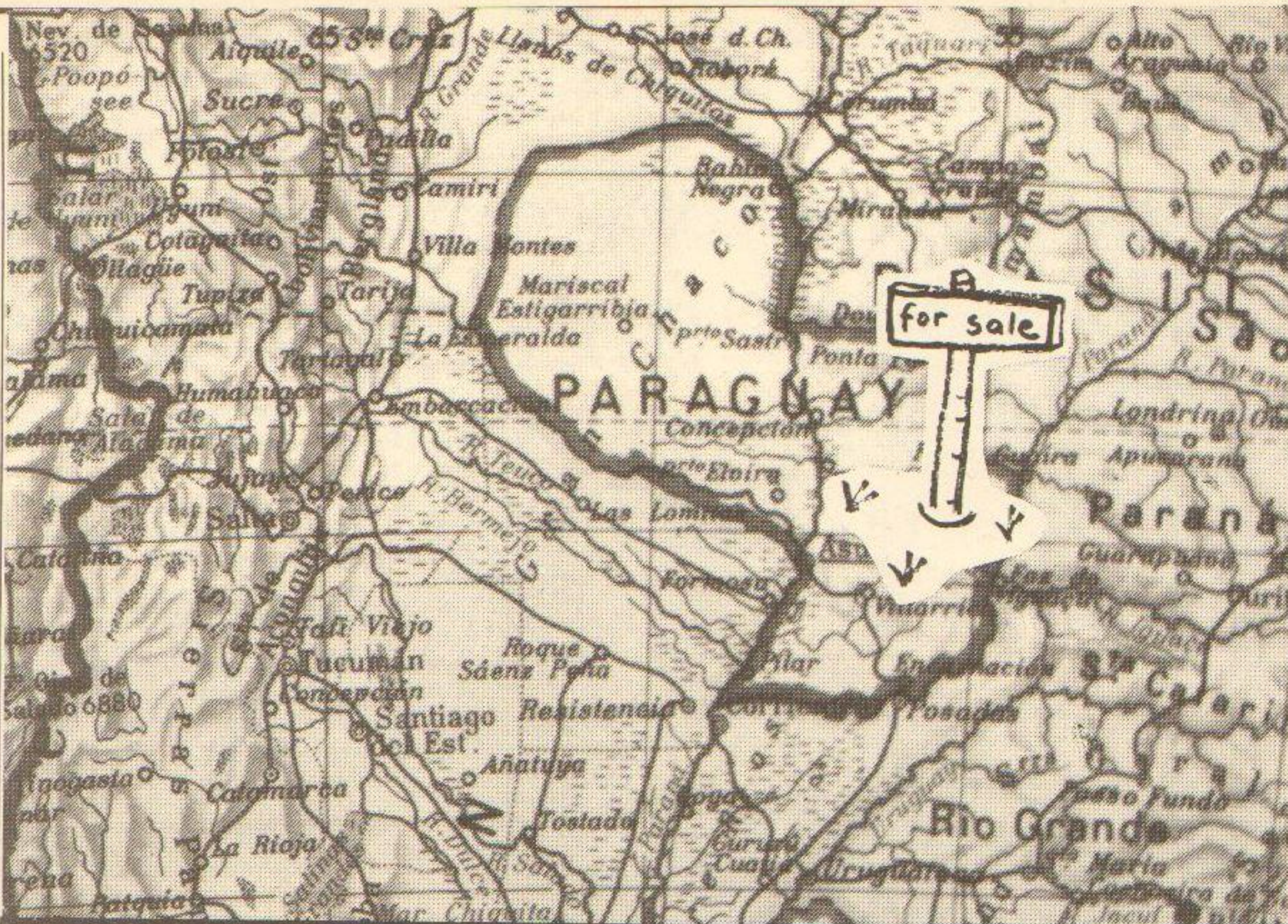
Wenn man seinen Vortrag auf den Wahrheitsgehalt hin untersucht, kommt man zu dem Ergebnis, daß Herr Weber entweder sehbehindert ist oder aber bewußt Blindheit vortäuscht. Würde man seinen Aussagen Glauben schenken, müßte man annehmen, Paraguay sei das Paradies auf Erden, und man warte nur darauf, möglichst viele Deutsche aufzunehmen.

Könnte Herr Weber aber erklären, warum mehr als eine Million Paraguayer dieses Paradies im eigenen Land nicht finden konnten und deswegen im Ausland leben müssen — politisch oder wirtschaftlich bedingt?

In der Geschichte Paraguays, die zu studieren unbedingt notwendig wäre, um Paraguay richtig analysieren zu können, scheint Herr Weber nicht besonders bewandert zu sein. Kennt er doch nicht einmal das Datum des Machtantritts seines Idols, Alfredo Stroessner, der nicht 1953, sondern am 4. Mai 1954 durch einen Militärputsch an die Macht kam. Seit dieser Zeit herrscht auch der immer wieder verlängerte Ausnahmezustand und nicht erst seit 20 Jahren, wie Weber meint.

Entweder ist Herr Weber politisch naiv oder er verdreht bewußt die Tatsachen, wenn er von absolut demokratischen, geheimen Wahlen spricht. Erst kürzlich ging die Herrschaft zweier Diktatoren (Marcos, Duvalier) zu Ende, die ebenfalls immer 90 bis 100 Prozent der Stimmen in freien, geheimen, demokratischen Wahlen erhielten. Um den permanenten Wahlschwindel genau zu untersuchen, müßte man einen eigenen Beitrag schreiben. Glaubt Weber wirklich, die einzige bestehende Opposition bestünde aus den beiden Pseudo-Oppositionsparteien im Scheinparlament?

Die wirkliche Opposition wurde in den 31 Jahren Stroessner-Diktatur systematisch unterdrückt und soweit wie möglich eliminiert, ins-



Herr Weber verkauft Paraguay

Exil getrieben oder zumindest mundtot gemacht. Anbei ein paar Hauptereignisse:

- 1955 und 1959 Säuberung der Coloradopartei
- 1959 - 1966 Niederschlagung der Guerillabewegung „14 de Mayo“, „Fulna“
- 1975/1976 Zerschlagung der „Ligas Agrarias“ und Liquidierung der „OPM“-Bewegung.

Einschlägige Stellen könnten Ihnen die Namen derer nennen, die ihre Opposition zu Stroessner mit ihrem Leben, mit langjähriger Haft oder zumindest mit dem Verlust ihres Heimatlandes bezahlen mußten. Das pro forma existierende „Drei-Gewalten-System“ ist doch nur eine Augenwischerei und erfüllt nur Alibifunktion. Die Macht liegt bei Stroessner und seiner Militärclique. Die zynische Grausamkeit Stroessners wird von Weber selbst mit folgendem Ausspruch belegt: „Der Präsident würde am liebsten morgens zum Frühstück einen Kommunisten verspeisen“.

Eine lange Liste von Toten der kommunistischen Partei Paraguays belegt, daß dieser Ausspruch nicht nur zum Spaß gemeint ist. Einem seiner treuesten Vasallen, dem General Patricio Colman — seine Spezialität war das Herauswerfen der lebenden Gefangenen aus Flugzeugen — ist das Kommunistenfrühstück ein für alle Mal vergangen, da er von Arturo Lopez erschossen wurde.

Wenn man Herrn Weber zuhört, könnte man meinen, es wäre das Beste für Paraguay, eine deutsche Kolonie zu gründen. Die authentischen Paraguayer sind in ihrem Land nur als Folkloreobjekte und als Arbeitskräfte zu gebrauchen; naiv und faul, aber im Großen und Ganzen erträglich. Natürlich läßt es sich gut leben, wenn man US-Dollar oder DM mitbringt. Ich würde aber Herrn Weber und seinem Publikum vorschlagen, eine Zeit lang von weniger als 200,— DM (dem Normallohn) sich und eine vielköpfige Familie zu ernähren. Dann erst würden sie erleben, wie es sich in Paraguay wirklich lebt. Dann würden sie erkennen, wie es sich verhält mit dem gesetzlichen Mindestlohn, dem Weihnachtsgeld, dem bezahlten Urlaub, der Krankenversicherung und -versicherung, der Altersversorgung und den Schuleinrichtungen. Dabei würden sie schmerzhaft den Unterschied zwischen Propaganda und Realität feststellen. Mit diesem geringen

Einkommen könnten sie auch nicht in den paar vorhandenen Villenvierteln wohnen, sondern in der Chacarita in Banado Tacumba oder Tablada Nueva. Wie es in den meisten Hütten auf dem Lande aussieht, hat Weber sogar ziemlich wirklichkeitsgetreu beschrieben. Nur möchte er glauben machen, daß diese Menschen damit zufrieden wären oder damit zufrieden zu sein hätten, während die einheimische Oligarchie und finanzkräftige Ausländer sich in feudalen Clubs mit Swimming-pool und Tennisplätzen tummeln.

nalisierten Schmuggel hat Herr Weber ganz vergessen zu erwähnen, obwohl dieser etwa die Hälfte aller Importe und Exporte ausmacht. Dann müßte er auch potentiellen Unternehmern erklären, daß in Paraguay kein Geschäft gedeihen kann, wenn man dabei nicht als stillen Teilhaber einen einflussreichen Militär oder einen Colorado-Politiker beteiligt. Jedem, der sich nicht daran hält, ist der Konkurs schon im Voraus sicher. Daß in Paraguay gute Beziehungen und Korruption für den Aufbau einer Existenz entscheidende Grundvor-

Für Aktive: Liste bundesdeutscher Maklerfirmen in Paraguay

Heinrich Schumann, 2000 Hamburg 65 • Welt Verlag, 2000 Hamburg 56 • Dipl. Kfm. Jochen Langer, 2000 Hamburg 52 • Karsten Karl Niemann, 2000 Hamburg 62 • Jos. Christophersen Immobilien, 2431 Mohrkirch • Wirtschaftsberatung O. Reckers, 2946 Neuenkirchen • Canadian Estate Land Corporation H.G. & S.E. Hartwig, 4050 Mönchengladbach 2 • Intervenciones terrenos — casas — haciendas Karmen Klinkhammer, 4280 Borken • top agrar, 4400 Münster-Hiltrup • Banco Central Asuncion, 4400 Münster • Siegfried Crain, 4402 Greven • Immobiliare E. Vizalno H. Schiefer, 4630 Bochum 5 • Immobilien Schippan, 5100 Aachen • Projektos Inversiones Internacionales S.R.L. Josef von Wirth, 5177 Titz • Canadara Toro Pampa Ranchers K.W. Becker, 5370 Kall 1 • Paraguay Propiedades H. Galaske, 5483 Bad Neuenahr 2 • P.I. Paraguay International B. Riedel, 5600 Wuppertal • Susanne Mühlberger, 6100 Darmstadt • Immobilien Bonhorst, 6200 Wiesbaden • Urbanisacion Internacional S.R.L. V.I.A. GmbH, 6232 Bad Soden • K.G. Kloft, 6251 Selters/Taunus • Estancia Aqua Lidia Productos, 6270 Idstein • Treubesitz Gernl Framing GmbH, 6500 Mainz • Guarani Immo. B. Everts, 6660 Zweibrücken 1 • Bautreuhand GmbH, 6699 St. Wendel 8 • IDPa Institut f. deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung, 7000 Stuttgart • P.J. Mühlberg, 7031 Gärtingen-Rohrau • bbg Verwaltungsgesellschaft, 7260 Calw • IMEX, 8000 München 2 • Werbedialog Walther GmbH, 8000 München 70 • Berthold Neitzert, 8000 München • Pfeifer und Roth Farmverwaltung, 8000 München 90 • IBCOL International Invest Consult, 8012 Ottobrunn • I.T.M., 8045 München-Ismaning • Georg Weinzierl, 8360 Deggen-dorf • E. Stöcklein, 8411 Kallmünz • Urbanisacion Comolia, 8445 Schwarzbach • Helmut F. Leiter, 8500 Nürnberg • Gruppe Cataldi, 8500 Nürnberg 40 • Hubert Gaudlitz, 8600 Bamberg 11 • Reinhold Emmelt, 8630 Coburg • Hans Röder + Partner GmbH, 8700 Würzburg • Wilhelm Sträter, 8752 Glattbach • Agrar Consult Gut Karlshof, 8836 Ellingen • Winkeljann Immobilien, 8860 Nördlingen

Wenn Herr Weber seinem Publikum die günstigen Preise in Paraguay schmackhaft macht, muß er zwangsweise lügen, denn er rechnet sie ihnen im Schwarzmarktkurs vor, der etwa 3,5 mal so hoch ist wie der offizielle Kurs (andererseits spricht er dauernd von stabiler Währung). Der offizielle Kurs beträgt 240 Guaranis pro US-Dollar, der Schwarzmarktkurs liegt bei über 800 Guaranis. Was soll also die Lüge von der stabilen Währung? Daß es in Paraguay verhältnismäßig viele Banken und Finanzinstitute gibt, liegt daran, daß in Paraguay viele halblegale oder illegale Geschäfte abgewickelt werden. Den institutio-

aussetzungen sind, gibt Herr Weber erstaunlicherweise zu, während dies andere „Paraguay-Experten“, Dr. Krier oder Heinz Aigner, entschieden bestreiten.

Herr Weber stellt richtigerweise fest, daß bei Investitionen in Paraguay schon scharenweise gutgläubige deutsche „Möchte-Gern“-Esterados betrogen wurden (siehe Treubesitz Südamerika, deren Chef, Dr. Heribert Rödel, erst voriges Jahr zu sechs Jahren Gefängnis wegen Betrugs verurteilt wurde). Doch auch diese Betrüger argumentierten mit den genau gleichen Gründen wie es Herr Weber in seinem Vortrag getan hat, nämlich: stabile, demokra-

tische Regierung unter dem begnadeten Alfredo Stroessner, Antikommunismus, stabile Währung, Deutschfreundlichkeit, billige Preise usw.

Nun noch ein paar Anmerkungen:

Wo sollen die dreihundert deutschen Schulen in Paraguay sein? In Asuncion gibt es deren zwei: Goethe-Kolleg und Albert-Schweitzer-Schule; dazu sind welche in den Orten Bella Vista, Hoheinau, Obligado und Capitan Meza. Außerdem gibt es noch die Schulen in den Mennonitengemeinden, die aber mit einer deutschen Schule, abgesehen von der Verwendung der deutschen Sprache, wenig gemeinsam haben. Hier herrscht die Ausrichtung des Unterrichts auf die Bibel vor. Eine weitere Sache ist die angeblich nicht vorhandene Kriminalität. Entweder hat Herr Weber in den zwei Jahren seiner Anwesenheit noch nicht gelernt, einheimische Zeitungen zu lesen oder er lügt. Jeden Tag steht dort etwas über Einbrüche, Diebstähle (besonders Autodiebstähle), Überfälle usw. Die Grenzstadt Pedro Juan Caballero wird mit den Zuständen im wilden Westen verglichen. Auch ist es erwiesen, daß Paraguay ein Hauptumschlagplatz für Rauschgift (Kokain) ist.

Der Itaipu-Boom ist auch schon zu Ende. Der Traum, vom Verkauf der Elektrizität an Brasilien gut leben zu können, hat sich nicht erfüllt, denn der 1973 abgeschlossene Vertrag gesteht Paraguay nur einen lächerlichen Kilowattpreis zu. Ganz abgesehen davon, daß der Einbau der Turbinen weiter hinter der Planung herhinkt. Bis jetzt arbeiten erst zwei Turbinen, zwei weitere sind gerade eingebaut — von 18 vorgesehenen.

Das gemeinsam mit Argentinien vorgesehene Yacyreta-Projekt befindet sich erst im Anfangsstadium, obwohl es laut Vertrag fast fertiggestellt sein soll. Die Einrichtung ist aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten mehr als fragwürdig.

In Paraguay wurde und wird viel Wald unkontrolliert abgeholzt und nicht wieder aufgeforstet. Experten sehen dadurch in den nächsten Jahren schwere ökologische Schäden auf Paraguay zukommen.

Von dem großen Finanzskandal, der die paraguayische Zentralbank erschüttert hat, hat Herr Weber wohl noch nichts gehört. Führende Funktionäre — natürlich ausnahmslos Mitglieder der Colorado-Partei — hatten durch fingierte Einfuhrbescheinigungen Millionen von Dollars in die eigene Tasche geleitet. Der Geschäftsführer, Dr. Colman Villamayor, ist wahrscheinlich in die USA geflüchtet, wo er Immobilien besitzen soll. Das heißt nicht, daß staatliche Betrügereien rigoros verfolgt würden, sondern Stroessner und Co. brauchen Sündenböcke für die jeden Tag größer zu Tage tretende Mißwirtschaft. (Die größten Fische bleiben unbehelligt, weil es sich um Stroessner selbst oder um seine engsten Freunde handelt.) Warum erwähnt Weber nicht die augenblickliche katastrophale wirtschaftliche Lage in Paraguay? Instabile Währung, hohe Inflation, Ernteauffälle durch die Trockenheit, Handelsbilanzdefizit, niedrige Weltmarktpreise für Agrarprodukte (Baumwolle, Soja), mangelnde Ausnutzung der — ohnehin geringen — Industriekapazitäten, Krisen in der Bauwirtschaft, offene und versteckte Arbeitslosigkeit u.v.a.m. Die überwiegende Mehrheit der Paraguayer braucht Mais und Manioka und nicht Wurstkonserven aus Deutschland und Jam aus Großbritannien. Doch am wenigsten braucht Paraguay Ausländer à la Jürgen Weber.

Am 29. April '86 stellte die Frauen-AG der Grünen ihre neuen Gesetzesvorschläge zum „Antidiskriminierungsgesetz“ (ADG) auf einem Hearing zur Diskussion. Anlaß für die Gesetzesentwürfe gab die Unwirksamkeit des EG-Anpassungsgesetzes, welches seit 1980 den arbeits- bzw. dienstvertraglichen Regelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch angegliedert ist und die Diskriminierungen von Frauen am Arbeitsplatz, bei der Lohngestaltung und bei der Stellenausschreibung einschränken soll. Die Grüne Frauen-AG, wie auch weite Teile der Frauenbewegung sind der Meinung, daß dieses EG-Anpassungsgesetz noch zu viele Gesetzeslücken aufweist. Zudem werden Frauen nicht nur am Arbeitsplatz benachteiligt, sondern auch in vielen anderen Lebensbereichen. Der Entwurf für ein ADG ist noch auf die Bereiche der Erziehung, Justiz, Strafvollzug, Geschäftsverkehr, Dienstleistungen und Werbung erweitert.

von MONIKA G.

Seit 30 Jahren gibt es den Artikel 3 im Grundgesetz, der besagt, daß niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt werden darf. Seit 30 Jahren hat sich dieses Grundrecht noch nicht verwirklicht. Frauen haben keine freie Berufswahl, haben weniger Aufstiegschancen und werden schlechter bezahlt. Sie gelten als konjunkturelle Hilfsarmee — bei Hochkonjunktur werden sie unter dem Motto der „Selbstentfaltung und Unabhängigkeit“ für die Berufstätigkeit geworben, bei einer Rezession müssen sie sich wieder ihrer hausfraulichen und mütterlichen Pflichten erinnern und werden als erste gekündigt.

Bis 1977 konnte der Ehemann seiner Ehefrau verbieten zu arbeiten, wenn es nicht mit ihren „Pflichten in Ehe und Familie“ vereinbar war.

Unsere Entfaltungsmöglichkeiten und unsere Bewegungsfreiheit werden durch sexuelle Übergriffe von Männern eingeschränkt. Dies ist das einzige Verbrechen, bei dem das Opfer vor Gericht beweisen muß, daß es die Tat nicht provoziert und sich genügend gewehrt hat. Vergewaltigung in der Ehe gibt es im Strafbuch nicht. Sie wird meist als „Privatsache“ abgetan.

Frauen wird die Fähigkeit abgesprochen, die Verantwortung für ihren eigenen Körper und ihr Leben zu tragen. Wenn ein Schwangerschaftsabbruch nicht innerhalb der gesetzlich zulässigen Indikation erfolgt, können wir strafrechtlich verfolgt werden. Welche Kraft und wie viele Arztbesuche, Beratungsgespräche usw. es erfordert, sich solch eine Indikation zu erbetteln, kann sich kaum ein Mann vorstellen.

Unentgeltliche Dienstleistungen der Frau in Haushalt und Familie

„Eine Herausforderung an die Männer“ oder „Proklamation der Rechte der Frauen“

Zum Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz:



ermöglichen es dem Mann, berufstätig zu sein und sich abends zu erholen.

Diese wenigen Beispiele zur Benachteiligung von Frauen, die nicht nur auf gesellschaftlichen Vorurteilen basieren, sondern größtenteils gesetzlich verankert sind, machen die Unwirksamkeit des Art. 3 GG deutlich.

Dieses Grundrecht hat aber noch einen anderen Haken. Zwar müssen sich Staat, Justiz, Verwaltung usw. nach ihm richten. Im Privatrecht hat der Art. 3 GG aber nur eingeschränkte Wirksamkeit. Die Vertragsfreiheit des Arbeitgebers — z. B. bei Einstellungen — unterliegt nicht generell dem Gebot des Art. 3 GG. Der Arbeitgeber kann also selbst bestimmen, ob er nun eine Frau oder einen Mann einstellen will. Somit hat der Arbeitnehmer, meist die Arbeitnehmerin, keine Möglichkeit zu klagen, weil sie wegen ihres Geschlechts nicht eingestellt bzw. gekündigt wurde.

Aufgrund dieser ungenügenden Wirksamkeit des Art. 3 GG in Bezug auf die Stellung der Frau im Arbeitsleben, entfachte sich in den 70er Jahren eine Diskussion über die Einführung eines neuen Gesetzes, das die individualrechtliche Stellung der Arbeitnehmerin / des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber klarer abgrenzen sollte.

In den Jahren 1975 - 77 hat der Rat der Europäischen Gemeinschaft drei Richtlinien erstellt, an die die gesetzlichen Grundlagen der Mitgliedsstaaten angepaßt werden sollten. Die drei Richtlinien befaßten sich 1. mit der Lohngleichheit von Frauen und Männern, 2. mit der Gleichbehandlung beider Geschlechter in Bezug auf Einstellung, Berufsbildung, beruflichem Aufstieg, Arbeitsbedingungen und 3. mit der Beibehaltung von Ansprüchen der Arbeitnehmer, wenn ein neuer Arbeitgeber den Betrieb übernimmt.

Erst 1980 wurden diese EG-Richtlinien im arbeitsrechtlichen Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches angegliedert. Entgegen der Forderung vieler Frauen wurde dem Komplex der Gleichbehandlung kein spezielles Gesetz gewidmet. Zudem hatte die BRD ihre Frist um drei Jahre überschritten, was ihr eine Klage beim Europäischen Gerichtshof einbrachte — ein deutliches Zeichen dafür, wie wichtig dem Staat, der Justiz, die Gleichbehandlung von Frauen und Männern ist. Viel wichtiger war dem Bundestag die Vertragsfreiheit des Arbeitgebers. Um diese nicht zu stark zu beschneiden, wurden gleich zwei Gesetzeslücken in die §§ 611 a, I und II eingebaut, damit der Arbeitgeber immer leicht „drum herum kommt“

Frauen einzustellen.

Im folgenden sollen nur wenige Lücken bzw. Tücken der §§ 611 a - 613 a des Bürgerlichen Gesetzbuches aufgezählt werden, ansonsten würde die Seitenzahl des RM nicht ausreichen:

Der § 611 a I BGB (Generalklausel) regelt die Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz, bei der Kündigung, Einstellung, beruflichen Aufstiegschancen, Betriebsvereinbarungen oder Weisungen. Nur wenn das Geschlecht unverzichtbare Voraussetzung für eine bestimmte Tätigkeit ist, fällt die Generalklausel weg.

Diese „unverzichtbaren Voraussetzungen“ sind sehr willkürlich zu bestimmen. Es ist nirgendwo klar festgelegt oder aufgelistet worden, was eine Frau oder einen Mann dazu befähigt, nur eine bestimmte Tätigkeit anzunehmen. Diese Voraussetzungen entsprechen noch vorwiegend den gesellschaftlichen Vorurteilen. Oder ist es etwa nicht möglich, daß ein Mann in einer Parfümerie arbeitet oder eine Frau Maurerin wird, wenn die nötigen maschinellen Hilfsmittel vorhanden sind? Auf Männertoiletten sitzen auch heute noch vorwiegend „Klofrauen“, um das Geld zu kassieren und zu reinigen und keine „Klomänner“. Daß das Geschlecht für diese Tätigkeit unverzichtbare Voraussetzung ist, will mir auch nicht so recht einleuchten. Diese „unverzichtbaren Voraussetzungen“ werden natürlich auch auf die Schutzgesetze (Mutterschutzgesetz, Arbeitszeitordnung) der Frauen ausgelegt. Frauen dürfen keine Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit verrichten und nicht in Bergwerken, Stahlwerken usw. arbeiten. Aus diesen Gründen können eher Männer eingestellt werden. Allerdings kann ich mir nicht vorstellen, daß die Arbeit in Bergwerken, Kokereien oder aber die Nacharbeit förderlich für die Gesundheit der Männer ist. Deshalb sollten die Schutzgesetze auch für die Männer gelten, damit die Anzahl der „unverzichtbaren Voraussetzungen“ eingeschränkt wird.

In § 611 a, Satz 2 steht, daß sachliche Gründe dem Arbeitgeber erlauben, Frauen und Männer unterschiedlich zu behandeln. Zu diesen „sachlichen Gründen“ zählt die Qualifikation, die Berufserfahrung, die Gesundheit, das Alter und die Bewährung. Erwiesenermaßen sind Frauen heute im Durchschnitt immer noch schlechter qualifiziert als Männer. Sollten die Frauen einmal ähnliche oder bessere Noten vorzeigen können wie vor einigen Wochen bei den Jura-Studentinnen, wird noch eine andere Voraussetzung für die Einstellung gefordert, die Frauen nicht so leicht erreichen können, z. B. selbstbewußtes Auftreten. Alter und Berufserfahrung als Voraussetzungen für eine Einstellung vorzuschreiben, ist schon eine Diskriminierung in sich. Denn Frauen, die Kinder erzogen haben, sind meist schon sehr viel älter und haben weniger Berufserfahrung als die Männer, weil sie eben jahrelang Hausfrau und Mutter waren.

Die §§ 661 a, Satz 3 — 613 a regeln noch die Schadensersatzansprüche bei Benachteiligungen wegen des Geschlechts, die individualrechtliche Klagebefugnis, die Arbeitsplatzausschreibung für beide Geschlechter (wenn dies nicht gemacht wird, erfolgt keine Bestrafung), die Lohngleichheit und die Erhaltung der Arbeitnehmerrechte bei Betriebsübergang.

Die Debatte um ein umfassendes ADG, welches noch andere Bereiche der Frauenbenachteiligung anspricht als nur das Arbeitsleben, lebte 1982 auf, als von der damaligen

sozialliberalen Koalition u. a. ein Hearing zu dieser Frage veranstaltet wurde. Seitdem passierte seitens der Bonner Parteien allerdings nichts mehr. Erst jetzt, durch den Entwurf für ein ADG, den die Frauen-AG der Grünen im Oktober 1985 vorgelegt hat, setzt die Diskussion wieder verstärkt ein.

Das ADG der Grünen soll ausschließlich für Frauen gelten, ihre Rechte in allen Lebensbereichen absichern und fordert natürlich auch, daß die Männer einige ihrer Rechte abgeben müssen. Der Gesetzesentwurf beinhaltet Regelungen bezüglich der Quotierung (50%), Behandlung, Aufstiegschancen, Bezahlung etc. von Frauen an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Es geht um die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Haushalt, bei der Kindererziehung, um die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Rollenerziehung usw.

Es geht um das Verbot der Veröfentlichung, Vermarktung solcher Rollenverhalten in der Werbung, den Schulbüchern, der Pornografie. Jegliche Lebensformen einer Frau sollen anerkannt und keine finanziellen Einbußen bringen, ob sie allein, zu zweit, mit oder ohne Trauschein, mit oder ohne Kinder oder in einer Wohngemeinschaft lebt.

Beim Strafrecht soll der § 218 gestrichen werden, Vergewaltigungen stärker verurteilt, und Frauen bei Gerichtsprozessen nicht mehr so erniedrigend behandelt werden.

Frauen soll es ermöglicht werden, an allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen mitzuwirken. Dies wird auch durch Quoten geregelt.

Die Sache ist besonders in der Amts-, Gerichts- und Gesetzesprache zu ändern. Alle Bezeichnungen sind geschlechtsneutral oder für beide Geschlechter zu fassen.

Die Einhaltung all dieser Gesetze, von denen ich noch nicht einmal alle aufgezählt habe, wird von Frauenbeauftragten, die in Bund, Ländern und Gemeinden sitzen, kontrolliert. Ferner sitzt in jedem Amt, jeder Fabrik etc. eine Ombudsfrau, die mit dem Betriebs- und Personalrat zusammenarbeitet. Wird gegen das ADG verstoßen, leitet sie den Vorgang an die Frauenbeauftragte weiter.

Zum öffentlichen Hearing am 29. April waren vier Rechtsanwältinnen, ein Rechtsanwalt, ein Pfarrer, zwei Frauen der Zeitschrift „Hydra“ aus Berlin, die sich mit der Diskriminierung von Prostituierten beschäftigt, vier Frauen von ÖTV, IGM, DGB und DAG, eine Frau der Notrufgruppe, eine Gleichstellungsbeauftragte, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hochschule für Politik und Wirtschaft in Hamburg, eine Vertreterin des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter, eine Vertreterin des Deutschen Frauenrates und eine der Humanistischen Union sowie Marie-Louise Janssen-Jureit, die die Diskussion um ein ADG 1979 anregte, anwesend.

Der Gesetzesentwurf wurde im Großen und Ganzen befürwortet, nur die Rechtsanwältinnen/der Rechtsanwalt waren der Meinung, daß besonders die Generalklausel und die Funktion der Frauenbeauftragten klarer umrissen werden müssen. Die Gewerkschafterinnen vertraten die Ansicht, daß die bestehenden Arbeitsgesetze größtenteils gegen die Diskriminierung der Frauen vorgehen und daß eine Ombudsfrau unnötig ist.

Ich konnte in diesem Artikel leider nicht umfassend auf das EG-Anpassungsgesetz und den Gesetzesentwurf zum ADG eingehen, hoffe aber, daß die Hauptaussagen und die Unterschiede der beiden Gesetze klar geworden sind.

Gegen eine strahlende

Zukunft:

Tschernobyl

ist überall



„Zum Thema“ diese Woche aus Gründen, die auf der Hand liegen, anders als geplant und um eine Seite länger. In dieser Ausgabe befassen wir uns mit einer kurzen politischen Bewertung (Wiederabdruck des ersten Teils des zentralen KPD-Flugblatts), zwei der bisherigen (in der BRD 141 in 5 Jahren) Unfälle im Westen (und der diesbezüglichen Informationspolitik) der Bonner Atompolitik, den dahinterstehenden Konzernen und einigen aktuellen Einzelfragen. Wir verstehen dieses „zum thema“ ausdrücklich auch als Grundlage für eine Beteiligung von KPD-Organisationen an einer Kampagne gegen AKWs.

Seit fast zwei Wochen kommt aus der Sowjetunion täglich die Nachricht, alles sei unter Kontrolle — die Strahlenwolken aber ziehen weiter durch Europa, ja selbst bis ins ferne Japan.

Der Unfall von Tschernobyl ist genau das, was, wie die Experten im Auftrag der Atomindustrie weltweit stets behauptet haben, nicht passieren könnte.

Und doch: Tschernobyl ist nur die größte einer ganzen Kette von Katastrophen oder gerade eben noch mal abgewendeter Katastrophen. Diesmal hat das Glück die Prediger der „sicheren Atomenergie“ nicht gerettet, sind die Strahlen da, auch bei uns. Für alle, die bei Demonstrationen gegen Atomkraftwerke stets mit dem Finger auf auswärtige Teilnehmer solcher Aktionen gezeigt haben, dürfte jetzt die Stunde des Schweigens gekommen sein — es ist eben keine nur lokale Angelegenheit.

Wenn jetzt alles getan wird, um das Unglück auf besondere sowjetische Verhältnisse zu schieben, so steht dem die Frage gegenüber:

Was ist mit Harrisburg, Windscale, Gundremmingen?

Auch dort, in USA, Großbritannien und der BRD gab es Katastrophen, die zunächst verschwiegen wurden — zum Teil gab es sofort Tote, zum

Teil bleibt die größere Umgebung verseucht, und keiner wage es, zu behaupten, da könne nichts mehr passieren. Was niedere Strahlung ausrichtet, ist ohnehin weitgehend unbekannt, was bekannt ist, signalisiert Gefahr. Unfälle mit AKWs — die sind überall, auch hierzulande, genauso alt wie die AKWs selbst. Und wenn es tatsächlich so sein sollte, daß es in der BRD mehr Sicherheitsvorschriften gibt als anderswo: Genau darüber haben sich Erbauer und Betreiber jahrelang beklagt. Für die Existenz ausführlicher Vorschriften sind ausschließlich die zahlreichen Protestaktionen der 70er Jahre verantwortlich.

Moskau schweigt, Bonn lügt!

Moskau schweigt, und das ist schlimm, Moskau beschönigt auch, und das ist noch schlimmer. Aber genau das tut Bonn auch. Jeden Tag wird auch hierzulande ausgestreut, es sei alles im Abklingen, obwohl das so schnell gar nicht gehen kann. Dafür wird jeder Amateurfunkspruch über Tausende Tote in der UdSSR mit Macht verbreitet. „Alles im Griff“ sagt ausgerechnet ein Herr Zimmermann, der Bestenfalls für „Blackouts“ vor Gericht kompetent ist.

Und sonst sieht es nicht viel besser aus: Die „Experten“? Einer empfiehlt, was der andere strikt ablehnt, und das ist auch kein Wunder, denn es gibt nun mal keine

wirklichen Sicherheitsvorkehrungen. AKWs sind nicht sicher zu machen, das ist der Tatbestand. Das einzig Sichere ist die Abschaltung aller AKWs. Und zwar sofort. 374 dieser Dinger gibt es auf der Welt — auf der kleinen Fläche der Bundesrepublik sind sie am dichtesten angesiedelt!

Sofortige Abschaltung aller AKWs!

Das geht. Kurzfristig kann in der BRD Kohlestrom Ersatz schaffen. Die Kapazitäten sind da. Jetzt beteuern die „Experten“ von RWE, Preußag und wie sie sonst noch heißen, das sei zu teuer. Klaus Traube, Atomwissenschaftler, 1978 vom Verfassungsschutz wg. seiner Wandlung zum Oppositionellen abgehört, hat vorgerechnet, dies koste jährlich ca. 3 Milliarden DM. Viel Geld, klar. Sicherheit kostet viel Geld, beteuert diese Regierung immer dann, wenn es um neue Raketen, Flugzeuge und Panzer geht, für Rüstungsindustrie und NATO. Jetzt geht es wirklich um Sicherheit und nicht um Aufrüstung. Und wer das bezahlen soll, liegt auf der Hand: All jene, die seit 25 Jahren an den verschiedenen Atomprogrammen der jeweiligen Bundesregierung -zig Milliarden verdient haben. Allein in den siebziger Jahren ist im Durchschnitt jährlich eine Milliarde DM aus den Staatskassen in die Tresore der Er-

bauer und Betreiber von AKWs geflossen, haben diese Hunderte von Millionen im Jahr an Dividenden ausgeschüttet. Dafür müssen sie jetzt die Rechnung bekommen — das Geld ist da.

Kohle statt Atom!

Sofort abschalten, sofort umschalten auf Kohle — das geht. Sicher: das bedeutet zunächst mehr Luftverschmutzung, ist in der aktuellen Lage aber eindeutig das kleinere Übel. Ein rasches Umbauprogramm für diese Kohlekraftwerke muß dazu sofort angefangen werden, die entsprechenden Möglichkeiten für Filteranlagen sind vorhanden. Kohle statt Atom — eine Forderung, die auf der Linken schon lange vertreten wird: Jetzt muß sie verwirklicht werden. Der Sicherheit wegen.

Das Wasser

Wasser oder keines? Darum stritten sich die Experten, wenn sie über die Löschung des Brandes in Tschernobyl redeten. Auch über Sand und andere Löschmittel wurde gestritten. Da Graphit erst bei 3600° Celsius brennt, eine schwierige Sachlage).

Mag sein, was will: Dieser hilflose, zynische oder lächerli-

che Streit ist ein deutliches Zeichen dafür, was von den angeblich so tollen Sicherheitsplänen zu halten ist, die in den verschiedensten Schubladen westdeutscher Behörden ruhen: Gar nichts!

Der Investitionsstau

Die „Wende“ zur Kohl-Regierung wollte der Bund der Deutschen Industrie auch wegen des sogenannten Investitionsstaus. Die Schmidt-Regierung mußte zunehmend auf den wachsenden Widerstand, auch in der eigenen Partei, gegen AKWs Rücksicht nehmen. Das paßte den Konzernen, den RWE, Siemens, Allianz Babcock, Gutehoffnungshütte und wie sie alle heißen, nicht: Zu viele Auflagen, zu viele Einspruchsrechte, das hemme weitere Investitionen.

Diese Regierung trat mit dem Versprechen an, diese Hemmungen abzulegen. Und die bayerische Landesregierung hat dies im Fall Wackersdorf mit Bonner Billigung ausdrücklich getan. Nicht nur Einsatz des Bundesgrenzschutzes für die Atomindustrie, sondern auch nachträgliche Verabschiedung von Gesetzen um die illegale Suspension widerspenstiger Landräte doch noch zu legalisieren.



Die „unwahrscheinlichen“ Ereignisse

„Mangelnde Sicherheitseinrichtungen“ der UdSSR — damit geht die bundesdeutsche Atommafia in Bonn und anderswo gegen die Proteste hierzulande vor. Daß es kein „russisches Problem“ ist, sondern eines der AKWs, das soll der folgende ausführliche Artikel zwischenfälle in der BRD und den USA nochmals darlegen. Dabei muß bewußt sein, daß auch Harrisburg und Gundremmingen nur zur „Spitze des Eisbergs“ gehören.

von KLAUS DILLMANN

Kein Risiko?

Noch 1979 erklärte der Historiker des teilstaatlichen Energieversorgungsunternehmens Veba (Vereinigte Energie- und Bergbau-AG), Heiner Radzio, in Reaktion auf die Auseinandersetzungen um den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf:

„Waren die Risiken der Kernenergie plötzlich denn so viel größer geworden als zuvor? Gab es nicht schon 1976 mehr als 150 Kernkraftwerke in der Welt — bis zum Herbst 1979 sind fast 240 Anlagen in Betrieb gegangen — und in der Bundesrepublik inzwischen immerhin schon zwölf, die durchweg die geforderten Leistungen brachten, ohne daß sie völlig störungsfrei liefen wie andere Anlagen auch? Dabei ist es bei kommerziell betriebenen Kernkraftwerken bisher noch zu keinem tödlichen Unfall im Nuklearbereich gekommen. Gewiß gibt es gute Gründe, die Kernenergie überhaupt in Frage zu stellen. Harrisburg hat viele verschreckt, wobei allerdings auch hier festzustellen bleibt, daß gottlob die Schreckens-Visionen in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Gefahren-Potential standen. Zweifello-

aber birgt die Kernenergie Gefahren. Aber noch nie haben sich Menschen so angestrengt, um die Gefahrenquellen eben nicht virulent (= giftig — KD) werden zu lassen. Eine bisher noch nicht gekannte Sicherheitstechnologie wurde entwickelt und wird weiter verbessert. Gerade der sich abzeichnende Öl-mangel macht den stärkeren Einsatz der Kernenergie (...) unabwendbar. Daneben bleibt die Frage wichtiger, als sie von den Kernkraft-Gegnern in der Regel gehalten wird, nämlich ob sich gerade die auf den Export so sehr angewiesene deutsche Wirtschaft von der Ausnutzung der friedlichen Anwendung der Kernenergie abwenden soll, während die meisten übrigen Industrienationen deren Verwendung forcieren, so nicht zuletzt im kommunistischen Ostblock.“ Hier wird bereits deutlich die eigentliche Begründung dafür geliefert, warum diese Kräfte so sehr bestrebt sind, die Frage der Sicherheit nicht allzu sehr in den Vordergrund treten zu lassen und bestimmte Sachverhalte durch geschickte Wortwahl zu beschönigen. Inzwischen war immerhin etwas passiert, was den Atomlobbyisten bei ihrer Propaganda unangenehm war: es gab die ersten Todesfälle bei einem Kernkraftwerk. Die lange Zeit der Öffentlichkeit vorgegaukelte Behauptung von der fast absoluten Sicherheit der Kernkraftwerke hatte Risse bekommen:

Die ersten Toten

„Die ersten Todesfälle in deutschen Reaktoren traten ... (1975 — KD) auf. Das IRS (= Institut für Reaktorsicherheit — KD) schrieb dazu (...): „Am 19.11.1975 um 10.45 Uhr ereignete sich im Kernkraftwerk Gundremmingen der RWE Bayernwerk GmbH (...) ein Unfall, bei dem 2 Schlosser durch austretenden Dampf ums Leben kamen. Der 237-MWe-Zweckkreisledewasserreaktor im Zwangsumlauf (Inbetriebnahme Dezember 1966) war zur Durchführung von Reparaturen in der Freiluftanlage, am Turbinenkondensator sowie zu sonstigen kleineren Reparaturarbeiten bereits 4 1/2 Stunden vor Eintritt des Unfalls abgeschaltet worden.“ (IRS Kurzinformation, Austritt von radioaktivem Dampf im Primärreinigungs-system des Kernkraftwerks Gundremmingen). Die beiden Schlosser hatten den Auftrag gehabt, in einer mit dem Heißwasserkreislauf verbundenen Hochdruckleitung ein schon länger vorhandenes Leck an einem Schieber zu reparieren. Sie mußten dazu durch eine kleine Luke in einen engen Raum hinabklettern und dort — wie üblich — ohne Hitzeschutz-

anzüge an der 280°C heißen Hochdruckleitung ohne zureichende Absperrung zum Reaktor hin arbeiten. Die Schlosser hatten Anweisungen zu befolgen, die Grundregeln des Arbeitsschutzes außer acht ließen. Plötzlich hervorschießendes überhitztes Wasser tötete einen von ihnen sofort. Der zweite, der sich noch mit fremder Hilfe aus dem Raum retten konnte, wurde bis dahin so schwer verbrüht, daß er am nächsten Morgen auch starb. Die vorher für überflüssig gehaltene Sicherheitsabspernung erfolgte erst, nachdem die Kraftwerkswarte telefonisch durch einen weiteren Arbeiter alarmiert worden waren. Da waren schon 500 bis 800 l Wasser aus dem Primärkreislauf ausgeströmt und hatten das Innere des Reaktor Gebäudes in Dampf gehüllt.“ (K. Batjer u.a., Studie Bremer Physiker über Reaktorunfall in Gundremmingen).“

Der Fall wurde in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Zur Studie der Bremer Wissenschaftler schrieb damals die Frankfurter Rundschau (14.7.76): „Ohne sich zur Schuldfrage konkret zu äußern, halten die Wissenschaftler das sichtbar gewordene Ausmaß von Verstößen ‚nicht allein für Gundremmingen typisch‘, sondern, wie sich bei der Untersuchung herausgeschält habe, ‚allorts für gang und gäbe‘. (...) „Es waren zu viele Reparaturen gleichzeitig auszuführen, so daß verschiedene Schutzsysteme blockiert waren“, meint Bleck (einer der Bremer Wissenschaftler — KD) hierzu. Mehr eingeplante Zeit nach Abschalten des Reaktors hätte beispielsweise ein Abkühlen des 280°C heißen radioaktiven Dampfes auf 150°C erlaubt, so daß ein eigens für solche Fälle vorgesehener Kühlkreislauf hätte eingesetzt werden können.“ Die Tatsache, daß der ausgetretene Dampf radioaktiv war, wurde nach Möglichkeit geflissentlich heruntergespielt, damit man den Unfallort theoretisch außerhalb des Nuklearbereiches ansiedeln und zu einem ganz konventionellen Geschehnis erklären konnte.

„Das AKW Gundremmingen kam (...) nicht zur Ruhe. Am 13. Januar 1977 schaltete sich der Reaktor nach Blitzschlag und mehreren Kurzschlüssen aus. Die Kurzschlüsse gingen auf Isolatorbrüche zurück, die durch einen Kälteeinbruch verursacht worden waren. Der ‚Spiegel‘ (Nr. 46, 13.11.78) schrieb dazu, daß als Folge 200 Tonnen radioaktives Wasser aus dem Druckgefäß ins Reaktor Gebäude drangen. Daraufhin verlangten die Genehmigungsbehörden eine Modernisierung des Sicherheitssystems.“

Wirtschaftlichkeit contra Sicherheit

Anders ausgedrückt: Trotz der deutlichen Gefahr wurden Sicherheitsvorkehrungen außer acht gelassen, um den Betrieb des Kraftwerks möglichst rentabel zu gestalten. Die Wirtschaftlichkeit hatte deutlich Vorrang vor der Sicherheit. Der bereits zitierte Veba-Historiker Radzio beispielsweise beklagt die Schwerfälligkeit der Entscheidungsprozesse bei den Genehmigungsbehörden bzw. Gerichten:

„Bisher war dieses Kernkraftwerk (gemeint ist der Druckwasserreaktor Esensham am Unterlauf der Weser — KD) eine sehr kostspielige Angelegenheit, und zwar nicht, weil Störungen im Betriebsablauf aufgetreten waren, sondern weil diese Anlage fast zwei Jahre betriebsbereit und mit voller Mannschaft auf die Indienstnahme warten mußte.“

Bei einer Investitionssumme von 1,2 Milliarden DM für dieses 1230-MW-Kernkraftwerk kostete diese unfreiwillige Wartezeit bis zur endgültigen Betriebsgenehmigung etwa 300 Millionen DM, denn Zinsen und Kapitaldienst waren zu leisten, während der Strom (...) aus teuren Primärenergiequellen erzeugt werden mußte als aus dem angereicherten Uran im Druckwasser-Reaktor dieses Kraftwerks.

Der Vorstandssprecher der Preußenelektra, Dr. Ulrich Segatz, ist davon überzeugt, daß das Unternehmen ab 1979 die Früchte der Arbeit ernten wird, die in den schwierigeren Vorjahren geleistet wurde. Und er glaubt, deutliche Anzeichen dafür zu erkennen, daß die schwersten Jahre der Auseinandersetzungen über den Einsatz der Kernenergie für die Stromerzeugung vorüber sind, daß mehr Vernunft und ruhigeres Abwägen anstelle von gefühlsbetonten Reaktionen und unüberlegten Handlungen getreten sind. In der Tat ist kein anderer Stromkonzern auf die Lösung der Frage, wie es mit der Kernenergie in der Bundesrepublik weitergehen wird, stärker angewiesen als die Preußenelektra.“

Während es im Geschäftsbericht 1957/58 noch geheißen hatte, daß „die Einplanung der Atom-Energie in die allgemeine Energie-Bilanz (...) nach Auffassung der Preußenelektra nicht früher erfolgen“ könne, als der Nachweis ihrer Wirtschaftlichkeit wenigstens näherungsweise erbracht sei, plante man für 1979 bereits die Erzeugung von fast einem Drittel der Stromerzeugung „der Preußenelektra und ihrer Tochtergesellschaft (...) (NWK) in den vier Kernkraftwerken (...), die dem Konzern entweder ganz gehören, das sind Stade, Würgassen und Unterweser, oder zu einem Teil, nämlich Brunsbüttel. (...) Das Kernkraftwerk Krümmel mit 1260 MW, in das sich NWK und HEW zur Hälfte teilen, könnte schon fertig sein, wenn der Bau nicht durch sich hinschleppende

Genehmigungsverfahren verzögert worden wäre. Dadurch hat sich die Übergabe auf Ende 1981/82 verschoben. Völlig ungeklärt ist (...) indes die Lage beim Kernkraftwerk Brokdorf (...)“

Hier sei „in der löblichen Absicht, in diesem industriell unterentwickelten Raum mehr Arbeitsplätze zu schaffen, (...) nach Einschätzung breiter Bevölkerungskreise des Guten schon zu viel getan worden.“ Man habe die „erhöhte Sensibilität der Bürger gegenüber ihrer Umwelt“ zu wenig berücksichtigt. So hätten „politisch äußerst links stehende Gruppierungen“ „die Unwissenheit, Unsicherheit und auch die Angst, die in manchen Teilen der Bevölkerung gegenüber der Kernenergie bestand und besteht, (...) geschickt ausgenutzt“ und „die von der Mehrheit der Bürgerinitiativen gegen den Bau (...) friedlich geplanten Demonstrationen (...) mißbraucht, um dem verhaßten Staat bei dieser Gelegenheit ‚massenhaft‘ die Zähne zu zeigen — allerdings zumeist hinter verummumten Gesichtern.“ (19) So hätten sich „regelrechte Schlägertrupps (...) am 13.11.1976 unter die etwa 25000 überwiegend friedlichen Demonstranten“ gemischt. Von 3000 Linksextremisten ist die Rede, die aus Hamburg und Bremen angereist seien, um das Baugebiet zu stürmen. Die Eskalation der Gewalt habe nicht nur die Öffentlichkeit in der BRD, sondern auch im benachbarten Ausland erregt „wie kaum ein Ereignis der Nachkriegszeit in unserem Lande“. Hier habe sich die „frustrierte Linke, die nach der erregenden Zeit der großen Studentenbewegung (...) schon lange neue Erfolgserlebnisse vermißte und nun rücksichtslos ausbeutete, was sich ihr an Gelegenheit anbot“, ausgetobt. Ihnen seien „gutgläubige Vertreter von Bürgerinitiativen ebenso wie besorgte Bauern und naive Pastöre“ auf den Leim gekrochen.

Während in diesem Bericht noch von in erster Linie psychologischen Problemen von AKW-Gegnern und deren angeblicher Ausnutzung durch „Linksextremisten“ die Rede ist, wird der „Störfall von Harrisburg“ nur einer Randbemerkung für würdig befunden. In Wirklichkeit hat dieser an einem Leichtwasserreaktor in den USA aufgetretene Störfall jedoch Anlaß zu Beunruhigung in mehrfacher Hinsicht gegeben. Was war geschehen?

„Am 28. März 1979 um 4 Uhr morgens ereignete sich auf der Zwei-Reaktoren-Kernkraftanlage Three Mile Island bei Middletown, Pennsylvania, ein schwerer Unfall. Der Unfall wurde zunächst durch maschinelle Fehlfunktionen im Reaktor ausgelöst. Bei den Versuchen, sie zu beheben, wurde der Unfall durch verschiedene menschliche Fehler noch wesentlich verschlim-



von Gundremmingen und Harrisburg

mert (...). Während der nächsten vier Tage wurden dem Betreiber des Reaktors, den bundesstaatlichen und (einzel-) staatlichen Behörden und der Öffentlichkeit das Ausmaß und die Schwere des Unfalls nicht deutlich. Daher entstanden später auf nationaler und internationaler Ebene ernste Besorgnisse um die Sicherheit der Kernkraft. Als eine Antwort wurde diese Kommission eingesetzt.“

So heißt es im Vorwort des offiziellen Berichts, der vom Präsidenten der USA eingesetzten Kommission über den Reaktorunfall auf Three Mile Island

Nach mehrtägiger fieberhafter Arbeit der Sicherheitsingenieure konnte schließlich der Öffentlichkeit am 2.4.1977 mitgeteilt werden, daß die akute Gefahr gebannt sei. Das vorgesteuerte Ablaßventil am Druckhalter hätte sich zwar bei Druckanstieg geöffnet, aber beim Druckabfall nicht wieder geschlossen (während auf der Anzeige in der Schaltwarte jedoch das Schließsignal gegeben war). Etwa zwei Stunden lang floß daher Kühlmittel ab (rund ein Drittel der vorhandenen Kapazität). (Bis dahin hatte die NRC bei ihren Genehmigungsverfahren für den Betrieb von Reaktoren der Möglichkeit eines kleinen Kühlmittelverluststörfalls (LOCA) kaum Beachtung geschenkt.)

Aufgrund des Druckabfalls hatte das Hochdruckeinspeisungssystem automatisch den Betrieb aufgenommen, war jedoch von den Reaktorführern (in dem Bestreben, einen bestimmten Wasserstand im Druckhalter beizubehalten) in Unkenntnis der Ursache für sein Inbetriebgehen gedrosselt worden. Infolgedessen bildeten sich im Reaktor Dampfblasen, die den weiteren Zutritt von Kühlflüssigkeit verhinderten, und der Reaktorkern war eine Zeitlang nicht von Wasser bedeckt und wurde schwer beschädigt (wobei Art und Umfang dieses Schadens zur Zeit des Berichts noch unklar waren). Die Jodfilter im Hilfsanlagen- und im Brennelementgebäude waren offenbar nicht so wirksam, wie sie hätten sein müssen, es traten zwischen dem 28.3. und dem 27.4. etwa 13–17 Curie Jod und 2,4–13 Mill. Curie Edelmetalle (beides radioaktiv) in die Atmosphäre aus. Zu dem Ausmaß des Unfalls stellt die Kommission fest:

„Wie schwer war nun eigentlich dieser Unfall? Wir haben die gesundheitlichen Auswirkungen des Unfalls untersucht. Trotz der schweren Beschädigung des Kraftwerks wurde der größte Teil der Radioaktivität zurückgehalten, und die tatsächliche Freisetzung wird kaum Auswirkungen auf die physische Gesundheit einzelner Menschen haben. Die größte gesundheitliche Auswirkung des Unfalls lag in dem Streß, der aus ihm folgte. Die Radioaktivität, der einzelne

Personen außerhalb des Kraftwerks ausgesetzt waren, war sehr gering. Allerdings können auch geringe Mengen Radioaktivität später zu Krebs, genetischen Fehlentwicklungen oder zu Mißbildungen bei Kindern von zur Zeit des Unfalls schwangeren Frauen führen. Es gibt keinen direkten Weg, die gesundheitlichen Gefahren geringer Radioaktivität zu messen. Deshalb muß das Ausmaß der Gefahr indirekt eingeschätzt werden.“

Ein Test

Zu diesem Zeitpunkt lag bereits der amerikanischen Öffentlichkeit eine Studie des Atomwissenschaftlers Ernest Sternglass über „Radioaktive, Niedrig-Strahlung“ vor, der anhand zahlreicher „kleinerer“ Atomunfälle in den USA den Folgen insbesondere bei Kindern und Ungeborenen nachgegangen war. Dies mußte die Kommission bei ihrer oben gemachten Aussage berücksichtigen. Dort heißt es über einen unterirdischen Atombombenversuch in Nevada:

„Am 18. Dezember 1970 (...) führte die US Atomic Energy Commission (AEC) auf dem Testgelände in Nevada einen unterirdischen Atomwaffentest mit dem Kodennamen „Baneberry“ durch. Diese Bombe von Hiroshimagröße wurde in etwa 300 m Tiefe gezündet. Die Explosion öffnete einen Riß in den Felsen, und große Mengen Radioaktivität gingen in die Atmosphäre. In der Nähe des Testgeländes erzeugte die langsam abtreibende Wolke mit dem radioaktiven Staub auf der Erdoberfläche Werte von 25 rad (aufgenommene Röntgendosis — KD) pro Stunde. Einige hundert Angestellte wurden zu stark bestrahlt und mußten schnellstens evakuiert werden.“

Kurz nach dem Unglück benachrichtigten die AEC-Abteilung für Biologie und Medizin und das Gesundheitsamt des Staates Utah eine Gruppe Falloutspezialisten von der Universität Utah, die unter Vertrag mit der AEC arbeiteten. Diese Gruppe (...), die seit langem vor den Gefahren durch radioaktives Jod für die kindliche Schilddrüse gewarnt hatte, fing sofort damit an, die Richtung und die Stärke der radioaktiven Wolke zu bestimmen. Von der Wetterdienststelle Salt Lake erhielten sie die Windrichtungen zur Zeit der Explosion, von der Dienststelle „Nevada Operations“ erfuhren sie, daß die radioaktive Abgabe zu einer Zeit stark wechselnder Winde geschah, als die Winde in unterschiedlichen Höhen in verschiedene Richtungen wehten. (...) Nachdem die Richtung des Fallouts (= des radioaktiven Niederschlags — KD) bekannt war, konnten die Proben-Entnahme-Stationen, die, seitdem

die Gefahr durch den Fallout in der Milch bekannt geworden war, überall in den USA aufgebaut wurden, die Radioaktivitätsmessungen in der Luft und am Boden aufnehmen. (...) Jetzt gab es auch keine Probleme bei der Ermittlung der inneren Strahlendosis. (...)

Nach den Ergebnissen der Laboratorien waren die beherrschenden, gammastrahlenden Isotope des Baneberry-Fallouts das kurzlebige, intensiv radioaktive Jod-131 und Jod-133. Diese wurden in den Lungen, in den Schilddrüsen, in den Mägen und in den Föten des Rehwilds und der Schafe (die vorher geschossen und zu den Labors gebracht worden waren — KD) wie auch im Schnee, in der Milch und in den Pflanzen gefunden. (...) Wie sich herausstellte, waren (...) die Vorhersagen, wohin der Fallout treiben würde, falsch gewesen. Die dicksten Wolken zogen nach Norden und Nordosten in die Staaten Idaho, Washington und Montana, wo Regen- und Schneefälle viel mehr Radioaktivität als in Utah niederbrachten. Durch den Baneberry-Fallout wurden in den nördlichen Staaten der USA große Cäsium-137-Zunahmen in der Milch gemessen (...). Die Daten für die Bodenradioaktivität zeigten auch, daß der Fallout bis nach Kanada getrieben war und die Abmachungen des Teststoppabkommens von 1963 verletzte, das Atomtests verbietet, die die Radioaktivität über die Landesgrenzen des durchführenden Landes hinaus abgeben. Was aber die Öffentlichkeit betraf, gab es nur die folgende AEC-Erklärung (...):

„Die Commission (AEC) sagte, daß die Radioaktivität so gering war, daß sie keine Gefahr darstellte. Sie wurde in mehreren tausend Meter Höhe festgestellt, und nur allgeringste Spuren der radioaktiven Verseuchung gelangten zu Boden (...). Die AEC sagte, daß der Fallout an keinem Ort außerhalb des unmittelbaren Testgeländes für das menschliche Leben oder für die menschliche Gesundheit gefährlich war.“

Im Frühjahr (...) 1971 trug unsere Gruppe die Daten der Radioaktivität in der Luft, in der Milch und auf dem Boden vor und nach dem Baneberry-Test zusammen. Diese wurden dann mit den Daten der Sterblichkeitsraten der nach der Explosion geborenen Kinder korreliert, wie sie in den monatlichen Ausgaben der Vital Statistics (= eine Art standesamtliches Erfassungssystem — KD) der USA angegeben sind. In all den Staaten, in denen die Gesamtradioaktivität am höchsten anstieg — in Idaho, Montana, Oregon, Nevada, Washington und Nebraska und selbst in so weit entfernten Staaten wie Minnesota und Maine — stieg auch die Kindersterblichkeit während der ersten

drei Monate nach dem Test steil an. In den anderen Staaten der USA nahm dagegen die Sterblichkeit weiter ab.“

Ein zentraler Punkt in der augenblicklichen Politik der NRC (= Bundesgenehmigungsbehörde „Nuclear Regulatory Commission“ für den Betrieb eines Atomkraftwerks in den USA — KD) ist die Vorstellung, daß Reaktoren in einer „low population zone“ (LPZ) (= Gebiet mit geringer Bevölkerungsdichte — KD) gebaut werden sollten, d.h. in einem Gebiet, in dem die notwendigen Schutzmaßnahmen für die Bewohner in einem Notfall auch durchgeführt werden können. Ein solches Konzept ist wirklichkeitsfremd und oberflächlich. (...) In dem LPZ-Plan gibt es einige entscheidende Fehler. Erstens wegen der extrem hohen Dosis umfaßt bei den meisten Kernkraftwerken die LPZ ein sehr kleines Gebiet, bei TMI (Three Mile Island) 3 km. Zweitens, wenn ein so ernsthafter Unfall, wie in dem LPZ-Plan angenommen, stattfindet, werden viele Menschen außerhalb der LPZ sicherlich geringeren, aber immer noch sehr großen Dosen von Radioaktivität ausgesetzt sein. Drittens zeigt der TMI-Unfall, daß die LPZ für den Schutz der Öffentlichkeit sehr wenig Bedeutung hat — die NRC selbst plante eine Evakuierung innerhalb einer 30-km-Zone, obwohl der Unfall viel kleiner war als im LPZ-Plan angenommen.“

Holger Strohm kommt in seiner Dokumentation zu dem Ergebnis: „In Harrisburg wurde eine Evakuierung der Bevölkerung aus politischen Gründen verhindert, obgleich dort die Menschen in vier Richtungen evakuiert werden können und die Bevölkerungsdichte in den USA etwa elfmal geringer ist als in der BRD.“

Kein BRD-Harrisburg?

In der BRD wurde nach dem Störfall von Harrisburg — schon zu einem Zeitpunkt, wo noch unklar war, worin eigentlich die Ursache für den Unfall bestand — offiziell erklärt, daß bei uns dergleichen nicht passieren könne, da die Sicherheitsvorkehrungen in der BRD sehr viel besser seien als in den USA. Immerhin wurde daraufhin von der Bundesregierung eine Risikostudie in Auftrag gegeben, die 1979 unter dem Titel „Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke. Eine Untersuchung zu dem durch Störfälle in Kernkraftwerken verursachten Risiko“ vom Bundesinnenministerium für Forschung und Technologie veröffentlicht wurde.

„Diese Deutsche Risikostudie entstand zum einen aus der grundsätzlichen Frage nach dem Störfallrisiko deutscher Kernkraftwerke

für die Bevölkerung in der Bundesrepublik, zum andern aus der sich bei erreichtem Kenntnisstand ergebenden Frage, inwieweit die Ergebnisse der amerikanischen Studie (gemeint ist der 1974 von der NRC herausgegebene Bericht „WASH-1400“ von Prof. Norman Rasmussen, dessen Aussage über mögliche kleine Kühlmittelverluststörfälle von dem Bedienungspersonal bei Harrisburg unbeachtet geblieben war — KD) auf deutsche Verhältnisse übertragen werden kann. Es wird zwar in den USA und in der BRD zur kommerziellen Stromerzeugung mit dem Leichtwasserreaktor ein technisch weitgehend gleicher Anlagentyp eingesetzt, doch gibt es eine Reihe von Gründen, die eine unmittelbare Übertragung der amerikanischen Ergebnisse auf deutsche Verhältnisse nicht zulassen. Vor allem zwei Gesichtspunkte müssen hier genannt werden:

- Im anlagentechnischen Aufbau gibt es an etlichen Stellen Unterschiede (...). Für die vergleichende Risikobetrachtung relevant sind vor allem die Unterschiede in Aufbau und Funktion der Sicherheitseinrichtungen.

- Die Bevölkerungsdichte ist in der BRD erheblich höher als in den USA. Die mittlere Dichte ist etwa elfmal so groß, in der näheren Umgebung von Reaktorstandorten beträgt das Verhältnis noch etwa 3:1.“

Kehren wir zurück zum Bericht über den Harrisburg-Störfall. Dieser wirft der NRC bei deren Argumentation vor:

„Da die NRC in vielen Fällen gar keine Informationen aus erster Hand hat, um die Einhaltung ihrer Vorschriften zu erzwingen, ist sie bei ihren Inspektionen und Überprüfungen fast völlig auf die Berichte der Industrie selbst angewiesen. NRC sammelt geradezu Berge an Informationen über die Erfahrungen mit laufenden Kraftwerken. Trotzdem gab es vor dem Unfall keinerlei Systematik in der Auswertung dieser Erfahrungen und keinen systematischen Versuch, Muster zu entwickeln, die als eine Art Warnung bei grundsätzlichen Problemen dienen könnten.“

Die NRC ist extrem auf den technischen Bereich orientiert, nicht auf die Menschen. Das beweist der schlecht ausgestattete und unterbesetzte Zweig der NRC, der sich mit der Ausbildung der Reaktorfahrer beschäftigt, das zeigt sich weiterhin darin, daß Inspektoren, die Unfälle untersuchen, sich auf technische Fehler konzentrieren, weniger auf mögliche Fehleinstellungen der Reaktorfahrer, sowie darin, daß man sich kaum mit den Betriebsanweisungen für Reaktorfahrer beschäftigt, und schließlich darin, daß man sich fast überhaupt nicht mit den Wechselwirkungen zwischen Mensch und Maschine befaßt.“

Bonner Kernenergie politik

— Ein historischer Streifzug —

von KLAUS DILLMANN

Zum Thema „friedliche Nutzung der Kernenergie“ haben die Bonner Parteien schon vor über drei Jahrzehnten im Bundestag Stellung bezogen, als sie am 8.7.1954 einstimmig das „Gesetz betreffend das Abkommen vom 1.7.1953 über die Errichtung einer Europäischen Organisation für kernphysikalische Forschung“ annahmen, dessen Wirkung darin bestand, die internationale Forschung in der Kernphysik zu stärken. Auf dieser Grundlage wurde am 3.12.1959 mit dem „Gesetz über die friedliche Nutzung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)“ (das mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung verabschiedet wurde) eine bundesgesetzliche Regelung „zur freien und ungehinderten Entwicklung der Erforschung und friedlichen Nutzung der Kernenergie“ geschaffen. Diesen Grundentscheidungen verdanken wir die Existenz der Forschungsreaktoren (Kahl seit 1961, Jülich seit 1966, Karlsruhe seit 1967 in Betrieb). Zeitlich dazwischen lag eine heftige Kontroverse um einen von der SPD-Fraktion eingebrachten Entwurf für ein „Gesetz zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr“ im April 1958, der damals von der regierenden CDU/CSU mit der Begründung zurückgewiesen wurde, eine derartige Volksbefragung verstoße „gegen Geist und Buchstaben des Grundgesetzes“ (Dr. Rainer Barzel). Die ganze Kampagne spreche die Sprache des Aufruhrs. Diese Drohung tat ihre Wirkung. Gerade zwei Jahre zuvor war gegen die Stimmen der SPD die allgemeine Wehrpflicht eingeführt worden. Die KPD, seit 1953 nicht mehr im Bundestag vertreten, hatte dagegen eine Unterschriftensammlung organisiert und bereits ca. 9 Millionen Unterschriften gesammelt. Dies wurde ihr als Verletzung der grundgesetzlich vorgeschriebenen „repräsentativen Demokratie“, d. h. als Umgehung des Bundestages als Entscheidungsgremium, vorgeworfen und spielte eine wichtige Rolle bei ihrem Verbot am 17.8.1956.

Innerhalb der Sozialdemokratie hatte bis zum Godesberger Programm (1959) der „Kampf gegen den Atomtod“ die Haltung zur Kernenergie bestimmt, nun aber besannen sich viele SPD-Abgeordnete auf die „Atome für den Frieden“. Doch auch bei der nächsten größeren Debatte im Bundestag ging es um die „Atome für den Krieg“, nämlich um die Frage des Beitritts der Bundesrepublik zum Atomwaffensperrvertrag. Dies ge-

sah erstmals zur Zeit der Großen Koalition. Das „Gesetz zu dem Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen“, das eine Verpflichtung der Staaten, die am 1.1.1967 noch keine Kernwaffen besaßen, beinhaltete, solche Waffen in Zukunft weder herzustellen noch anzunehmen, wurde von der sozialliberalen Koalitionsregierung am 15.2.1974 zur Abstimmung vorgelegt und namentlich abgestimmt: 355 Abgeordnete sprachen sich dafür aus, 90 dagegen. Die westdeutsche Atomlobby stand damals überwiegend auf Seiten der SPD, die eindeutig für die Vertragsunterzeichnung eintrat, während sich insbesondere die CSU heftig dagegen wehrte. Die Industrie war bestrebt, bei ihrer „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ von der Kontrolle der NATO-Partner möglichst unbehelligt zu bleiben. Die ersten kommerziellen Atomkraftwerke hatten seit 1971 den Betrieb aufgenommen (Würgassen, Stade, Biblis), und man war schon in den Export eingestiegen. Schon ein Jahr später (1975), beim Verkauf von bundesdeutschen Atomkraftwerken nach Brasilien, machten die USA geltend, daß hier eine Verletzung des Nichtweiterverbreitungsvertrages vorliege, da die BRD Brasilien in die Lage versetze, Atombomben herzustellen.

Die folgenden Jahre waren gekennzeichnet durch eine heftige innenpolitische Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung, die das von allen Bundestagsparteien getragene Atomprogramm gegen den Willen der Bevölkerung an den dafür vorgesehenen Standorten durchsetzen wollte, und der rasch zunehmenden Gruppe der AKW-Gegner. Streitobjekte waren die AKWs Wyhl, Brokdorf, Grohnde, wobei der Staat in immer stärkerem Maße Polizeikräfte zur Durchsetzung der Atompolitik ins Feld führte.

Im Prinzip unterschieden sich die Vertreter von CDU/CSU hierbei nicht von denen der SPD/FDP; während jedoch die CDU/CSU jeden Dialog mit AKW-Gegnern für abwegig erklärte, versuchte die SPD, gegen diese Volksbewegung eine „Arbeiterbewegung“ zu mobilisieren. Dafür spannte sie mit einigem Erfolg den DGB ein (insbesondere die IG Bergbau und Energie).

Die Politik der sozialliberalen Koalition war zunächst im wesentlichen durch den „Ölschock“ von 1973 begünstigt worden, bei dem schlagartig die Abhängigkeit dieser Republik von ausländischen Ener-

giequellen großen Teilen der Bevölkerung vor Augen geführt worden war. Eigentlich hätte man angesichts dieser Tatsache die vorherige Politik der Zechenschließungen als falsch verwerfen müssen, aber um der „blauen Luft“ im Ruhrgebiet willen setzte man nunmehr auf „saubere“ Kernenergie. Das „Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung der Einfuhren von Erdöl, Erdöl-erzeugnissen oder Erdgas (Energie-sicherungsgesetz)“, das die Regierung zu Krisenmaßnahmen von der Produktion bis zur Verwendung von Energieträgern unter Einschluß der Elektrizität ermächtigte, hatte am 18.12.1974 die einstimmige Zustimmung des Bundestages (bei einer Enthaltung) gefunden. Gesetzesvorlagen zur Energieeinsparung dagegen (wie das am 3.6.1976 verabschiedete „Gesetz zur Einsparung der Energie in Gebäuden“, das bei Neubauten einen erhöhten Wärmeschutz vorschrieb) fanden nur die Unterstützung der Regierungsparteien. Das „Vierte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes“ vom 10.6.1976 wiederum, das den Bund für zuständig für die Beseitigung radioaktiver Kernbrennstoffe erklärte und damit dem Land Niedersachsen bei der Durchsetzung der „Entsorgungs“-Pläne bei Gorleben die Unterstützung durch den Bundesgrenzschutz ermöglichte, wurde einstimmig verabschiedet.

Eine Kontroverse entwickelte sich um den natriumgekühlten Brutreaktor, der bei Kalkar errichtet wird. Während die CDU/CSU hier für beschleunigten Aufbau eintrat und eintritt, machte sich die SPD Sicherheitsbedenken, die im Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages über die künftige Energiepolitik Ausdruck fanden, zeigten und wollte bzw. will diese vorab geklärt haben. Lieblingskind der Sozialdemokratie dagegen ist der Thorium-Hochtemperaturreaktor bei Hamm-Uentrop, der (ähnlich wie der Reaktor in Tschernobyl) Graphit als Moderator (Neutronenbremse) verwendet. Dieser Reaktortyp hatte dazu erhalten müssen, dem DGB die Kernkraft-Nutzung schmackhaft zu machen, indem die Möglichkeit gepriesen wurde, mit seiner Hilfe Kohle zu vergasen (davon redet inzwischen kein Mensch mehr). Anlässlich der Frage, ob über den Bau des Schnellen Brütters in Kalkar der Bundestag entscheiden solle (was 1982 von der damaligen CDU/CSU-Opposition heftig befehdet wurde, die diese Entscheidung lieber den Energieversorgungsunternehmen zuschob), machten sich innerhalb der sozialliberalen Koalition Überlegungen breit, die Kernenergie nicht mehr allein zu favorisieren und gegebenenfalls andere, weniger gefährliche Energieträger zu fördern. Dies war mit ein Grund, warum die SPD aus der Regierungsverantwortung entlassen werden mußte. Von den gegenwärtig im Bundestag sitzenden Parteien haben sich lediglich die Grünen uneingeschränkt für eine Abschaffung aller Atomkraftwerke ausgesprochen, konnten dies aber in Hessen, wo sie mitregieren, d. h. beim AKW Biblis,

bisher nicht durchsetzen, sondern stellten diese Kernfrage ihres Selbstverständnisses „pragmatisch“ zurück.

Aktiv dagegen stehen sie auf Seiten der Gegner der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf. Die Auseinandersetzung darum zeigt auch nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl deutlich, wie wenig die herrschende Klasse hierzulande und ihre Regierungen bereit sind,

auf die Durchführung ihres Atomprogramms zu verzichten. Sie bevorzugen es dagegen, ganze Ortschaften mit ihrer Einwohnerschaft wie Kriminelle zu behandeln, mit während zugleich die Tatsache ihrer völligen Hilflosigkeit, mit den Problemen der der Strahlungsgefahr durch den Reaktorunfall ausgesetzten Bevölkerung angemessen umzugehen, auf die Abenteuereiheit einer solchen Politik hinweist.

Super-Gau

„Beim Betrieb eines Atomkraftwerkes ist ein Super-Gau nicht auszuschließen. Nach der Lindackers-Studie wären seine Folgen (bezogen auf die Bevölkerung des Raumes Mannheim): 1670000 Tote in den ersten sechs Wochen, eine riesige Zahl von Strahlenerkrankten und Erbgeschädigten, Unbewohnbarwerden des Gebiets für viele Jahre. Erbschäden für viele Jahrhunderte, Voraussetzung: Herauskommen von wenigen Prozent der gasförmigen Radioaktivität eines 1000-MW-Reaktors.“ (K. Bechert, zit. in H. Kater, Atomkraftwerksgefahren aus ärztlicher Sicht, 5. Aufl., 1979, S. 207). Diese Voraussetzungen treffen in Tschernobyl zu. Allerdings war der Tschernobyl-Raum bei weitem nicht so dicht besiedelt, so daß die Zahl der Todesopfer niedriger liegen wird. Aber alle Menschen, die eine Stunde lang im Umkreis von 1 km um das Kraftwerk gewesen sind, haben mit Sicherheit die tödliche Dosis von 1000 Rem (röntgen equivalent men) abbekommen. Selbst nach einer Woche war die Strahlung so erheblich, daß man in einer Stunde 200 Rem abbekam, d. h. ein Aufenthalt von nur wenigen Stunden war tödlich. Der Graphitbrand (Graphit brennt erst bei 3600° Celsius und galt bisher als unschmelzbar) war daher nur aus großer Höhe durch den Abwurf von Säcken mit Zement und Bleistaub unter Kontrolle zu bringen. Noch am 7.5. ist Tschernobyl aus der Luft nicht zu sehen, da darüber eine ca. 10 km lange Staubwolke liegt. Folge einer derartigen Strahlenbelastung ist die Zerstörung des (besonders strahlenempfindlichen) Knochenmarks, das für die Schaffung von roten Blutkörperchen notwendig ist. Die Folge dieser Zerstörung ist akute Leukämie. Die „Berliner Ärzteinitiative gegen Atomenergie“ stellt zu der Möglichkeit von Knochenmarks-Übertragungen fest, daß „Knochenmarkstransplantationen als verzweifelter Therapieversuch bei Leukämiepatienten bislang über das Experimentierstadium kaum hinaus sind“ (zit. nach „Stern“ 20/86). Vermutlich werden in etwa vier Wochen zahlreiche Menschen qualvoll sterben, die zu spät evakuiert worden sind (z. T. wurde die Bevölkerung — etwa 50000 Menschen — erst 36 Stunden nach dem Unfall evakuiert, weil es offenbar nicht

gelingen war, schneller einen LKW-Konvoi in Kiew zusammenzustellen).

Deutsches Lob für Tschernobyl

Anlässlich der Dortmunder Auslandskulturtag 1983, die mit der Sowjetunion durchgeführt wurden, fand auch eine mehrtägige Konferenz über die sowjetische Energieentwicklung statt. Hierbei gingen die sowjetischen Referenten intensiv auf ihre Atomkraftwerke ein. **Hierzu schrieb der VEW-Mitarbeiter Dipl.-Ing. H.-P. Born aus Dortmund (in „atomwirtschaft“, Dezember 1983) unter anderem:**

„Die andere Entwicklungsrichtung (...) führte (...) zum RBMK-Kraftwerkstyp ... Da dieser Baulinie im Gegensatz zum WWER kein vergleichbarer Typ in anderen Ländern gegenübergestellt werden kann und auch bei uns weniger bekannt ist, sollen hier kurz die Hauptmerkmale (Vorteile) aufgezählt werden:

- Der Reaktor ist nicht von einem tonnenschweren Hochdruckbehälter umschlossen.
- Die Verlässlichkeit des ganzen Systems ist sehr hoch dank der Überwachungs- und Kontrollmöglichkeit der einzelnen horizontal liegenden Kanäle aus Zirkon.
- Die Nachladung erfolgt „on-load“ mit Brennstoffstäben.
- Der Kühlkreislauf kann in kleinere isolierte Gruppen von Kanälen aufgespalten werden (beim RBMK-1000 sind hierzu acht Kreislaufpumpen vorhanden).
- Die Möglichkeit, den Reaktor während des Betriebes in jede beliebige Anzahl getrennter Sektionen zu unterteilen.
- Die Möglichkeit der nuklearen Dampfüberhitzung.

Die Reaktoren (WWER und RBMK) der 1000-MW-Größe sind bereits standardisiert und werden im Fließbandverfahren (...) gefertigt. Zur Betriebssicherheit sind die Kraftwerke mit drei parallel arbeitenden Sicherheitssystemen ausgerüstet. Die Kraftwerke sind gegen Naturkatastrophen (Orkane, Überschwemmungen, Erdbeben etc.) und gegen Flugzeugabsturz und Druckwellen von außen ausgelegt. Die Sicherheit wird noch durch die in Rußland mögliche Standortauswahl, KKW in gewisser Entfernung von größeren Ortschaften zu erstellen, erhöht.“ (S. 646f)

„zum thema“, die Beilage im „Roten Morgen“ — Zeitung der KPD.

Kontakt zur KPD: über die lokalen Kontaktadressen oder das Zentrale Büro: KPD, Wellinghofer Str. 103 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691. Die Zeitung „Roter Morgen“ erscheint 14tägig zum Einzelpreis von 1,50

Mark. Sie kann mit diesem Coupon bestellt werden.

Ich bin interessiert an:

- ☐ einer Probennummer der Zeitung „Roter Morgen“
- ☐ weiteren Materialien der KPD
- ☐ ich möchte Mitglied der KPD werden.

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ab. Nr.

- ☐ jährlich 40 DM
- ☐ halbjährlich 20 DM
- ☐ Ich lege Post-/Bank-scheck bei über DM.

☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen

☐ Ich bitte um Vorausrechnung

☐ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

Name

Vorname

Straße:

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 440501199) Postscheckkonto Dortmund 79600 - 461

Die Macht der Energiewirtschaft

» Bei der Stromerzeugung erfüllt nur ca. 30 Prozent der eingesetzten Energie ihren Zweck, der Rest belastet die Umwelt als Abwärme. Sinnvolle Konzepte für Energiesparen, rationelleren Energieeinsatz, Einbeziehung regenerativer Energiequellen und dezentrale Energieversorgung liegen in den Schubladen und verschimmeln. Warum?

Eine zentrale Ursache ist das seit 1935 nahezu unverändert geltende 'Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft', das oft verharmlosend 'Energiewirtschaftsgesetz' genannt wird, und die damit eng zusammenhängende Struktur der Energiewirtschaft. Die mächtigen Monopolisten der Stromerzeugung wußten dafür zu sorgen, daß der Passus 'im Interesse des Gemeinwohls die Energiearten einzusetzen' stets zu ihrem Wohl ausgelegt wurde.

Am 13.12.1935 unterzeichnete Adolf Hitler das 'Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft', ein Energieermächtigungsgesetz, zur Wehrhaftmachung der deutschen Energieversorgung'. Ziel war, die deutsche Industrie kriegsfähig zu machen, wofür eine autarke, mächtige Energiewirtschaft und ein Großverbundnetz für nötig befunden wurden. Um dies zu erreichen, mußten die sich destruktiv bekämpfenden großen Energieversorgungsunternehmen (EVU), insbesondere RWE und Preußen-Elektra AG (PREAG), befriedet werden, während die 'uneffektiv arbeitenden' kommunalen Energieversorger zum Abschluß freigegeben wurden. 1927 hatte die Befriedung von RWE und PREAG mit dem sogenannten 'Elektrofrieden' begonnen, 1935 wurde mit dem 'Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft' endgültig die Phase des offenen Expansionismus der großen EVU beendet. Das Deutsche Reich wurde durch 'Demarkationsverträge' unter den größten Stromerzeugern aufgeteilt, und der Aufbau eines Versorgungsverbundnetzes begann. Im Bereich der heutigen BRD teilen sich, damals wie heute, 9 EVU den Kuchen. Die großen EVU hatten sich damit gegen den Flügel der NSDAP durchgesetzt, der aus militärstrategischen Gründen eine dezentrale Energieversorgung bevorzugte und so die Macht der großen Stromerzeuger gebrochen hätte.

Um schon in Friedenszeiten unbemerkt große Produktionskapazitäten aufbauen zu können, ließ man sich Sonderverträge einfallen, nach denen die Großindustrie den Strom

zu Tarifen teils unter den Entstehungskosten erhielt. Die Bevölkerung mußte durch entsprechend höhere Tarife ungefragt die Dumpingpreise finanzieren. Hätte der Staat die Großindustrie direkt subventioniert, wäre dies weltweit aufgefallen, und das Deutsche Reich hätte sich kräftig verschulden müssen.

Oberster Herr der Energiewirtschaft wurde zunächst Reichswirtschaftsminister Schacht. Mitten im Krieg setzte Hitler den 'Generalinspektor für Wasser und Energie' an die Spitze. Der sich daraus entwickelnde Führungsapparat stellte eine eigentümliche Mischung von Behörde und wirtschaftlichem Management dar. Die so strukturierte deutsche Energiewirtschaft konnte sich bruchlos über das Kriegsende hinaus retten. Noch vor Gründung der BRD wurden die Funktionen des Generalinspektors von der 'Deutschen Verbundgesellschaft' (DVG) übernommen. In der DVG sind neun maßgebliche Stromerzeuger zusammengeschlossen. Einstimmig (laut Satzung) beschließen sie ohne jegliche unmittelbare öffentliche Kontrolle die Richtlinien der deutschen Energiepolitik und entscheiden somit über den Bau neuer Großkraftwerke und Hochspannungstrassen. Die Aufgaben des Reichswirtschaftsministers wurden vom Bundeswirtschaftsminister und den elf Landeswirtschaftsministern übernommen. Es gehört zu den Ungeheimheiten unserer Republik, daß weder der Generalinspektor für Wasser und Energie noch der Reichswirtschaftsminister aus dem geltenden Gesetzestext gestrichen sind. Es stünde den regierenden Demokraten gut an, wenn sie das Gesetz endlich entnazifizierten.

In der Präambel des Gesetzes heißt es, die Energieversorgung sei 'so sicher und billig wie möglich zu gestalten'. Der Begriff 'billige Energieversorgung' bezieht sich ausdrücklich nur auf Strom und Gas, nicht aber auf Wärme. So kommt es, daß die bei der Stromerzeugung anfallende Abwärme nicht in Rechnung gestellt wird. Der in Großkraftwerken unter starker Luftverschmutzung ohne Abwärmenutzung mit einem Gesamtwirkungsgrad von ca. 30 Prozent erzeugte Strom gilt als billig. Der in kleinen dezentralen Heizkraftwerken in Kraftwärmekopplung mit Wirkungsgraden bis zu 90 Prozent erzeugte Strom gilt als teuer. Von rationellem Energieeinsatz oder gar gering zu haltender Umweltbelastung ist im Gesetz nirgends als Zielvorgabe die Rede.

'So billig wie möglich' war seit Inkrafttreten des Gesetzes auch als Knüppel gegen kommunale EVU gedacht, die keine großen Kapitalmengen ihr eigen nennen können und keinen so günstigen Zugang zu Energieträgern besitzen wie z. B.

das RWE mit seinen Braunkohlevorräten. Laut § 8 kann der Reichswirtschaftsminister den Betrieb eines EVU untersagen, wenn es seine 'auferlegten Pflichten' nicht erfüllt. Die fette Beute landet im Rachen der großen EVU. So untersagte das Wirtschaftsministerium von Niedersachsen 1984 den Bau eines Heizkraftwerkes in Hannover aus Kostengründen. Ausschlaggebend waren die durch die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Grohnde weiter anwachsenden Stromüberkapazitäten des Energieriesen PREAG, der der Stadt Hannover Strom zu absoluten Dumpingpreisen anbot, mit denen die Stadtwerke bei Eigenerzeugung nicht konkurrieren konnten. Dennoch wollten die Stadtwerke im Hinblick auf eine langfristige Energiepolitik ihr Heizkraftwerk bauen und das Fernwärmenetz erweitern. Die umwelt- und energieschonende Politik wurde vom Ministerium mit Hinweis auf das

eine mechanische Rücklaufsperrung 'gesichert'.

Durch Sonderverträge, Dauerreservegebühr, überhöhte Reststrompreise sowie ungünstige Einspeisetarife gestaltet sich die Eigenstromerzeugung heute unwirtschaftlich. Die in der Industrie erzeugten Strommengen sind stark rückläufig (vom 50-Prozent-Anteil an der Stromproduktion in den 50er Jahren auf unter 20 Prozent heute). Viele Kommunen gaben die Eigenerzeugung ganz auf. Für Privatleute wird der Einsatz von Energieboxen, das sind kleine Blockheizkraftwerke, unrentabel. Durch diese Politik wird insbesondere auch der Strom aus regenerativer Stromerzeugung wie sonnen-, wind- und biogasbetriebenen Generatoranlagen künstlich verteuert.

Seit dem 3. Reich hat sich die grundsätzliche Struktur der Stromtarife wenig geändert. Privatleute mit ihren hohen Tarifen (1981 ca. 17 Pf/kWh) werden gezwungen, die



Energiewirtschaftsgesetz untersagt, womit die Stadtwerke zu abhängigen Weiterverteilern von PREAG-Strom degradiert wurden.

Nach § 6 ist das EVU, welches ein bestimmtes Gebiet monopolistisch versorgt, verpflichtet, jedermann zu den bekanntgegebenen Tarifen 'an sein Versorgungsnetz anzuschließen', es sei denn, der Verbraucher betreibt 'selbst eine Energieanlage zur Erzeugung von Elektrizität'. Liegt Eigenversorgung vor, so kann sich das EVU weigern, den eventuell benötigten Reststrom zu liefern, und wenn es ihn liefert, zu überhöhten Preisen. Kommunen und Industrie müssen im Falle von Eigenversorgung eine sogenannte Dauerreservegebühr dafür bezahlen, daß das EVU 'ständig' eine Reservekapazität an Strom bereithält. Diese Dauerreservegebühr ist genau wie die Grundgebühr bei Privathaushalten unabhängig vom real bezogenen Strom; sie muß auch bezahlt werden, wenn man keinen zusätzlichen Strom bezieht. Während für den Reststrom überhöhte Preise gefordert werden, wird der von Privaterzeugern ins Netz eines EVU eingespeiste Strom als Zumutung für dasselbe empfunden: Es werden lediglich Spottpreise gezahlt. Dabei ist eine Einspeisung von private Seite technisch unkompliziert. Über jede Steckdose, die Strom liefert, kann prinzipiell auch Strom eingespeist werden, sofern der erzeugte Strom gleiche Frequenz und gleiche Phase besitzt, was mit elektronischen Schaltungen, die im Selbstbau einige hundert Mark kosten, gewährleistet werden kann. Der Stromzähler läuft in diesem Fall einfach rückwärts, es sei denn, er ist, wie die neuen RWE-Zähler, durch

billigen Sonderverträge zwischen EVU und Großindustrie (im Mittel 9 Pf/kWh), die z. T. den Strom unter den Erzeugungskosten bezieht (3 Pf/kWh für einige Aluminiumhütten) zu subventionieren. Kleinbetriebe und Handwerk zahlen deutlich höhere Tarife als die Industrie.

Die Aufteilung der Stromrechnung in Grund- und Arbeitspreis sowie der niedrigste Abreispreis bei hohem Verbrauch (Tarifgruppe II) fördern ganz gezielt den Mehrverbrauch im Privatbereich. Um den günstigen Nachtstromtarif für Speicherheizungen zu erhalten, muß man eine bestimmte Mindestmenge abnehmen — bleibt man darunter, erhöht sich der Tarif.

Unsere heutige Stromversorgung liegt in den Händen weniger Monopolunternehmen, die die BRD zentralistisch versorgen. Diverse gesetzliche Regelungen 'belohnen' die Kommunen dafür, keine eigenen Energieaktivitäten zu erbringen:

Die Kommunen können ihr kommunales Wegerecht in sogenannten Konzessionsverträgen an ein EVU abgeben. Das EVU zahlt dann als Entgelt für die Verlegung und Benutzung von Versorgungsleitungen auf dem Gebiet der Kommune die sogenannte Konzessionsabgabe. In Konzessionsverträgen kann die Kommune die eigene Erzeugung und Verteilung von Strom, Gas und Wasser vollständig oder teilweise an ein EVU abtreten, wofür ebenfalls Konzessionsabgaben gezahlt werden. Die Konzessionsabgaben bringen den Kommunen risikolose Pfründe, eine eigene Energieversorgung wäre hingegen ein wirtschaftliches Risiko.

1980 machte die Konzessionsabgabe insgesamt 2348 Mill. DM aus, was einen Anteil zwischen 1 und 4 Prozent an den laufenden Einnahmen der Kommunen ausmacht. Für die Investitionen der Städte spielt die Konzessionsabgabe eine entscheidende Rolle. Ihr Anteil an der 'freien Spitze', dem Geld, welches für neue Investitionen zur Verfügung steht, liegt zwischen 13 Prozent und 99 Prozent.

Der Abbau der Konzessionsabgabe ist notwendig, 'wenn sich die Entscheidung der Gemeinden über die Wahl zwischen Eigen- und Fremdversorgung an energiewirtschaftlichen Kriterien orientieren soll', so die deutsche Monopolkommission. (...)

Neben den Konzessionsabgaben verdienen die Kommunen durch Gewinnabführungen, Gewerbesteuerzahlungen und Dividenden an der Energie- und Umsatzexpansion der EVU, d. h. die Kommunen verdienen mit am steigenden Energieverbrauch. Jede Sparstrategie trifft ihre Haushalte. (...)

Kommunale Unternehmen werden so seit Jahren geködert, ihre Eigenversorgung aufzugeben. Erschwerend hinzu kommen aus dem 'Energiewirtschaftsgesetz' abgeleitete Handhabungen: Jede Energieversorgungsanlage, die andere als den Erzeuger versorgt, muß genehmigt werden. Kommunale (Heiz-)Kraftwerken wird die Genehmigung oft verwehrt, weil:

- a. sie bestehende Energieversorgungsstrukturen schwächen könnten,
- b. Doppelinvestitionen vermieden werden sollen,
- c. ihre (Heiz-)Kraftwerke zu klein sind,
- d. die großen EVU sicherer und preisgünstiger Energie liefern.

Letzter Punkt ist bei volkswirtschaftlicher und langfristiger Betrachtungsweise selten aufrechtzuhalten.

Die zentralistische Energieversorgung durch wenige, stetig wachsende Monopolunternehmen hat schwerwiegende Folgen. Immer größere Kapitalmengen ballen sich zusammen. Geld ist Macht. Wenn man bedenkt, daß die in der DVG zusammengeschlossenen EVU jedes Jahr einen Umsatz in Höhe des gesamten Bundeswehr-etats machen, wird klar, daß diese geballte Macht in den unkontrollierten Händen der EVU eine Gefahr nicht nur für eine sinnvolle Energiepolitik, sondern auch für unsere Demokratie darstellt. Die neun EVU bestimmen praktisch die Energiepolitik, sie liefern die Gutachten und Prognosen für die Politiker, sie haben sogar die Macht, kommunale Zusammenschlüsse wie den geplanten Köln-Düsseldorf-Duisburg zu verhindern. Die Machenschaften der EVU werden weder von Marktmechanismen noch von demokratisch legitimierten Politikern eingeschränkt. (...)

Dezentrale und regenerative Energiequellen stoßen nicht auf das Wohlwollen der Großen (...). Würden nur halb so viele Blockheizkraftwerke gebaut, wie es energiepolitisch sinnvoll wäre, flössen 10 Mrd. DM pro Jahr statt in die Kassen der EVU in die Hände der Kleinerzeuger.

Nichts ist den Großen unangenehmer, als daß die Hintergründe ihrer Energiepolitik ans Licht der Öffentlichkeit gezeit werden.

(Aus: Michael Pelster, Wie Energiepolitik gemacht wird, in: Jens Scheer/Helmut Hirsch u. a., Atomkraft am Ende?, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1986, S. 50 ff)

Der Autor dieses Artikels bleibt anonym. Bei den Vorbereitungsarbeiten für diesen Bericht über die sich ausweitende Prozeßwelle gegen Kirchengegner stieß er auf folgende Meldung in der taz: „Wegen ‚Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft‘ hat das Landgericht Münster am 18. April zwei Mitarbeiter des alternativen ‚Stadtblatts‘ zu Geldstrafen verurteilt. In einem Artikel über die juristische Verfolgung von Kirchengegnern hatte der Journalist Holger Jenrich Beispiele aus verschiedenen bundesdeutschen Städten zusammengestellt, die zu Ermittlungen oder Anklage nach § 166 Strafgesetzbuch (Störung des öffentlichen Friedens durch Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft) geführt hatten. Als ‚gotteslästerlich‘ empfanden die Richter im katholischen Münster weniger die eigenen Formulierungen des ‚Stadtblatt‘-Autors als die von ihm verwendeten Fremdzitate und dem Text beigelegten Karikaturen. So beanstandete das Gericht Auszüge aus der Schrift ‚Die Gottespest‘ des 1906 verstorbenen Kirchenkritikers Johann Most. Auch der Nachdruck eines ‚Titanic‘-Titelbildes zum Papst-Besuch 1980 (...). Die ‚Bestandaufnahme‘ des Angeklagten, meinte das Landgericht Münster, sei ‚an Roheit kaum zu überbieten‘ und daher ‚eine Störung des öffentlichen Friedens‘. Mit jeweils 600 Mark Geldstrafe sowohl für den Autor als auch für die presse-rechtlich Verantwortliche des ‚Stadtmagazins‘ (Auflage 7000) gingen die Richter weit über das Strafmaß der Staatsanwaltschaft hinaus.“

Man muß sich vorsehen bei der Berichterstattung über die Prozesse gegen Kirchengegner. Dokumentiert man, weswegen Menschen in der BRD vor Gericht stehen und verurteilt werden, riskiert man, sich selbst bald als Angeklagter wiederzufinden. Denn der oben zitierte Fall aus Münster ist kein Einzelfall. Besonders bei der Berichterstattung über antiklerikale Aktivitäten in Freiburg kommt es bundesweit immer wieder zu Anklagen und Prozessen.

Darum zunächst ein Überblick über das, was in Freiburg in den



Prozeßwelle

gegen

Kirchengegner

Justiz im Gottes-Dienst

letzten beiden Jahren geschah. Der antiklerikale Arbeitskreis der Buntten Liste Freiburg berichtet:

Im Oktober 1984 veranstaltete die Bunte Liste die erste Antiklerikale Woche in der BRD. Als alle Veranstaltungen, darunter eine Lesung von Hans Wollschläger, in der Bevölkerung trotz Ankündigungsboykott durch die örtliche Monopolpresse auf lebhaftes Interesse stießen, griff man zu anderen Mitteln: Auf die Anzeige des Erzbischöflichen Ordinariats hin ließ der Freiburger Staatsanwalt sämtliche Veranstaltungspakete von der Polizei beschlagnahmen. Gegen vier Mitglieder der Buntten Liste, darunter ihren (presserechtlich in keiner Weise verantwortlichen) früheren Stadtrat und Vorsitzenden Rechtsanwalt Gottfried Niemitz wurde aufgrund des § 166 StGB Anklage erhoben.

Nachdem der Freiburger Amtsrichter die Zulassung der Anklage zunächst abgelehnt hatte, wurde das Verfahren auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hin im letzten Juni vom Landgericht mit der folgenden Begründung eröffnet:

• Auf der Karikatur werde Gott „als eine Art ‚Hippie‘ der sechziger Jahre, mit leicht gebeugter Haltung stehend, mit schulterlangen Haaren, langem Bart und bis zum Boden reichendem sackartigem Gewand“ dargestellt. Dies widerspreche „in roher Weise dem Bild Gottes als des Allmächtigen ...“

• Durch die Presseberichterstattung über den Prozeß und die (bis dahin) rund tausend Protestbriefe aus dem In- und Ausland gegen die Strafverfolgung der Buntten Liste sei eine „erhebliche Aufheizung des Diskussionsklimas“ erfolgt und „die Gefahr künftiger religiöser Intoleranz gegenüber den Gläubigen der katholischen Kirche noch erheblich gefördert“ worden.

• Der in der Karikatur enthaltene Hinweis auf das Hitler-Konkordat solle „den Vatikan mit dem Hitler-Faschismus zusammenbringen“, womit „der katholischen Kirche erneut auf besonders verletzendende Art schimpfliches Verhalten vorgeworfen“ werde.

Erstmals berichtete die Regio-

nalpresse Südwestdeutschlands über das Freiburger Verfahren, wobei sie allerdings nicht nur einen Schmutzkübel von Verleumdungen über die Bunte Liste Freiburg ergoß, sondern zudem die internationale Solidarität vollständig und einheitlich unterschlug.

Mit Hilfe des Auslands gelang es auch in § 166-Verfahren in Bochum und Aachen Freisprüche zu erzielen. Auf dem Tisch des Aachener Amtsrichters, der zu Verhandlungsbeginn offensichtlich zu einer Verurteilung der beiden Angeklagten entschlossen war, landeten prompt Protesttelegramme aus den USA, England und Italien.

Der § 166 StGB

Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen

(1) Wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften (§ 11 Abs. 3) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften (§ 11 Abs. 3) eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebäude in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

Der erwähnte Abs. 3 des § 11 des

Strafgesetzbuches lautet:

Den Schriften stehen Ton- und Bildträger, Abbildungen und andere Darstellungen in denjenigen Vorschriften gleich, die auf diesen Absatz verweisen.

Gegen die Bunte Liste (BL) Freiburg hat inzwischen jedoch eine neue, noch weitaus massivere Verfolgungswelle eingesetzt: Als die BL vier Wochen nach Aussetzung des Prozesses (— wegen Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Eröffnungsbeschlusses, RM) mit großem Erfolg ihre zweite Antiklerikale Woche, angekündigt mit dem gleichen Plakat, durchführte, gingen Kirche, Presse und Politiker zur offenen Hetze über:

• Da der Justiz infolge der starken

internationalen Proteste die Hände gebunden waren, wurde die Freiburger Stadtverwaltung als Hilfsinquisitor aktiv und ließ sämtliche (von ihr zuvor genehmigten) Plakate der Antiklerikalen Woche von ihren Bediensteten abhängen und zum Teil zerstören. Erst nach der sofortigen Intervention der amerikanischen Organisation „Atheist United“ nahm der OB diesen offenen Rechtsbruch zurück und gab die Plakate wieder frei.

• Nach dem Motto „Müssen 27 Millionen katholische Bürgerinnen und Bürger dieses Staates sich dies gefallen lassen?“ rief die größte christliche Wochenzeitung Europas, die „Neue Bildpost“, in einem groß aufgemachten Leitartikel zur gewaltsamen Sprengung der Antiklerikalen Woche auf.

• Einen Tag später zerstörten unbekannte Täter die Fensterscheibe der *Käthe-Kollwitz-Gesellschaft*, die der Buntten Liste ihre Räume für eine Ausstellung antiklerikaler Karikaturen von F.K. Wächter und E. Rauschenbach zur Verfügung gestellt hatte.

• Von der Untätigkeit der Freiburger Polizei geschützt, zerstörte christlicher Mob zahlreiche Plakate der Buntten Liste und griff sogar einzelne BL-Mitglieder tätlich an.

• In der Lokalpresse verglich Freiburgs Bürgermeister die Antiklerikale Woche mit antisemitischen Veranstaltungen des Dritten Reiches. Im gleichen Tenor ließ die Kirche von der Kanzel gegen die Bunte Liste hetzen. Der Prediger im Freiburger Münster erklärte in einem Adventsgottesdienst, der Schutz der Menschheit vor einer radikalen, an die Nazis erinnernden Minderheit wie die Bunte Liste, müsse gewährleistet sein.

• Nach einem Raumverbot für die Antiklerikale Woche in der Freiburger Universität (in der regelmäßig klerikale Veranstaltungen stattfinden), weigerte sich nun auch das Management des Freiburger Hotels, in dem die Bunte Liste einen teuren Versammlungssaal hatte anmieten müssen, ihr fortan Räume zu vermieten. Damit stehen der Buntten Liste in Freiburg überhaupt keine Räume für Veranstaltungen zur Verfügung.

• Schließlich forderte das Erzbischöfliche Ordinariat die Leser der Freiburger Presse dazu auf, Protestbriefe gegen die Antiklerikale Woche an den Staatsanwalt zu schicken und neue Strafverfahren gegen die Bunte Liste zu fordern. Die Justiz, aus Sorge um ihr internationales Ansehen zu vorübergehender Zurückhaltung gezwungen, beeilte sich, der kirchlichen Forderung zu entsprechen. Wegen der Plakatierung für die zweite Antiklerikale Woche wurden neun neue Ermittlungsverfahren gemäß § 166 gegen Mitarbeiter der Buntten Liste eingeleitet. Wie im ersten Verfahren ist auch Rechtsanwalt Niemitz, obwohl an der Plakatierung nicht beteiligt, wieder unter den Beschuldigten.

Soweit aus dem Bericht aus Freiburg über die Vorkommnisse in Freiburg. Die Angriffe auf den Rechtsanwalt Niemitz erklären sich ganz einfach aus der Tatsache, daß er mittlerweile in der BRD einer der versiertesten Strafverteidiger in Sachen § 166 ist, und die Anklagen das Ziel verfolgen, ihn über Ehrengerichtsverfahren oder Berufsverbot auszuschalten.

Es bleibt wenig Platz, über die anwachsende Flut ähnlicher Prozesse in der ganzen BRD zu berichten. Nur einige Beispiele: In Bochum wurde bei einem Vertreter des Komitees zur Abschaffung des § 166 StGB nach der Herausgabe eines Informationsflugblattes über die Freiburger Vorkommnisse eine Hausdurch-

suchung gemacht, zur gleichen Zeit bei seinen 500 km entfernt wohnenden Eltern und in einer lange aufgegebenen anderen Wohnung. In Aachen wird u. a. gegen den Inhaber eines Spendenkontos des dortigen Komitees zur Abschaffung des § 166 ermittelt. Keine vollständige Liste haben wir von den vielfachen strafrechtlichen oder disziplinarischen Angriffen auf Schülerzeitungen wegen des Nachdrucks von antiklerikalen *Titanic*-Beiträgen. Ähnliches gilt für das „Krippenspiel“ der *Drei Tornos*. Die Kabarett-Truppe mußte selbst mehr als drei Jahre lang prozessieren, um vom Vorwurf der Gotteslästerung freigesprochen zu werden. Ein WDR-Redakteur wurde für die Verbreitung dieses Stückes entlassen, Verantwortliche von Schülerzeitungen unter Druck gesetzt, einige Zeitungen verboten.

In Fulda wurde jüngst das Hauptverfahren gegen eine Demonstrantin eröffnet, die im Rahmen der Fuldaer Friedensaktionen im letzten Herbst ein Transparent mit der Aufschrift: „Wenn Pfaffen schwanger werden könnten, würde Abtreibung zum Sakrament!“ durch die Straßen der Bischofsstadt trug.

In vielen dieser Verfahren, in Strafbefehlen oder Anklageschriften tauchen übrigens immer wieder Original-Formulierungen der Freiburger Justiz auf. Die ganzen Vorgänge atmen den Geist der Heiligen Inquisition, der jahrhundertlang so mächtigen Terror- und Unterdrückungsinstitution der katholischen Kirche. Und manchmal tun sich erschreckende Parallelen auf. Der Verteidiger einer antiklerikalen Aktivistin wies mit zahlreichen Zitaten von Goethe, Schiller, Schopenhauer, Nietzsche und anderen nach, daß Kritik an der Kirche oft viel heftiger und härter geäußert wurde als von seiner Mandantin. Das Gericht dazu: Hierauf könne sich die Angeklagte nicht berufen; es sei vielmehr in diesen Fällen gesondert zu prüfen, ob diese Philosophen und Literaten sich nicht auch gemäß § 166 strafbar gemacht hätten! Nebenbei: Es war eine übliche Praxis der Heiligen Inquisition, auch noch Tote zu verurteilen und der „ewigen Verdammnis“ preiszugeben. Dieser Möglichkeit trauert die deutsche Justiz von 1986 offensichtlich nach.

Zurück nach Freiburg. Die laufenden Verfahren richten sich gegen die zur Zeit konsequenteste und erfolgreichste antiklerikale Gruppe. Deswegen ist die Solidarität mit ihr so wichtig. Eine breite Öffentlichkeit über die Vorgänge dort, massiver Protest kann ein „roll-back“ der Justiz im Gottes-Dienst, oder besser: im Dienste des Klerus, verhindern.

Protestiert gegen die Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft Freiburg. 7800 Freiburg (betr. Antiklerikale Woche) und mit einer Kopie beim Landgericht Freiburg, 7800 Freiburg (Aktenzeichen LG II QS 114/85) Kopien der Protestbriefe bitte an: Antiklerikaler Arbeitskreis der Buntten Listen Freiburg, Postfach 254, D-7800 Freiburg i. Br.

Über diese Adresse ist auch eine ausführliche Dokumentation zur strafrechtlichen Verfolgung von Kirchengegnern in der BRD zu erhalten: „Das Mittelalter lebt“, 57 Seiten, DIN A 4, DM 6,—. Solidaritätspreis DM 10,— plus 1 DM Versandkosten. Ferner gibt es dort auch die KETZERBRIEFE, Prozeßinformationen über die laufende Verfolgung von Atheisten in der BRD. Einzelheft DM 4,—, Abo (3 Hefte incl. Versand) DM 12,—. Vorauszahlung auf Postgiroamt Karlsruhe 186435-758 Bunte Liste Freiburg Post. 254, 7800 Freiburg.

Keine Stimmabgabe für die CDU und FDP! Weg mit der Albrecht-Regierung!

Gemeinsame Erklärung von BWK, GIM und KPD zur niedersächsischen Landtagswahl

Mit den niedersächsischen Landtagswahlen am 15. Juni werden CDU und FDP alles daransetzen, ihre Stellung zur Durchsetzung reaktionärer Politik neuerlich zu festigen und Anhänger für diese Politik zu gewinnen. Die CDU, die in diesem Jahr auf ihre zehnjährige Regierungstätigkeit verweist, konnte jeweils in den letzten Landtagswahlen ihren Stimmenanteil ausbauen. 1982 erhielt sie mit 50,7 Prozent der Stimmen gar die absolute Mehrheit.

Die CDU-Landesregierung hat in den letzten Jahren, mit Unterstützung der FDP, die Schwerpunkte ihrer Politik weitgehend durchsetzen können.

Über Angriffe auf den Lohn, die Sozialversicherungsansprüche und Schutzbestimmungen ist sie vorangekommen bei der „Verbilligung des Faktors Arbeit“ (10 Thesen Albrechts). Insbesondere die Ausdehnung von unsteten Arbeitsverhältnissen, der Teilzeitarbeit u.ä. ist durch sie vorangetrieben worden. Mit dem neuen Personalvertretungsgesetz sowie der Novellierung des niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetzes hat sie erfolgreiche Angriffe auf betriebliche Vertretungsorgane und die Gewerkschaften geführt. Mit der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen, dem Vorantreiben von Privatkund und Verabelung, dem Ausbau von Atomanlagen und Hafenprojekten verschafft sie den Kapitalisten neue profitable Anlagemöglichkeiten, während die Arbeitslosigkeit enorm zunimmt. Im Schul- und Hochschulbereich treibt sie Eliteförderung bei gleichzeitigem Absenken des allgemeinen Bildungsstandards. Sie betreibt die Privatisierung und Kommerzialisierung der Forschung (Technologiezentren, Medical Park etc.) bis hin zum staatlich finanzierten Zentrum für Rüstungsforschung in Unterlüß. Hinsichtlich revanchistischer Propaganda und Kriegsvorbereitungen bildet sie eine Speerspitze der Reaktion. Mit „Patenland Schlesien“ betreibt die CDU-Landesregierung aktiv die Sammlung revanchistischer Kräfte und unterstützt u. a. mit der Finanzierung des Ostpreußen- und Schlesiernuseums die Propagierung westdeutscher Kriegsziele. Als Bundesland „mit der längsten Grenze zur DDR“ beteiligt sich das CDU-regierte Niedersachsen an Angriffen auf die DDR. Die Aufrechterhaltung der „Erfassungsstelle“ in Salzgitter sowie die Haltung zum Grenzverlauf belegen dies. Unter dem Schutz der niedersächsischen CDU entfalten sich faschistische Organisationen, angefangen von der Wehrsportgruppe Jürgens über die FAP bis hin zur NPD. Revanchistische, rassistische und nationalistische Propaganda von Lehrern, Richtern und Professoren wird von ihr in großem Umfang Kräfte der politischen Opposition aus dem öffentlichen Dienst entfernt und mit Berufsverboten belegt. Mit der Anwendung der Sondergesetze sowie zahlreichen Erlassen geht sie gegen Ausländer und Asylbewerber rigoros vor. Die Albrecht-Regierung ist darüber hinaus eine zuverlässige Stütze der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung, im Bundesrat sichert sie ihr die Mehrheit. Von daher haben die Landtagswahlen in Niedersachsen auch bundespolitische Bedeutung.

Viele Kräfte der politischen Opposition, so aus der Gewerkschaftsbewegung und den außerparlamentarischen Massenbewegungen — wie der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und der antifaschistischen Bewegung —, gehen, gerade auch hinsichtlich der bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen gegen die CDU-Landesregierung und die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung vor. Eine Niederlage der CDU-Landesregierung wäre eine Ermutigung für diese Bewegungen. Wir beteiligen uns an diesen Bewegungen und kämpfen mit diesen u. a. gegen die Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte (u. a. § 116 AFG), gegen die Kriegspolitik der BRD und der NATO, für die Annullierung des NATO-Doppelbeschlusses, gegen die Unterdrückung der Frauen, gegen Atomanlagen in Gorleben, Wackersdorf und anderswo, gegen Faschisten und für gleiche Rechte von Ausländern und Deutschen.

Aber nur wenn Arbeiterinteressen gestärkt und durch Massenaktion zum Ausdruck gebracht werden, kann den CDU-geführten Regierungen eine Niederlage beigebracht werden.

Gewinnen CDU und FDP die Landtagswahlen wieder, wird es — soviel ist sicher — weitere Angriffe auf die Lage der Arbeiterklasse geben. Ein neuerlicher Wahlerfolg Albrechts wird weitere Vorwände und Voraussetzungen schaffen für noch mehr einschränkende Gesetze und Verordnungen, zum Einsatz von noch mehr Polizei, und noch mehr als bisher wird das Eintreten für soziale und politische Interessen zur kriminellen Tat abgestempelt werden.

Ein Wahlsieg von CDU und FDP stärkt die Reaktion und nützt den Kapitalisten. Deshalb rufen wir auf: **Keine Stimmabgabe für die CDU und FDP — Weg mit der Albrecht-Regierung!**

Wir wissen, wird die CDU abgelöst, wird eine CDU/FDP-Koalition verhindert, so wird trotzdem die nächste Landesregierung eine bürgerliche Regierung sein. In einer SPD-Landesregierung bzw. einer SPD/GRÜNEN-Landesregierung sehen viele das kleinere Übel gegenüber einer Landesregierung der schwarzen Reaktion. Viele, die eigentlich erkannt haben, daß die sozialdemokratische Reformpolitik gescheitert ist und ein erfolgreicher Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten auf Löhne und Arbeitsbedingungen, gegen Spar- und Aufrüstungspolitik und gegen die Umweltzerstörung auf sozialdemokratischer Grundlage nicht möglich ist, werden zu den Landtagswahlen wieder SPD wählen. Wir verstehen das, sagen aber: Der Vormarsch der Reaktion kann nicht gestoppt werden durch die Wahl des kleineren Übels, sondern nur durch die Entfaltung des Klassenkampfes und des außerparlamentarischen Massenkampfes. Die Politik der SPD aber ist darauf ausgerichtet, den sozialen Frieden zu erhalten, Arbeiterbewegung und Kapital miteinander zu versöhnen und Massenaktivitäten der Arbeiter nur insoweit zuzulassen, als sie nicht an den Schranken der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der bürgerlichen Macht rütteln. Ohne daß antifaschistische, antimilitaristische und antiimperialistische Positionen sowie Arbeiterinteressen stärker zur Geltung ge-

bracht werden und dadurch ein größeres politisches Gewicht erhalten, wird es für die Arbeiterklasse keine Fortschritte geben.

Die SPD in Niedersachsen erweckt heute — vor allem mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Ex-Juso Schröder — den Eindruck, völlig mit der Politik der Schmidt-Ära gebrochen zu haben. Wir erinnern an die Politik der SPD als Opposition im niedersächsischen Landtag und stellen fest: Zu oft hat sie mit der CDU und FDP den Schulterschuß gegen Arbeiterinteressen gesucht. Wir erinnern an das Vorgehen der SPD-Landtagsfraktion im Herbst 1985 gegen einen Gesetzentwurf der GRÜNEN für „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“. Anstatt diesen zu unterstützen, suchte die SPD durch das Einbringen eines eigenen Gesetzentwurfes „Für ein Kommunalwahlrecht für EG-Bürger“ erfolgreich das Zusammenwirken mit CDU und FDP in ihrem gemeinsamen imperialistischen Bestreben, die „europäische Integration“ voranzubringen.

Unter der Wahllosung „Macht unser Niedersachsen stark“ setzt die SPD diese sozialchauvinistische Politik fort. „Verlorengangene Exportanteile“ der niedersächsischen Industrie sollen — so das Wahlprogramm — zurückerobert werden. Ebenso wie die CDU, die FDP und die Kapitalisten vertritt die SPD die Position, daß, wenn der deutsche Export blühe, es allen besser gehe. Wir wissen, jede Vertretung von Arbeiterinteressen stößt unweigerlich mit den Expansionsinteressen der Kapitalisten zusammen. Die Orientierung auf Stärkung der Exporte der „deutschen Unternehmer“ führt unweigerlich zur Spaltung der Arbeiterklasse sowohl im eigenen Lande wie auch gegenüber den Arbeiterklassen anderer Länder. Der mit „Linksimago“ aufgebaute Ministerpräsidentenkandidat Schröder rät den Lehrern, Stunden- und Gehaltskürzungen zwecks Arbeitsplatzbeschaffung hinzunehmen. Genau so praktiziert es die CDU-Landesregierung. Schröder befürwortet längere Ladenschlußzeiten zur Hannover-Messe und stellt sich damit in dieser Frage direkt gegen die Gewerkschaftsbewegung. Wir weisen auf die Tatsache hin, daß die SPD den Wahlkampf mit dem Ziel der parlamentarischen Vernichtung der GRÜNEN führt. Ihre Politik und Programmatik liefert zahlreiche Anhaltspunkte für ein Bündnis mit der CDU. SPD-Landesvorsitzender Bruns bringt die Tolerierung einer Minderheitsregierung auch bereits ins Gespräch.

Die GRÜNEN haben im Landtag nützliche Tätigkeiten für fortschrittliche soziale Bewegungen geleistet und der politischen Opposition im Kampf gegen die Albrecht- und Unternehmerpolitik parlamentarische Unterstützung gegeben. Gleichzeitig sind die GRÜNEN Ziel der Bemühungen von CDU, FDP und auch SPD, sie parlamentarisch zu vernichten, was die gesamte fortschrittliche Opposition schwächen soll. Wir stellen aber fest, die GRÜNEN sind keine Arbeiterpartei und im Mittelpunkt ihrer Politik steht nicht die konsequente Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse. An für die Arbeiterklasse entscheidenden Fragen sind die Grünen anfällig und offen für reaktionäre Politik. So, wenn

etwa im Landtag vom Abgeordneten der GRÜNEN, Neddermeyer, den hart Arbeitenden und wenig Verdienenden finanzielle Opfer zugemutet werden, um die sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren. So, wenn zum zweitenmal der antifaschistische Kampf im Wahlprogramm der GRÜNEN nicht erwähnt wird. Ohne daß Arbeiterinteressen ihnen gegenüber geltend gemacht werden, besteht die Gefahr eines weiteren Nachgebens gegenüber reaktionärer Politik. In der zunehmenden Unterordnung unter „parlamentarische Spielregeln“ geben sie diesem Druck bereits nach. Im Kampf um konkrete Forderungen der Gewerkschaftsbewegung und der außerparlamentarischen Bewegungen ist die breitmöglichste Aktionseinheit nötig.

Wir müssen feststellen, gerade auch hinsichtlich der Landtagswahlen, daß die Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihrer materiellen und politischen Interessen noch keine politische Partei hat, die diese Interessen konsequent durchsetzen kann. Die Organisationen der revolutionären Sozialisten, die zahlreichen Organisationen und Initiativen, die sich auf die Arbeiterbewegung beziehen, die Arbeiterinteressen zu ihrem Anliegen gemacht haben, sind, wenn auch zusammengekommen nicht wenige, so doch politisch uneinig und zersplittert. Dies ist ein Grund, warum wir nicht zu den Landtagswahlen kandidieren. Die Zusammenarbeit dieser Kräfte muß sich verbessern. Weil wir wissen, daß Fortschritte im Kampf gegen die Reaktion unwahrscheinlich sind, ohne daß Arbeiterinteressen stärker zur Geltung gebracht werden, wollen wir auch gerade zu den anstehenden Landtags-, Kommunal- und Bundestagswahlen dazu beitragen, daß sich die Zusammenarbeit dieser Kräfte in den praktischen Kämpfen der Arbeiterbewegung verbessert.

Ein weiterer Grund unserer Nichtkandidatur findet sich im niedersächsischen Wahlgesetz. Es ermöglicht nicht, daß wir eine Landesliste aufstellen. Nur in den Wahlkreisen (von 100), in denen Direktkandidaten aufgestellt sind, kann auch die Landesliste gewählt werden. Diese Gründe haben es verhindert, daß wir zu den Landtagswahlen kandidieren.

Notwendig ist die Entfaltung des Klassenkampfes und des außerparlamentarischen Kampfes. Notwendig ist das verbesserte Zusammenwirken aller Kräfte, die Arbeiterinteressen geltend machen wollen. Wir beziehen uns dabei auf die Gewerkschaftsbewegung und die außerparlamentarischen Bewegungen. Wir wollen dazu unseren Beitrag leisten und hinsichtlich der anstehenden Landtagswahlen uns auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

- gegen weitere Lohnsenkungen, Arbeitszeitflexibilisierungen und Ausdehnung der Teilzeitarbeit, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, gegen Ausbildungsverhältnisse unterhalb von Tarifbedingungen und in zwangsarbeitsähnlichen Verhältnissen;
- gegen die weitere Einschränkung demokratischer Rechte, insbesondere der Gewerkschaftsrechte, gegen den weiteren Ausbau der inneren Unterdrückung, für die ersatzlose Beseitigung der Berufsverbote;

- gegen die reaktionäre Ausländer- und Asylpolitik, gegen die zahlreichen Sondergesetze und Erlasse gegen ausländische Arbeiter, für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht von Ausländerinnen, für gleiche Rechte von Deutschen und Ausländern, für ein kommunales und allgemeines Wahlrecht für Ausländer;

- gegen faschistische und revanchistische Politik und Kriegsvorbereitungen, für einseitige Abrüstung, für den Austritt der BRD aus der NATO, für die uneingeschränkte Anerkennung der DDR, gegen Förderung und Entfaltung revanchistischer Propaganda wie beim alle zwei Jahre stattfindenden „Schlesiertreffen“, für die Auflösung der NPD und aller faschistischen Organisationen, keine Zulassung faschistischer Organisationen zu den Landtags- und Kommunalwahlen;

- gegen weiteren Sozialabbau, für die Rücknahme der Sparmaßnahmen im Sozialbereich, für die Verteidigung der sozialen Rechte, insbesondere für den Erhalt und die Ausweitung der kollektiven sozialen Sicherungssysteme;

- gegen die Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen, gegen die reaktionäre Familienideologie und die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, für die ersatzlose Streichung des § 218, für die Streichung der unteren Lohngruppen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für die bedingungslose Finanzierung selbstverwalteter Frauenhäuser;

- gegen die reaktionäre Eliteförderung und die damit einhergehende Senkung des allgemeinen Bildungsstandards.

Dies sind Schwerpunkte unserer gemeinsamen Politik und unseres praktischen Eingreifens.

Wir wissen, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist unüberbrückbar. Der Kampf der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte muß deshalb das Ziel haben, den Kapitalismus zu beseitigen. Die revolutionäre Entmachtung der Bourgeoisie und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse sind nach unserer Auffassung Voraussetzungen dafür, daß eine soziale Umwälzung der Gesellschaft eingeleitet werden kann, die die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Aufhebung der Klassen und die Beseitigung aller politischen Unterdrückung zum Ziel hat. Sozialismus heißt für uns, daß die politische Macht und die Verfügung über die wesentlichen Produktionsmittel tatsächlich bei den arbeitenden Massen selbst liegen, was auch Voraussetzungen sind für eine funktionierende sozialistische Planwirtschaft. Sozialismus und Herrschaft der Arbeiterklasse sind für uns untrennbar verbunden mit direkter Massendemokratie, einschließlich garantierter demokratischer Grundrechte (wie Meinungs-, Versammlungs-, Organisations- und Streikrecht) für die arbeitenden Massen.

Hannover, den 15. April 1986

Bund Westdeutscher Kommunisten,
Landesverband Niedersachsen/
Bremen

Gruppe Internationale Marxisten,
Deutsche Sektion der IV. Internationale
Kommunistische Partei Deutschland,
Landesbezirk Niedersachsen

Zur Vereinigung von GIM und KPD

Broschüre mit Dokumenten erschienen

Vor ca. zwei Jahren haben GIM und KPD eine gemeinsame Diskussion begonnen mit dem Ziel, beide Organisationen auf der Grundlage eines revolutionären Programms zu vereinigen. Jetzt liegt eine Broschüre vor, in der die Ergebnisse dieser Vereinigungsdiskussion dokumentiert sind.

Diese Broschüre enthält Entwürfe zum Programm und Statut und einer Resolution zum Selbstverständnis der Vereinigten Organisation. Außerdem eine Vereinbarung zur Vierten Internationale.

Die Entwürfe zum Programm und Statut und die Vereinbarung zur Vierten Internationale sind bereits von den Zentralkomitees von GIM und KPD auf einer gemeinsamen Sitzung verabschiedet worden. Der Resolutionsentwurf zum Selbstverständnis der Vereinigten Organisation wird auf einer weiteren gemeinsamen Sitzung beider Zentralkomitees am 25. Mai diskutiert und verabschiedet werden.

Diese Texte werden also als gemeinsame Anträge beider Zentralkomitees an den Sonderparteitag der KPD und an die Nationale Delegiertenkonferenz der GIM — beide Kongresse finden im Juni statt — vorliegen. Beide Konferenzen werden über die Frage der Vereinigung zu entscheiden haben. Damit dokumentiert die jetzt vorliegende Broschüre auch: Die Diskussionen und Verhandlungen über die Vereinigung von GIM und KPD sind zu einem gewissen Abschluß gekommen. Was in den Diskussionen und Verhandlungen an programmatischer Einheit, an Übereinkunft hinsichtlich des Selbstverständnisses und des inneren Funktionierens der angestrebten vereinigten Organisation erarbeitet werden konnte, ist in den jetzt veröffentlichten Dokumenten enthalten. Es geht nicht mehr darum, noch entscheidende Durchbrüche zu erzielen. Es geht jetzt um die Entscheidung darüber, ob die Vereinigung auf den in diesen Dokumenten zusammengefaßten Grundlagen vollzogen werden soll. Beide Zentralkomitees haben mit der Verabschiedung der Dokumente — wir gehen davon aus, daß auch die Selbstverständnisresolution verabschiedet werden wird — diese Frage bejaht. Nach unserer Auffas-

sung stellt das in diesen Dokumenten formulierte Maß an Übereinkunft ein solides Fundament für die Vereinigung von GIM und KPD dar. Wir halten es für ein falsches Kriterium, das Vereinbarungspaket daran zu messen, ob alle Widersprüche zwischen GIM und KPD ausgeräumt werden konnten. Ein solcher Anspruch wäre von Anfang an unrealistisch gewesen und ist so auch nie gestellt worden. Wir meinen, das erreichte Ausmaß an Übereinstimmung muß daran gemessen werden, ob es trotz sicher bestehender unterschiedlicher Auffassung eine gemeinsame revolutionär-sozialistische Politik ermöglicht in den Fragen, die taktisch und strategisch für die Entwicklung der Arbeiterbewegung und den Kampf für den Sozialismus wesentlich sein werden.

der revisionistischen Länder: Die GIM spricht von bürokratisierten Arbeiterstaaten, während unsere Partei diese Länder als kapitalistisch charakterisiert. Auf dieser allgemeinen Ebene scheinen die Differenzen unüberbrückbar und unvereinbar in einer Organisation zu sein.

Tatsächlich aber hatte sich schon vor Beginn der Vereinigungsgespräche gezeigt, daß GIM und KPD wiederholt politisch sehr ähnlich auf Entwicklungen in diesen Ländern oder auch auf Aktionen des Warschauer Paktes reagiert hatten: GIM und KPD stellten sich auf die Seite der polnischen Arbeiterklasse und der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, unterstützten etwa Positionen der Friedensgruppen in der DDR, verurteilten den sowjetischen Einmarsch

Länder die Auffassungen beider Organisationen unüberbrückbar schienen, dokumentiert der nun von beiden Zentralkomitees unterstützte Programmentwurf, daß es eine ausreichende gemeinsame Grundlage für eine zutreffende Kritik der Verhältnisse in den revisionistischen Ländern gibt, die es vor allem auch ermöglicht, die sozialistischen/kommunistischen Zielvorstellungen der Vereinigten Organisationen in deutlicher Abgrenzung vom durch die revisionistischen Länder geprägten vorherrschenden Sozialismus-Bild zu entwickeln.

Die Herausarbeitung der gemeinsamen Auffassungen in dieser Frage ist aber zugleich auch eine Voraussetzung dafür, daß die weiterhin bestehenden Differenzen in der Vereinigten Organisation diskutiert werden können, ohne daß dadurch die Gefahr erneuter Spaltung heraufbeschworen wird.

Auch wenn es um einige Fragen des Statuts längere Diskussionen gegeben hat, war es doch so, daß es im wesentlichen bereits gemeinsame Vorstellungen über das innere Funktionieren einer revolutionär-sozialistischen Organisation gab. Die Praxis wird nach unserer Auffassung zeigen, daß die Strukturen der innerorganisatorischen Debatte und politischen Willensbildung sich in den letzten Jahren stärker aneinander angeglichen haben, als es die unterschiedliche Tradition von GIM und KPD vermuten lassen könnte.

Die Vereinbarung zur IV. Internationale stellt eine Übergangsregelung dar, denn nach einem längeren Diskussionszeitraum soll diese Frage auf einem Parteitag der Vereinigten Organisation entschieden werden. Ohne Zweifel war und ist in dieser Frage die Kompromißbereitschaft unserer Partei besonders gefordert. Uns war von Anfang an klar, daß für die GIM, die ihre Identität als Organisation in hohem Maße aus ihrer Zugehörigkeit zur IV. Internationale bezogen hat, ein umstandsloser Bruch mit der IV. Internationale unannehmbar sein würde. Andererseits kam es uns darauf an, keinen Zweifel daran zu lassen, daß wir die IV. Internationale als Organisation des internationalen Trotzkismus (genauer

gesagt: einer Strömung des Trotzkismus) betrachten, daß sie also Ausdruck der sektiererischen, subjektivistisch begründeten Zersplitterung des revolutionären Marxismus ist. Zweitens kam es uns darauf an, eine Regelung zu finden, die nicht zwangsläufig dazu führt, daß die GIM vermittelt über die Struktur der IV. Internationale als Organisation in der vereinigten Organisation bestehen bleibt. Die jetzige Regelung, die den GIM-Mitgliedern die individuelle Mitgliedschaft in der IV. Internationale ermöglicht, eine auch nur informelle Einbindung der vereinigten Organisation in Strukturen der IV. Internationale aber ausschließt, scheint uns beides hinreichend zu gewährleisten.

Eine für beide Organisationen erträgliche Übergangsregelung in dieser Frage ist auch eine gute Voraussetzung dafür, daß die Diskussion um die internationale Orientierung der vereinigten Organisation nicht zu einem unsäglichen Glaubenskrieg entartet, sondern möglichst vorurteilsfrei geführt werden kann.

Anzeige

Romane im RM Verlag

Iwan Popow, als die Nacht verging ..., 2 Bd. 566 S. mit Anhang 10,— DM
Berta Lask, Leuna 1921, 144 S. 3,50 DM
Luo Guang-bin, Yang Yiyán, Roter Fels, 492 S. 10,— DM
Xanu, Sieben Erzählungen aus Südvietnam, Oberbaum-Verlag, 199 S. 5,— DM
Chou Li-Po, Orkan, Teil 2, Oberbaum Verlag, 360 S. 5,— DM
Anh Duc, Hon Dat, Oberbaum Verlag, 306 S. 7,50 DM

Erich Weinert, Biographie, 152 S. 5,— DM
Erich Weinert, Camaradas 5,— DM
Das kleine dicke Liederbuch. Lieder und Tänze bis in unsere Zeit 15,— DM



Das bedeutet natürlich, daß die jetzt vorliegenden Dokumente eine Reihe von Kompromissen enthalten. Diese strittigen Fragen sind aber weder einfach ausgeklammert worden, noch durch nichtssagende Formulierungen übertüncht worden. Wir haben uns vielmehr bemüht, das festzuhalten, was Grundlage für eine gemeinsame Politik der Vereinigten Organisation sein kann. Wir wollen das am vielleicht kompliziertesten Problem der zurückliegenden Diskussions- und Verhandlungsphase erläutern, nämlich an der Frage, wie die revisionistischen Länder im Programmentwurf behandelt sind.

Die Differenzen von GIM und KPD liegen vor allem in der Beurteilung des allgemeinen Charakters

in Afghanistan usw.

Wie eigentlich nicht anders zu erwarten war, stellte sich heraus, daß diesen gemeinsamen politischen Haltungen auch gemeinsame analytische Beurteilungen zugrundeliegen: So hält der Programmentwurf als gemeinsame Auffassung von GIM und KPD fest, daß diese Länder nicht sozialistisch sind, daß die Arbeiterklasse von der politischen Macht und der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen ist, daß sie politisch unterdrückt und ökonomisch ausgebeutet (nach Auffassung der GIM allerdings nicht im Sinne der kapitalistischen Mehrwertaussparung) wird usw.

Obwohl auf der Ebene der allgemeinen Charakterisierung dieser

Am 3. und 4. Mai tagte in Bochum das Plenum des Zentralkomitees der KPD. Behandelt wurden Konsequenzen aus der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, mit der Vereinigung von GIM und KPD zusammenhängende Fragen, dabei auch die Politik der Partei zu den Bundestagswahlen 1987, Probleme der Gewerkschaftsarbeit und die konkrete Vorbereitung des Sonderparteitags der KPD, der am 7./8. Juni stattfinden wird, um über die Vereinigung mit der GIM zu beschließen.

Das Zentralkomitee beschloß die Herausgabe eines Flugblattes, in dem anknüpfend an den Reaktorunfall in Tschernobyl die Forderung nach Abschaltung aller AKWs begründet werden soll. Außerdem erscheint auf Beschluß des Zentralkomitees das „zum Thema“ dieser Ausgabe des „Roten Morgen“ zum Kernenergie-Problem.

Das Zentralkomitee diskutierte Verlauf und Ergebnisse der gemeinsamen Sitzung der Zentralkomitees von GIM und KPD vom 19./20. April und Ergebnisse der Mitgliederversammlungen der KPD, die zur Diskussion über den Stand der

Vereinigungsbestrebungen stattgefunden haben. Das ZK unserer Partei begrüßte, daß bezüglich Programm, Statut und Vereinbarung zur IV. Internationale nun gemeinsame Anträge beider Zentralkomitees an den Sonderparteitag der KPD bzw. an die Delegiertenkonferenz der GIM vorliegen. Das Zentralkomitee unserer Partei geht davon aus, daß auf der nächsten gemeinsamen Sitzung der Zentralkomitees von GIM und KPD auch der Entwurf zum Selbstverständnis der Vereinigten Organisation als gemeinsamer Antrag beschlossen wird. Das Zentralkomitee unserer Partei ist einhellig der Auffassung, daß diese Dokumente insgesamt eine ausreichende Grundlage für die Vereinigung von GIM und KPD darstellen, daß jede weitere Verzögerung des Vereinigungsprozesses unnötig und schädlich ist.

Auf der Tagesordnung der nächsten gemeinsamen Sitzung

beider Zentralkomitees stehen auch ein Positionspapier zur Politik der Vereinigten Organisation zur Bundestagswahl 1987 und ein Papier, das praktisch-politische Aufgaben der Vereinigten Organisation für 1987 festhält. Entwürfe zu beiden Papieren wurden vom Zentralkomitee diskutiert und angenommen. Über beide Papiere finden noch Gespräche mit der GIM statt. Das Wahlpapier soll auch mit den Organisationen des „Beilagenkreises“ diskutiert werden.

Zur Gewerkschaftspolitik diskutierte das Zentralkomitee drei Fragen: 1. Der 6. Parteitag hat eine kritische Aufarbeitung der RGO-Politik gefordert. Dazu soll noch vor der Sommerpause ein Diskussionspapier in die Partei gehen.

2. Das Zentralkomitee unterstützt die Konferenz zur Auswertung der Kampagne gegen die reaktionäre Änderung des § 116 AFG, die am 24. 5. 86 in Köln statt-

findet, und ruft alle im Gewerkschaftsbereich tätigen Genossinnen und Genossen zur Teilnahme auf.

3. Das Zentralkomitee diskutierte schließlich, welche Initiativen zur Zusammenführung klassenkämpferischer Gewerkschafter unternommen werden können.

Das Zentralkomitee beschloß folgenden Vorschlag zur Tagesordnung des Sonderparteitags:

1. Wahl des Präsidiums
2. Bestätigung der Mandatsprüfungskommission und Bericht der Mandatsprüfungskommission
3. Beschlußfassung über eine Geschäftsordnung für den Parteitag
4. Vereinigung mit der GIM
 - a. Debatte über Programmentwurf der ZKs von GIM und KPD
 - b. Debatte über den Statutentwurf der ZKs von GIM und KPD
 - c. Debatte über den Entwurf der ZKs von GIM und KPD über eine Resolution über Rolle und Selbstverständnis der vereinigten Partei

Bericht vom Plenum des Zentralkomitees der KPD

d. Debatte über den Vorschlag der ZKs von GIM und KPD für eine Vereinbarung über die Haltung der vereinigten Partei zur IV. Internationale

e. Beschlußfassung über die Vereinigung von GIM und KPD auf der Grundlage der unter a. bis d. genannten Materialien.

5. Beschlußfassung über die Durchführung einer Urabstimmung in der Partei über die Frage der Vereinigung von GIM und KPD

6. Beschlußfassung über die Durchführung eines Vereinigungsparteitages

- a. Termin
- b. Tagesordnung
- c. Abstimmungsmodus
- d. Wahlmodus

7. Debatte über die nächsten Aufgaben der vereinigten Partei

8. Debatte über das Eingreifen in die Bundestagswahlen '87

9. Debatte über den Namen der vereinigten Partei

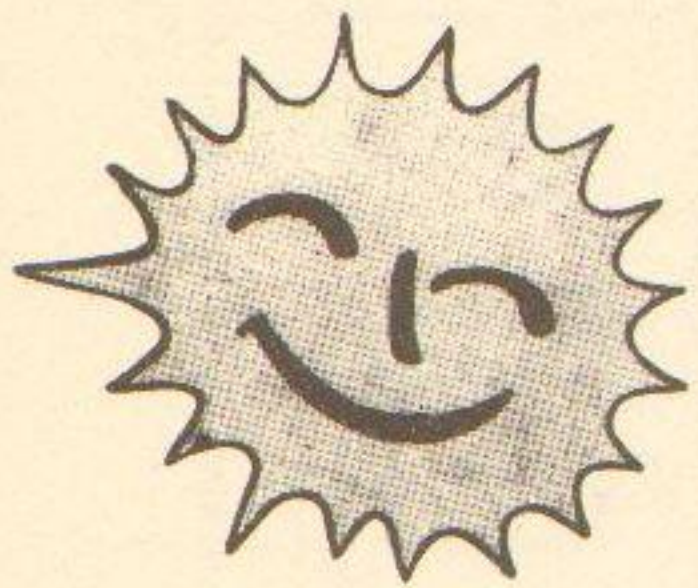
10. Debatte über das Publikationswesen der vereinigten Partei

11. Verschiedenes.

Zur Vorbereitung des Sonderparteitages ist auf Beschluß des Zentralkomitees inzwischen ein Mitgliederrundbrief erschienen.

Bundesweite Brokdorf-Demo

Im Juni soll das AKW Brokdorf ans Netz gehen. Dagegen wird bundesweit zur Protestdemo am Samstag den 7.6.86 in Brokdorf mobilisiert.



Aktionskonferenz der Friedensbewegung

Zur Vorbereitung der Großaktion im Oktober gegen die Cruise-Missiles-Stationierung im Hunsrück findet am 7./8. Juni eine Aktionskonferenz statt. Wahrscheinlicher Ort: Koblenz.

Solidarität mit dem Befreiungskampf in Südafrika

Im Mai, Juni und Juli finden von den Südafrika-Solidaritätsgruppen und von 3. Welt-Gruppen zahlreiche Aktionen zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika statt: für den 16. Mai wird zu einem Banken-

aktionstag aufgerufen, der sich gegen die Investmentpolitik deutscher Banken in Südafrika richtet. Am 16. Juni soll mit zahlreichen Aktionen des 10. Jahrestages des Schüleraufstands von Soweto gedacht werden. Die Aktionen zum Boykott südafrikanischer Früchte und anderer Produkte laufen weiter u. v. a. m.

Als Hintergrundinformation zum südafrikanischen Widerstand hat das Informationszentrum 3. Welt (iz3w) Freiburg in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Afrika (AKAFRIK) und der Azania-Koordination (AZAKO) Münster eine Broschüre zur Geschichte, Kultur und Widerstand Südafrikas neu aufgelegt.

Bezogen werden kann sie über: **Arbeitskreis Afrika-AKAFRIK**, Achtermannstr. 10/12, 44 Münster (3 DM, 60 S.)

„Licht ins Dunkel der Aufrüstung“

... will eine Aktion der Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam bringen. Mit phantasievollen Aktionen soll am 24. Mai, dem 1. Aktionstag der Friedensbewegung, gegen die Stationierung der Cruise missiles im Hunsrück demonstriert werden. Aktionsgruppen, die sich am Aufbau und der Weiterentwicklung des Zivilen Ungehorsams in der Region beteiligen wollen, sind aufgerufen, an diesem Tage mit Farbe, Pinsel und viel Phantasie die Straßen vor den zahlreichen Militäranlagen zu bemalen, um auf die ständige Militarisierung und Aufrüstung im

pinwand

Volkszählungsboykott: Initiativen überall

Es wird Zeit, der jetzt anlaufenden Kampagne der Bundesregierung für die Volkszählung mit Informationen über die wirkliche Funktion dieser Erfassung entgegenzutreten.

Zu diesem Zweck haben sich Initiativen gebildet, die neben konkreten Aktionsmöglichkeiten, mit denen die Volkszählung

zu boykottieren ist, auch Aufklärung über die Zusammenhänge dieses neuen Vorstoßes hin zum Überwachungsstaat geben wollen.

Hier erste Kontaktadressen von einigen Initiativen:

1000 Berlin: K 61 (Anti-Kabel-Gruppe Kreuzberg), c/o Kinderbuchladen, Hornstraße 2 1/61
Berliner Koordinationsstreifen gegen Überwachung, c/o Wissenschaftsladen, Dominicusstr. 3, 1/62 Tel.: (030) 215 2779
2000 Hamburg: Gruppe Nein



Hunsrück aufmerksam zu machen. Die Militäranlagen sollen als Einrichtungen für den Krieg gebrandmarkt werden. Für die einzelnen Militäranlagen stehen mittlerweile verantwortliche Aktionsgruppen fest. Die Malaktion beginnt gegen 11 Uhr vor den einzelnen Militäranlagen, gegen 15 Uhr kommen dann alle

vor der Cruise-missiles-Basis in Hasselbach zusammen, um die gesamte Straße mit Anti-Kriegsgemälden und Texten zu gestalten.

Kontakt für die Aktion, **Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam**, Am Schwarzen Meer 67, 2800 Bremen, Tel.: (0421) 498 5666.

gegen Personalinformationssysteme, c/o Karsten Groth, Kaltenkirchener Str. 2, 2/50
Initiative gegen den Überwachungsstaat, c/o Die Druckerei, Schanzenstr. 101, 2 HH 6
2300 Kiel: BI gegen den Überwachungsstaat, c/o Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27, 23/1
2350 Neumünster: Initiative gegen den Überwachungsstaat, Bahnhofstr. 41
3500 Kassel: Büro der GRÜNEN im Rathaus, Obere Königstr.
3550 Marburg: Initiative gegen den Überwachungsstaat, c/o Asta, Erlenring 5
4054 Kaldenkirchen: Die GRÜNEN, Nettetal, Kehrstr. 45

4050 Mönchengladbach: VoBo-Gruppe c/o Uwe Peters, Brandenbergerstr. 31
5800 Hagen: AG Sicherheits-gesetze/Volkszählung c/o Quadrix Buchladen, Langestr. 21
6200 Wiesbaden: AG innere Sicherheit c/o Marion Papazcek, Schloßplatz 2
7300 Esslingen: Sicherheits-gesetze AK Demokratische Sozialisten, Dieselstr. 26
8500 Nürnberg: Wissenschaftsladen, Arbeitskreis gegen Überwachung und Verdattung, Wurzelbauerstr. 35
8750 Aschaffenburg: Libertäres Forum, Platanenallee 7 (Hinterhaus)

kontakte

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691
4630 Bochum, Jochen Beyer, Josefinenstr. 110
4600 Dortmund (Brackel), Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: 0231/20931
4100 Duisburg 12, D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014
2000 Hamburg 6, Luxemburg-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr
3000 Hannover 91, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: 0511/466529
7100 Heilbronn, F.-H.

Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1
2300 Kiel 1, KPD, Rendsburger Landstr.), Tel.: 0431/642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr
5090 Leverkusen 3, A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171/41318
6700 Ludwigshafen, W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel. 0621/699382
7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haubmannstr. 107, Tel.: 0711/2622388 geöffnet: Mo u. Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr
6685 Heiligenwald, KPD Saar, E. Bittner, Waldwiesstr. 13
1000 Berlin 61, Karl Decruppe, Müllenhoffstr. 13.

Erklärung

Hiermit trete ich aus der KPD aus. Die Gründe für diesen Schritt liegen darin, daß ich mich im Laufe des letzten Jahres zu einem ökologischen Feministen entwickelt habe. Ich habe sehr viele tiefgehende und beglückende Erkenntnisse und Einsichten zu meiner marxistischen Grundeinstellung hinzugewonnen, so daß ich von einer echten Bewußtseinsweiterung sprechen kann. Auch meine politischen Wirkmöglichkeiten haben sich erweitert, so daß ich mich nicht mehr in den Rahmen enger parteipolitischer Kampagnen einpassen mag.

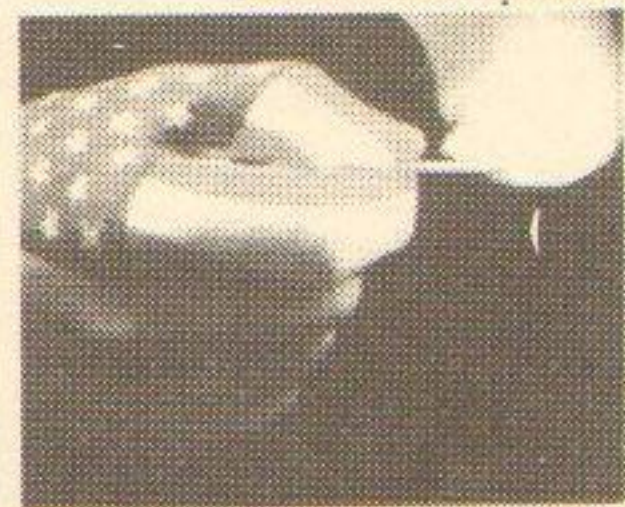
Das Projekt, was uns angepriesen wird, nach der Vereinigung mit der GIM eine radikal-sozialistische Massenpartei aus gewerkschaftsoppositionellen Aktivitäten herauszubilden, überzeugt mich ganz und gar nicht. Es beruht nicht auf einer wissenschaftlichen Analyse der dieser Gesellschaft innewohnenden Entwicklungspotenzen, sondern reiht sich ein in die Phalanx der aus dem hohlen Bauch geborenen Parteiaufbaukonzepte, deren jede linke Gruppe, die auf sich etwas hält, Stücker 1 oder 2 im Mantelsack herumträgt. Für mich stellt sich die Sache einfach so dar, daß die gleichen Leute (ich könnte sie namentlich benennen), die seinerzeit das Massenorganisationskonzept hochgehalten haben, als sie merkten, daß RGO und Volksfront langsam eingehen, sich einfach einen neuen Jugendtraum ausgedacht haben.

Man wird mir nachsehen, daß ich diesen Jugendtraum nicht mitträumen möchte. Arbeiterklasse gleich Industrieproletariat und Arbeiterbewegung gleich Gewerkschaftsbewegung, das läßt sich heute nicht mehr so bruchlos aufrechterhalten, vor allem, wenn man den Einfluß der neuen Technologien und den der neuen sozialen Bewegungen den Ideologiebildungsprozessen in

den unteren sozialen Schichten gegenüberstellt.

Meine Solidarität gilt den Genossinnen und Genossen, die sich weiterhin innerhalb der Organisation für erweiterte revolutionäre Strategien einsetzen. Euch bitte ich aber auch um Verständnis für meinen Schritt. Wir leben ja nicht mehr unter Verhältnissen wie ihrerzeit Rosa Luxemburg, wo aus der Partei austreten gleichsam hieß, aus der fortschrittlich denkenden Menschheit austreten. Ich denke, wir werden künftig auch ohne die Klammer der Partei gemeinsam zu neuen Horizonten streben.

Joachim aus Bremen



Zum Libyen-Flugblatt

Ich möchte folgende Passagen des Flugblattes von KPD und GIM „Kein Frieden ...“ diskutieren:

„Wie man in der NATO um die USA zusammengedrückt ist, zeigt (...) heute der nur mehr oder weniger kaschierte Applaus aus allen staatstragenden Ecken (...). Alle NATO-Staaten waren über den US-Überfall (...) informiert. Alle haben ihn im Grundsatz moralisch und logisch mitgetragen.“

Diese Darstellung entspricht nicht der Wirklichkeit und schadet daher der Arbeit der Partei.

Richtig ist sicherlich, daß General Walters am Wochenende die Verbündeten über die prinzipielle Richtung amerikanischer Politik informiert haben muß und dabei auch vermittelt wurde, daß die USA militärische Operationen in Erwägung ziehen. —

Zu diesem Zeitpunkt war die gesamte Planung offenbar bereits völlig abgeschlossen; die Tanker KC 100 wurden am Samstag nach Lakenheath verlegt.

Wie war die Reaktion der Euroäer? — In einer für europäische Bürokraten einmaligen Geschwindigkeit wurde eine Außenministerkonferenz zusammengetrommelt, die am Nachmittag vor dem Angriff eine einstimmige Resolution gegen ein militärisches Vorgehen faßte. Wie man weiß, ist Einstimmigkeit bei solchen europäischen Tagungen ebenfalls eine Seltenheit. Außenminister Genscher flog sofort los, um die USA von diesem Votum zu unterrichten. Der Angriff erfolgte während seines Fluges in die USA.

Ist es realistisch anzunehmen, daß dieses Gremium unmittelbar vor einem Angriff derart öffentlich einen NATO-Dissens dokumentiert und dabei auch noch die eigene Lächerlichkeit und Unfähigkeit beweist? Staatssekretär Möllemann (Ausw. Amt) hat zwischen 22.00 und 23.00 (also 3 - 4 Stunden vor dem Angriff) im ZDF gegen militärische Maßnahmen gesprochen und den Anschein erweckt, sein Chef Genscher werde die Krise jetzt ja schon managen. Hätte er das getan, wenn er nur einen Schimmer gehabt hätte? Warum sollen sich europäische Regierungen in so knifflige Situationen bugsieren? — Ich sage, sie waren und sind gegen militärische Aktionen und glaubten allen Ernstes, durch einstimmiges europäisches Protestieren die amerikanische Haltung beeinflussen zu können.

Heißt das, daß sie informiert waren? Nein, offensichtlich nicht. Auch wir waren „informiert“. In unserer Friedensgruppe wurden acht Tage vorher konkrete (hypothetische) Invasionspläne der USA gegen Libyen vorgetragen. Soll das bedeuten, daß ich auch informiert

war? Diese Logik ist eben falsch. Jedermann wußte von der Krisensituation, las Stellungnahmen der US-Administration und wußte um den Große-Syrt-Zwischenfall. Auch aus Maßnahmen wie der Evakuierung der Deutschen Schule kann nicht auf Kenntnisse geschlossen werden. Solche Maßnahmen sind in Krisengebieten allgemein üblich und werden routinemäßig durchgeführt. Wie oft wurden denn deutsche Schulen im Ausland geräumt, ohne daß es anschließend zu Bombenangriffen gekommen ist? Gleiches gilt für die Beweisführung bezüglich der Überflugsrechte. Entsprechende Anfragen müssen keineswegs konkret gestellt worden sein. Viel wahrscheinlicher erscheinen mir allgemeine Anfragen im Rahmen einer allgemeinen Unternehmung.

Allein Großbritannien war wohl ab Samstag informiert. Aber auch hier wird die Analyse der britischen Rolle nicht gerecht. Die Zustimmung muß keineswegs Einverständnis bedeuten. Frau Thatcher sagte im Unterhaus, eine Ablehnung sei „undenkbar“ gewesen. Eine Formulierung, die keineswegs von enthusiastischer Zustimmung geprägt ist. Wichtig ist es, sich der britischen Sonderrolle zu erinnern.

a. Großbritannien bezieht seine gesamte strategische Nuklearrüstung aus den USA und entwickelt nicht, wie Frankreich, selbst. In naher Zukunft steht die Ausrüstung mit neuen Trident bevor.

b. GBR hat ebenfalls ein Wartime Host Nation Support Agreement, das aber im Gegensatz zum deutschen geheim ist und dementsprechend wohl kaum liberaler formuliert sein dürfte. Auch die BRD wäre bei entsprechender Vertragsauslegung gezwungen gewesen.

c. Ohne die Unterstützung der USA hätte GBR den Falkland-Krieg mit ziemlicher Sicherheit verloren. Solche Unter-

stützung gibt es nicht gratis.

Ich halte die Stimme des Außenministers Howe in Holland für den Ausdruck der wirklichen britischen Haltung.

Es waren also nicht alle, sondern nur zwei NATO-Staaten informiert und 13 waren nicht informiert. Weder moralisch noch logistisch wurde z. B. von der Bundesregierung etwas mitgetragen. Zur Frage der Moral erklärte Kohl, daß die Bundesregierung Gewalt ablehne. Eine zwar nur sehr kurze Passage seiner Erklärung vom 15.4., dafür aber eine unmißverständliche Passage. Wie die BRD und die 13 anderen NATO-Staaten den Angriff logistisch mittragen haben sollen, ist mir ein völliges Rätsel.

Wenn formuliert wird, alle staatstragenden Kräfte würden mehr oder weniger kaschiert Applaus spenden, so frage ich mich, wen die Verfasser für staatstragend halten. Sowohl der erste Sprecher der SPD wie der FDP haben den Angriff eindeutig verurteilt. Auch Kanzler Kohl hat — das Wort „Verurteilung“ allerdings vermeidend — lediglich Verständnis mit den Gefühlen des amerikanischen Volkes — nicht mit der Handlungsweise der amerikanischen Regierung — bekundet. Zum Lesen solcher sensiblen Erklärungen muß man eben eine schärfere Brille aufsetzen.

Oppositionsführer Vogel hat eine seiner schärfsten Rede gehalten — soweit dieses Wort bei dem Manne überhaupt zulässig ist — und das US-Vorgehen gerade auch moralisch verurteilt. Pragmatisch haben es alle Fraktionen des Bundestages abgelehnt.

Mit der Darstellung in diesem Flugblatt beraubt man sich einer wichtigen politischen Argumentation gegen die SPD. Eine der Grundlinien der SPD-Argumentation besagt, man müsse in der NATO bleiben, um die USA zügeln zu können. Nimmt man ihre Opposition ernst, so kann

man sie fragen, welche Konsequenzen sie zieht, wenn der Gaul samt Zügel und SPD-Kutscher in die Schlacht zieht.

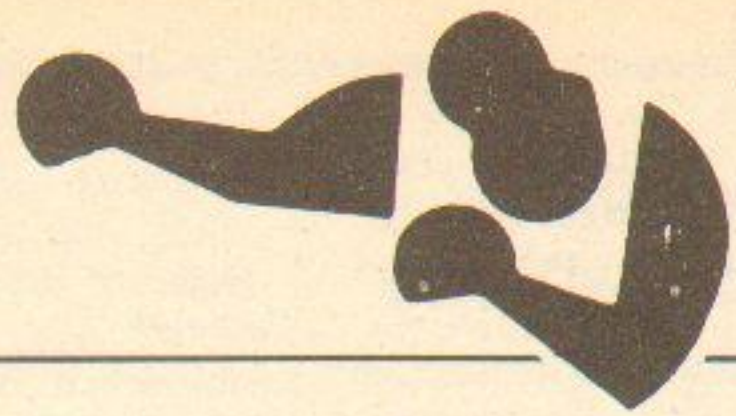
Fälscht man dagegen die Position der SPD in schlecht kaschierte Zustimmung, macht man es der SPD leicht, den Menschen die Unglaubwürdigkeit unserer Position zu erläutern. Wir haben die Unwahrheit gesagt über diese SPD und können deshalb nicht mehr glaubwürdig zeigen, daß es dieselbe SPD ist, die lügt, wenn sie behauptet, sie könne die NATO in ein Instrument der defensiven entspannungspolitisch wirksamen Sicherheitspolitik reformieren.

Ferner entspricht es generell nicht unseren Interessen, Widersprüche im Lager unserer Feinde herunterzuspielen oder gar zu leugnen. Das Gegenteil sollten wir — wenn schon, denn schon — tun! Widersprüche ausnützen heißt heute die Kaschierungsbemühungen der Bourgeoisie bezüglich der Gegensätze im Bündnis entlarven und nicht umgekehrt.

Daß uns dabei der automatische Beifall der „Linken“ nicht sicher ist, da deren Analyse sich in Parolen wie, daß bei jeder Schweinerei bekanntlich die BRD sowieso dabei sei, erschöpft, darf uns bei der Erarbeitung einer strategischen Perspektive für die Friedensbewegung nicht stören. Wenn diese Friedensbewegung wirklich den NATO-Austritt der BRD — und damit die de facto Auflösung von NATO und WVO erreicht — dann ganz bestimmt mit Millionen von Menschen, die unsere politischen Vorschläge nicht an linken, ideologischen Vorurteilen, sondern an der Realität messen werden.

Vor den Aufgaben dieser Realität dürfen wir uns nicht drücken und deshalb müssen solche Passagen aus unseren Flugblättern verschwinden.

Thomas, Karlsruhe

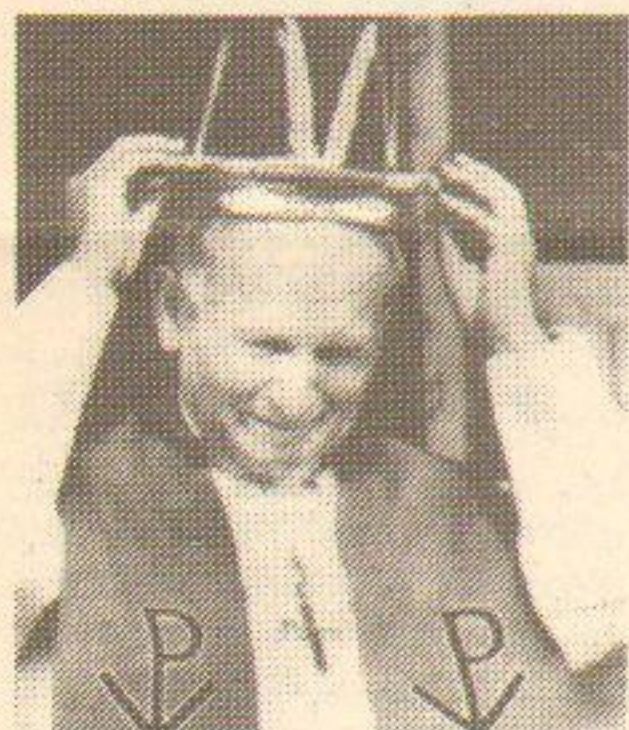


Doof bleibt doof



Nachdem Norbert Blum sich für die Medien in Pose gesetzt hatte — „Haben Sie noch nie einen Arbeitsminister arbeiten gesehen?“ — ließ er einen neuen Geistesblitz in der Ärztezeitschrift „Status“ vom Stapel: „Auch Ärzte sind nur Menschen. Das müssen sie lernen, das bekommen sie nicht bei der Geburt mit.“

Der Papst kommt doch



An alle Antiklerikalen und Gotteslästerer der Republik: „Papst Johannes Paul II. wird voraussichtlich vom 1. bis 3. Mai nächsten Jahres zum zweiten Mal nach Deutschland kommen. Wie aus dem Vatikan zu erfahren ist, wird er während seines dreitägigen Aufenthaltes Köln, Essen und den nieder-rheinischen Marienwallfahrtsort Kevelaer besuchen,“ so berichtet die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“.

„Starker Mann“ was nun?



Das Arbeitnehmer-Votum ist vorbei, wo bleibt der versprochene Dauer-Protest gegen die Änderung des § 116?

Der Frührentner auf den Knochen der Ruhrkumpels ist tod!



Er lebt nicht mehr: Deutschlands reichster Frührentner und Krupp-Erbe Arndt von Bohlen und Halbach!

Bernd Engelmann schreibt in seinem Buch: „Das ABC des großen Geldes“ über die Krupp-Familie: „Die Friedrich Krupp GmbH Essen, mit rund 80000 Beschäftigten und einem Umsatz von knapp 18 Milliarden DM eines der größten Industrieunternehmen der Bundesrepublik scheint zwar nicht mehr in Privatbesitz zu sein: 74,99 Prozent des

Kapitals hält die Alfred Krupp v. Bohlen und Halbach-Stiftung, den Rest, eine Sperrminorität von 25,01 Prozent der iranische Staat. Aber statt der Krupp-Erben regiert in Essen deren getreuer Hausmeister, Berthold Beitz, der als Testamentsvollstrecker von Alfred Krupp dessen Stiftung verwaltet und Aufsichtsratsvorsitzender des Konzerns ist. Und der „letzte Krupp“, Alfreds einziger Sohn Arndt v. Bohlen und Halbach, bezieht eine jährliche Rente in

siebenstelliger Höhe aus dem Krupp-Vermögen und hat daneben gewaltigen Grundbesitz (17000 Hektar in Österreich u. a.), Beteiligungen und manches andere mehr geerbt. Kurz, es läßt sich sagen, daß Reichtum und Macht der Familie Krupp durchaus noch vorhanden sind, nur ist die Macht vom unternehmerisch wenig befähigten leiblichen Erben auf Beitz, den Vertrauensmann des verstorbenen Industriemagnaten, übergegangen.“

Wer ist das?



Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes

Präsident des Weltbauernverbandes IFAP und des Landesjagdverbandes

Mitglied des Präsidiums der Deutschen Reiterlichen Vereinigung

Vorsitzender des Verwaltungsrates des Absatzfonds

Vorsitzender des Verwaltungsrates der Landwirtschaftlichen Rentenbank

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Raiffeisen-Waren-genossenschaft Riesenbeck

Vorsitzender des Vorstandes der westfälischen Reit- und Fahrschule Münster

Vorsitzender im Genossenschaftsrat Westfälische Zentralgenossenschaft

Stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat Deutsches Milchkontor Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrates ZMP (Zentrale Markt- und Preisberichterstattung)

Mitglied des Aufsichtsrates der Centralen Marketing Gesellschaft (CMA)

Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Nordsee, Bremerhaven

Mitglied des Aufsichtsrates der Bayer AG Leverkusen

Mitglied des Aufsichtsrates Klöckner-Humboldt-Deutz

Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Genossenschaftsbank, Frankfurt

Mitglied des Aufsichtsrates der Handels- und Privatbank Köln

Mitglied des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Mitglied des Postverwaltungs-rates

Generallandschaftsrat der westfälischen Landschaft, Münster

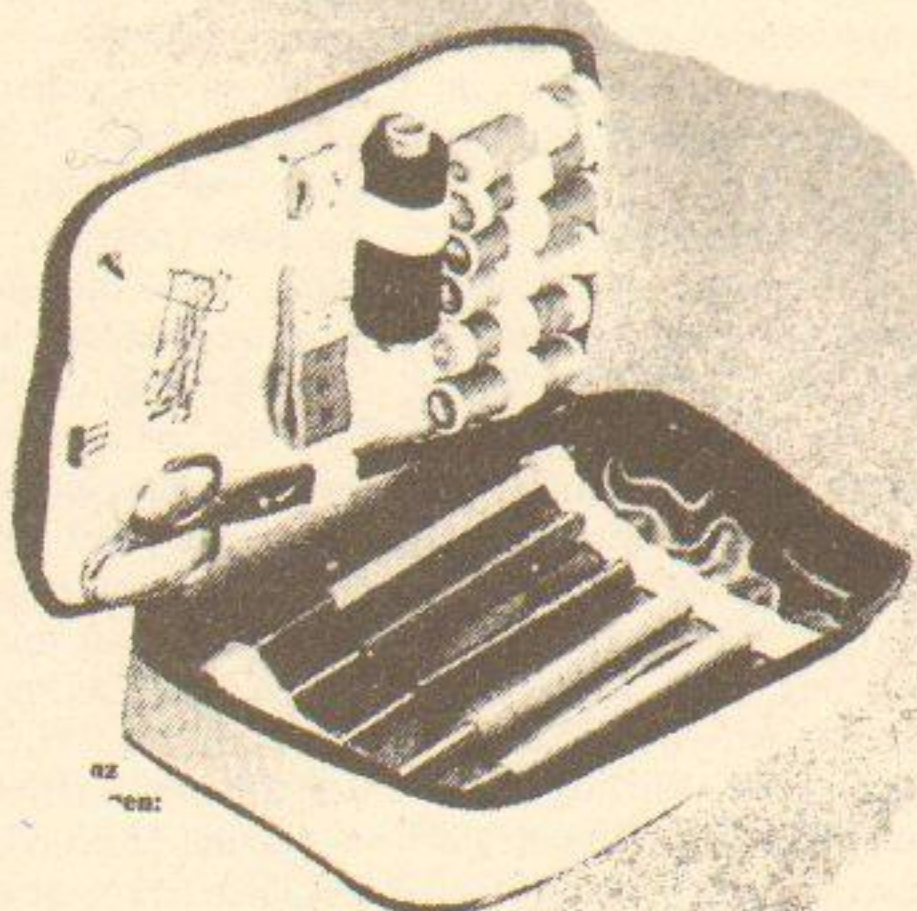
Das ist Deutschlands größter „Kleinbauer“, der CDU-Bundestagsabgeordnete Constantin Freiherr Heere-mann von Zuydtwyck.

Der Experten-Gau



taz-Karikatur vom 9. 5. 86

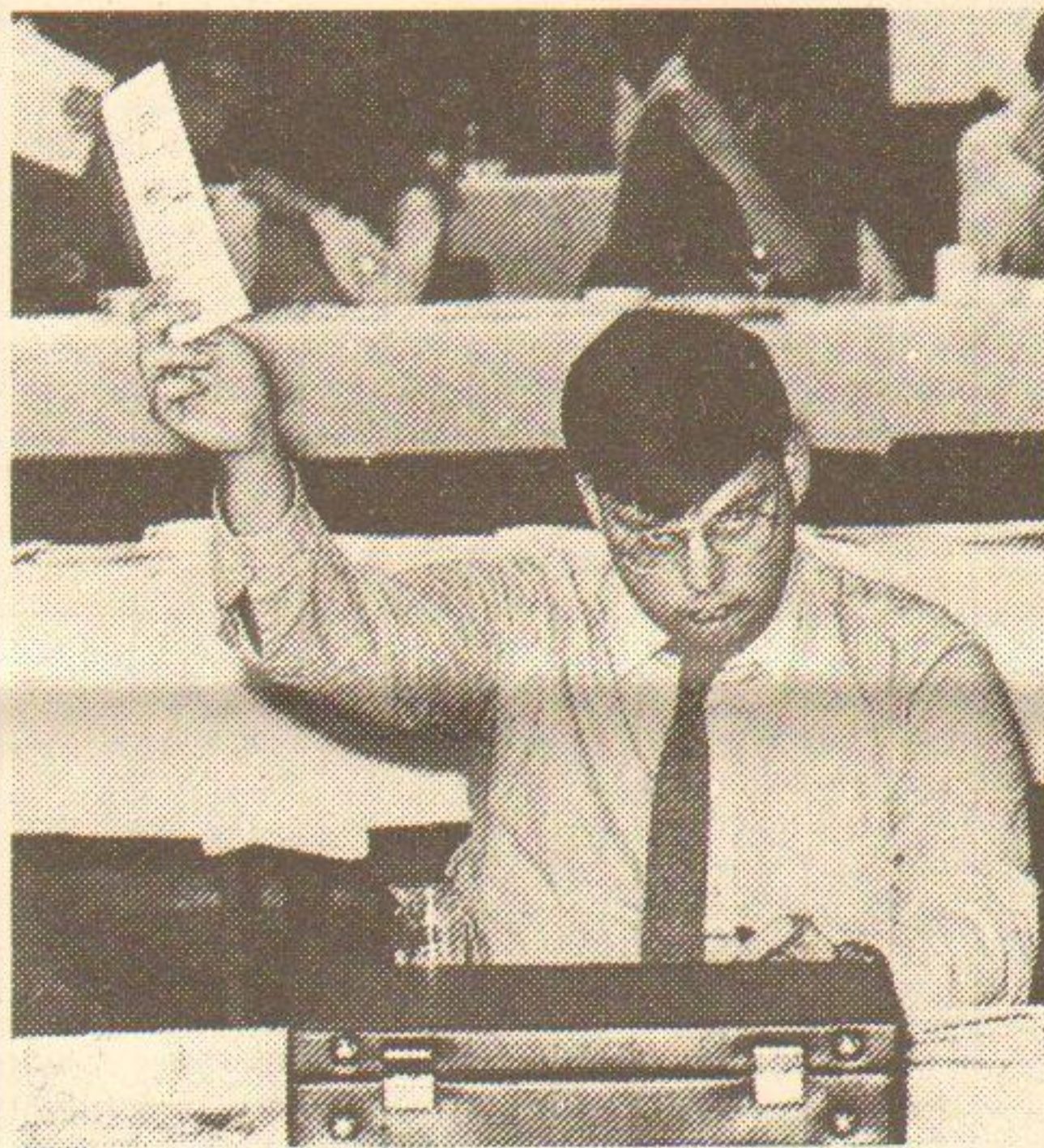
Einen Schraubenschlüssel für die Frau



„Verabschiedeter Antrag der Drupa-Bundesjugendkonferenz vom 7. - 9. 3. 86 in Springen: Betr.: Verteilung von Werbematerial. Die Bundesjugendkonferenz möge beschließen, daß zukünftig bei Gewerkschaftsveranstaltungen die als Werbematerial zur Verfügung stehenden Reise-Näh-Heftchen nur noch an Kollegen zu verteilen sind und den Kolleginnen 12er Schraubenschlüssel (evtl. mit Drupa-Emblem) zu schenken sind.“

Begründung: In den Handtaschen der Kollegin-

nen findet sich sowieso meist Nadel und Faden, wo hingegen den Kollegen diese lebensnotwendigen Utensilien oft fehlen. Dies führt dazu, daß sie auf die Hilfe ihrer Kolleginnen angewiesen sind. Im Interesse der Selbständigkeit der männlichen Gewerkschaftsmitglieder sollten diese auch alleine eine Sitzung trotz gerissener Hose überstehen können. Für Frauen hingegen ist ein Schraubenschlüssel ein sinnvolles Instrument in vielen Fährnissen des Lebens.“ aus „solidarität“, März 86

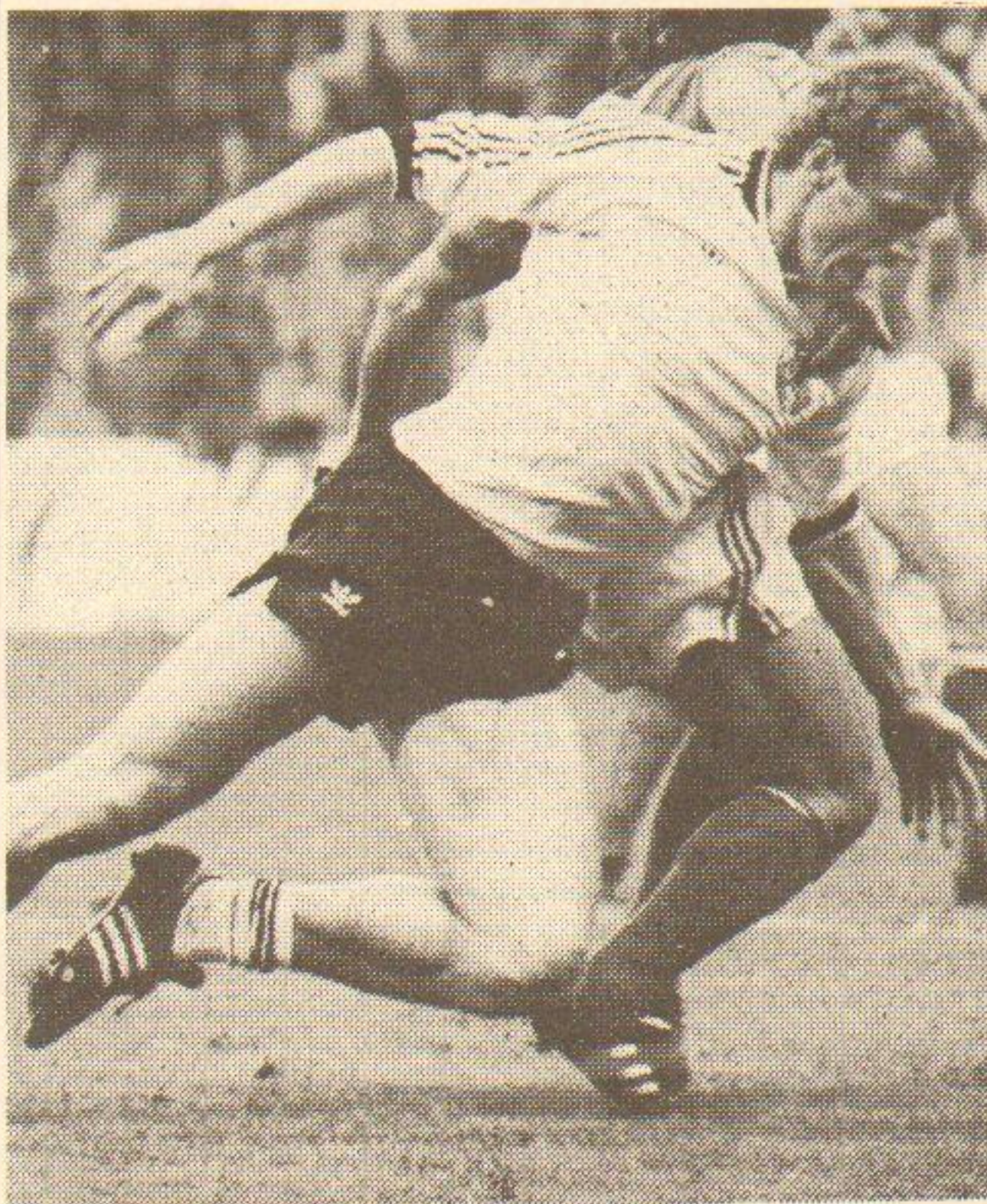


Anständige Deutsche

Lauter „anständige, charakterfeste deutsche Männer und Frauen“ wandten sich auf dem NPD-Parteitag am Wochenende in Herne „nicht an die Abartigen und Abseitigen, die Schwulen und Lesben, sondern an den normalen und gesunden Wähler.“

aus: taz vom 7. Mai 1986

Wann beißen sie ins Gras?



... noch 15 Tage bis zur Fußball-Weltmeisterschaft

Appell: Israells sollen gemeinsam unter die Dusche

TEL AVIV (afp) Eine außergewöhnliche Trockenheit in Israel hat die Behörden am Mittwoch zu einem ungewöhnlichen Appell an die Bevölkerung veranlaßt. Der Sprecher der nationalen Wasserwerke, Mordechai Yaacovitch, forderte die Israelis auf, künftig nur noch gemeinsam zu duschen oder zu baden. „Ich sehe nicht ein, warum man nach einer gemeinsamen Nacht in einem Bett sich nicht gemeinsam in einer Badewanne waschen kann“, erklärte der Sprecher. Die Wasserreserven des Landes seien durch die Trockenheit der letzten drei Jahre auf ein Minimum gesunken.

WAZ vom 8. Mai 1986

Das Ende